Mittwoch, 29. Oktober 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 252 - 44.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

Anschlag nach Muster Roter Brigaden

Schüsse auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde / Zusammenhang mit Attentat in Köln?

DIETER DOSE, Berlin

Der Anschlag auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg (54), ist nach Vermutungen der Staatsschutzabteilung der Berliner Polizei aller Voraussicht nach von Terroristen verübt worden. Vermutlich drei Täter waren es, die gestern Hollenberg mit gezielten Schüssen in die Beine trafen. Lebensgefahr besteht nicht. Über das konkrete Motiv gab es bis gestern abend keine Erkenntnisse. Von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wurde jedoch nicht ausgeschlossen, daß ein Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Lufthansa in Köln besteht. Die terroristischen „Revolutionäre Zellen" haben in einem Brief erklärt, diesen Anschlag verübt zu haben.

Nach den ersten Ermittlungen handelte es sich bei den Tätern von Berlin um zwei Männer und eine Frau. Als Hollenberg kurz nach acht Uhr sein Einfamlienhaus in der Idsteiner Straße im Stadtteil Zehlendorf verließ, trafen ihn die Schüsse. Er hatte wie immer seinen weißen Mercedes rückwärts aus der Garage gefahren. Hollenberg stieg noch einmal aus, um das Gartentor zu schließen. In diesem Augenblick fielen die Schüsse.

„Meine Frau sah, wie Herr Hollenberg plötzlich in die Knie sackte und beide Arme hinter seinem Kopf hochriß. Dann fiel er hinter sein Auto", schilderte ein Nachbar einem AP-Korrespondenten den Tathergang. Schüsse habe er jedoch nicht gehört.

Die Polizei schließt nicht aus, daß die Attentäter Waffen mit Schalldämpfer benutzt haben. Andere Nachbarn haben überhaupt nichts beobachtet. Hohe Hecken zwischen den Häusern der Siedlung versperren die Sicht.

Nach den bisherigen Ermittlungen sind die Täter zunächst mit Fahrrädern geflüchtet und dann in einen grünen VW-Passat umgestiegen. Den Wagen mit dem Kennzeichen B HL-173 benutzten sie allerdings nur ein kurzes Stück und stiegen am Teltower Damm, nur knapp zwei Kilometer vom Tatort entfernt, vermutlich in ein anderes dort abgestelltes Fahrzeug um. Den Passat setzten sie vorher, um Spuren zu verwischen, in Brand. Fast völlig ausgebrannt fand ihn die Polizei.

„Hollenberg ist gezielt in die Beine geschossen worden", erklärt ein an den Ermittlungen beteiligter Staatsschutzbeamter. Sie seien wie die berüchtigten italienischen „Roten Brigaden" vorgegangen. Gezielte Schüsse auf die Beine des Opfers gaben früher häufig italienische Terroristen als „Warnung" ab.

Niedergeschossen: Harald Hollenberg FOTO: DPA

Die Polizei schließt nicht aus, daß der Anschlag in Zusammenhang mit dem Asylantenproblem steht. Die von Hollenberg geleitete Behörde entscheidet über die Asylanträge. Allerdings wird ein privater Racheakt für unwahrscheinlich gehalten, denn die Täter gingen profimäßig vor. Die Ausführung der Tat und die sorgfältig geplante Flucht deuten daraufhin, daß der Anschlag von langer Hand vorbereitet worden ist. Hollenberg gehörte nicht zu dem Personenkreis, für den Personenschutz angeordnet ist.

Von dem Sprecher der Bundesanwaltschaft Alexander Prechtel wurde darauf hingewiesen, daß es schon mehrfach Anschläge auf mit der Ausländer- und Asylproblematik beschäftigte Dienststellen, zum Beispiel in Hamm, Lüneburg und Köln, gegeben habe. Drohungen waren nach dem 1. Oktober diesen Jahres mehrfach ausgesprochen worden, nachdem die „DDR" auf Betreiben der Bundesregierung durch eine neue Visaregelung die Asylantenflut nach Berlin gestoppt hatte.

Regierungsdirektor Hollenberg ist seit 1972 Leiter der Berliner Ausländerbehörde. Im November 1982 war er von dieser Funktion entbunden und zu einer anderen Polizeidienststelle versetzt worden. Anlaß waren Vorwürfe, daß er von bestimmten Anwälten vertretene Ausländer bevorzugt behandelt habe. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß beschäftigte sich mit den Vorwürfen. 1985 wurde Hollenberg rehabilitiert und kehrte auf seinen Posten zurück.

Berlins Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) verurteilte den Anschlag als „verabscheuungswürdigen und verbrecherischen Akt". Hollenberg habe seine Aufgaben stets pflichtgemäß und in vollem Einklang mit dem geltenden Recht erfüllt.

Der jüngste Anschlag in Berlin auf einen hohen Beamten war am 15. Februar 1985 verübt worden. Die bisher nicht ermittelten Täter brachten an der Wohnung des Staatsschutzchefs Manfred Ganschow eine Sprengladung an. Dabei entstand jedoch nur Sachschaden.

Am 31. Mai 1978 war dem Rechtsanwalt Dietmar Hohla auf der Straße ebenfalls in die Beine geschossen worden. Er fungierte damals als Pflichtverteidiger in einem Terroristenprozeß gegen die Entführer des Berliner Parlamentspräsidenten Peter Lorenz.

DER KOMMENTAR

Die Schüsse in Berlin

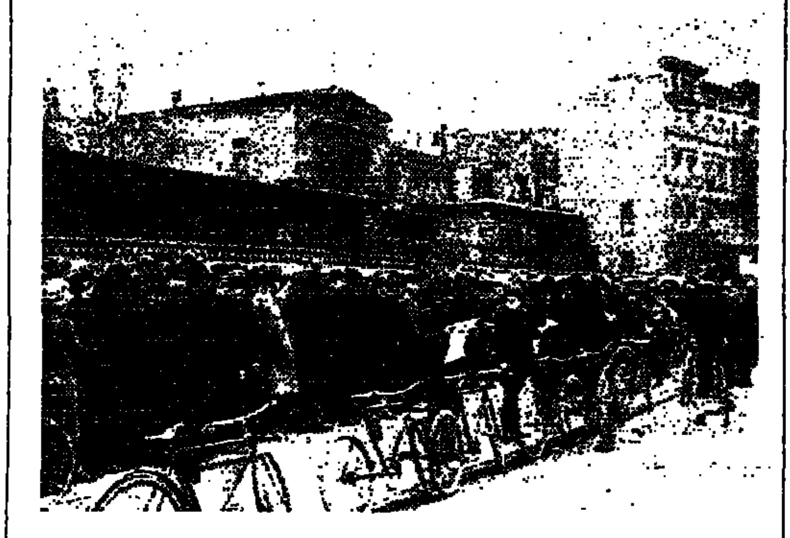
MANFRED SCHELL

Das Verbrechen in Berlin erscheint als Teil einer langen und zunehmend eskalierenden Kette der Gewalt in unserem Land. Waren es Terroristen, die geschossen haben? Waren es Ausländer, denen der Asylantrag verweigert wurde und die sich rächen wollten?

Jedenfalls haben sich die Täter, die dem Chef der Ausländerbehörde auflauerten, der „Technik" der Roten Brigaden in Italien in deren Anfangszeit bedient. Gleich, welche Motivation im einzelnen hinter diesem Anschlag steht; er soll zur Verunsicherung beitragen, vor allem unter den Beamten. Dieses Ziel hatten die Terroristen beim Mord an dem Diplomaten von Braunmühl im Auge und zuvor bei ihren Mordanschlägen auf Repräsentanten der Justiz. Der Staatsapparat soll eingeschüchtert werden.

Die sich wie Metastasen ausbreitende Gewalt – fast jeden Tag explodieren Brandsätze, werden Strommasten abgesägt, Bahnstrecken lahmgelegt – ist zu der Herausforderung des Rechtsstaats in unserer Zeit geworden. Polizei und Gesetzgeber dürfen in diesem Kampf nicht alleingelassen werden. Die Gesellschaft insgesamt muß sich engagieren, indem sie die Terroristen isoliert, die Augen offenhält und, was das wichtigste ist: indem sie zu einem klaren Rechtsbewußtsein zurückkehrt.

exklusiv in der WELT



Auswirkungen der Arbeitslosigkeit

Im Vergleich zu den Arbeitslosen der 30er Jahre geht es jenen von heute passabel. Nur etwa zehn Prozent, also rund 200 000 Personen, leben in Armut. Aber 37 Prozent der Arbeitslosen machten 1985 eine Urlaubsreise, im Durchschnitt der Bevölkerung waren es 54 Prozent. In der zweiten Folge ihrer WELT-Serie schreibt Elisabeth Noelle-Neumann: Es fällt jedoch auf, daß Arbeitslose mit der Zeit weniger Interesse für Politik oder Fortbildung aufbringen. Seite 6

Heute in der WELT

Die BGAG und die Haftungsfrage

Die Gewerkschafts-Holding BGAG wollte durch Finanztransaktionen eine Aufnahme der Neuen Heimat (NH) in den BGAG-Konzernabschluß verhindern. Diese These stellt der Hamburger Professor Wilhelm Strobel in einem Gastbeitrag für die WELT auf. Durch die Finanztransaktionen habe die BGAG bei einem NH-Konkurs einen eventuellen Haftungsdurchgriff auf den BGAG-Konzern verhindern wollen. Seite 4

POLITIK

Wien: Der bereits aufgelöste österreichische Nationalrat tritt zu einer Sondersitzung zusammen. Die ÖVP wirft der Regierung vor, im Haushaltsentwurf falsche Zahlen verwendet zu haben.

Partnerschaft: Im November soll die zweite deutsch-deutsche Städtepartnerschaft unterzeichnet werden. Darüber haben sich Neunkirchen/Saar und die Spreewaldstadt Lübben geeinigt.

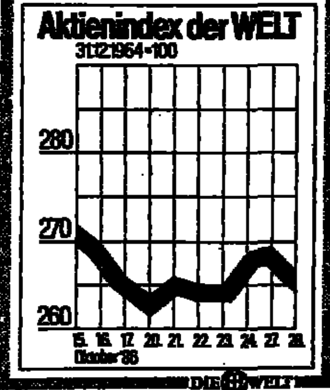
Spionage: Wegen Spionage für die UdSSR ist in Kalifornien ein früherer Feldwebel verhaftet worden. Der Mann soll Einzelheiten eines Aufklärungsprogramms der US-Luftwaffe verraten haben.

Raumfahrt: Ein bemannter sowjetisch-französischer Raumflug soll im zweiten Halbjahr 1988 stattfinden. Dies beschloß die französisch-sowjetische Konferenz für Raumforschung.

WIRTSCHAFT

Aktienmarkt: Die Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen (DWS) sieht den Aktienmarkt weiter auf Erfolgskurs. Bei der erwarteten Gewinnentwicklung der Unternehmen – plus fünf Prozent in diesem Jahr – sollten die deutschen Aktien weiter in der Gunst der Anleger stehen, sagte DWS-Sprecher Bracker. (S. 11)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten ist das Kursniveau gestern deutlich gesunken. Am Rentenmarkt kam es bei öffentlichen Anleihen zu leichten Besserungen. WELT-Aktienindex 266,82 (269,31). BHF-Rentenindex 106,058 (106,074). BHF-Performance-Index 106,792 (106,779). Dollarmittelkurs 2,0321 (2,0378) Mark. Goldpreis je Feinunze 410,50 (409,75) Dollar.



KULTUR

Luftschlösser: In Frankfurt zeigt die „Internationale Bauausstellung Berlin 1987" architektonische Traumgespinste, die niemals gebaut worden sind. Diese Luftschlösser dokumentieren am reinsten und unverfälschtesten die Signatur ihrer Zeit. (S. 21)

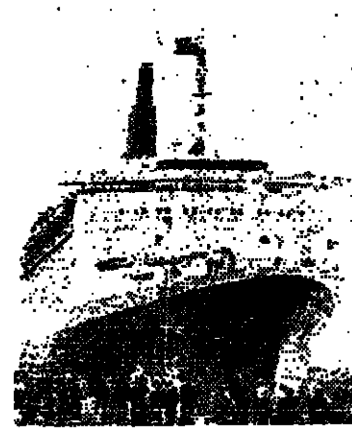
Jüdisches Theater: Das vor kurzem gegründete „Jüdische Theater in Deutschland" feierte mit „Der Puppenspieler von Lodz" Premiere. Das Stück zeigt das Leben eines Holocaust-Überlebenden, der aus Angst die Menschen durch Puppen ersetzt. (S. 21)

SPORT

Sendezeit: Erst heute entscheidet sich, ob der österreichische Fußball-Verband die Live-Übertragung des Länderspiels erlaubt. Werden nicht genügend Karten verkauft, darf das ZDF zeitversetzt erst um 20.30 Uhr mit der Übertragung beginnen.

Fußball: Das für den 25. März 1987 in Tiflis geplante Freundschaftsspiel gegen die UdSSR wird wahrscheinlich nicht stattfinden. Die Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Fußball-Verband scheinen zu scheitern. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Umbau: Auf der Lloyd-Werft in Bremerhaven beginnt heute der 179 Tage dauernde Umbau des weltberühmten britischen Luxusliners „Queen Elizabeth 2" (Foto). Dieser Umbauauftrag ist der größte in der Geschichte der Handelsschiffahrt. (S. 22)

Rhetorik: Eine uralte Tradition der Antike ist in Koblenz wieder aufgelebt: Die Kunst der freien Rede und Gegenrede. Erstmals versuchten dort jetzt Rednerteams den Gegner mit dem Wort zu schlagen. (S. 22)

Bis zuletzt wurde an der Gipfel-Erklärung gefeilt

„Neue Etappe der kulturellen Zusammenarbeit"

BERNT CONRAD, Frankfurt

Bundeskanzler Helmut Kohl, Staatspräsident François Mitterrand und Premierminister Jacques Chirac haben gestern ihre gemeinsame Absicht bekundet, „eine neue Etappe der kulturellen Zusammenarbeit zu beginnen, eine gegenseitige Durchdringung der Kulturen anzustreben und vom Austausch zu einer vertieften Zusammenarbeit überzugehen". Diese Ziele sind in einer gemeinsamen Erklärung enthalten, die zum Abschluß des zweitägigen deutsch-französischen „Kulturgipfels" in Frankfurt verabschiedet wurde.

Kohl und Mitterrand äußerten die Überzeugung, daß der Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit auch die politischen und menschlichen Bande zwischen beiden Völkern stärken, zu Fortschritten beim Aufbau des „Europas der Bürger" beitragen und zu einer intensiveren kulturellen Ausstrahlung Europas in der Welt führen werden. Am Text der gemeinsamen Erklärung waren in letzter Minute, vor allem auf Wunsch des französischen Staatschefs, noch einige Änderungen vorgenommen worden, die sich offenbar im wesentlichen auf sprachliche und stilistische Korrekturen bezogen.

Als besonders wichtig betrachten beide Seiten die von ihnen beschlossene Bildung eines „deutsch-französischen Rates aus Persönlichkeiten des Kulturlebens". Er soll Informationen koordinieren und Aktivitäten anregen. Um die schon bestehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Films zu stärken, wurde die gemischte deutsch-französische Filmkommission beauftragt, die drei Abkommen über Coproduktionen und Absatzförderung den aktuellen Entwicklungen anzupassen und sie zu erweitern. Die deutsch-französische Konsultationsgruppe für das Fernsehen soll bis Frühjahr 1987 berichten, wie gemeinsame Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehveranstalter beider Länder verwirklicht werden können.

Weitere konkrete Beschlüsse betreffen die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung, in den Hochschulen und in der Wissenschaft, auf künstlerischem Gebiet, sowie eine Verbesserung des Sprachunterrichts und eine verstärkte Unterrichtung der Schüler über die deutsch-französischen Beziehungen.

SEITEN 2,3 UND 10:
Weitere Berichte

Bundeskanzler Kohl wies darauf hin, daß beide Seiten in den Gipfelberatungen auch eine Anpassung des Asylrechts in Europa als notwendig bezeichnet hätten. Über die Bekämpfung des Terrorismus im internationalen und europäischen Bereich sollen auf dem Europagipfel Anfang Dezember in London Beschlüsse gefaßt werden.

Bei der Diskussion der Ostwest-Beziehungen hätten beide Seiten dafür plädiert, jetzt im Bereich der konventionellen Abrüstung die europäischen Interessen verstärkt zur Geltung zu bringen. Mitterrand meinte zur atomaren Abrüstung mit betonter Zurückhaltung, alles, was eine Null-Lösung betreffe, müsse mit größtem Ernst auf seine Nützlichkeit überprüft werden.

Die beiden Verteidigungsminister haben eine engere deutsch-französische Kooperation im Forschungs- und Technologiebereich vereinbart.

London enttäuscht über die Partner in der EG

Streit um Syrien kommt am 10. November wieder zur Sprache

WILHELM HADLER, Brüssel

Nur halbherzige Unterstützung hat die britische Regierung bei den EG-Partnern für ihre Politik gegenüber Syrien gefunden. In langwierigen Beratungen bekräftigten die Außenminister zwar frühere Stellungnahmen der Gemeinschaft, in denen der internationale Terrorismus verurteilt wurde, konnten sich jedoch vorerst nicht zu gemeinsamen Maßnahmen gegen Damaskus durchringen.

Weil Griechenland sich auf seine „privilegierten Beziehungen" zu den Staaten im Nahen Osten berief und Syrien namentlich überhaupt nicht nennen wollte, kam es lediglich zu einer Erklärung des Ratspräsidenten. Ihr haben sich allerdings elf EG-Länder angeschlossen. Darin wird der „Empörung" über die Verwicklung staatlicher syrischer Stellen in den Anschlag auf ein Flugzeug der israelischen Luftfahrtgesellschaft El Al in London zum Ausdruck gebracht und den Briten Verständnis und Unterstützung für ihre Maßnahmen bekundet.

Die Elf wollen ihre Botschafter in Syrien anweisen, das von der britischen Regierung vorgelegte Beweismaterial in Damaskus vorzulegen und anschließend dem Politischen Ausschuß der EG über die Reaktion Syriens Bericht zu erstatten. Die von Großbritannien ausgewiesenen syrischen Diplomaten sollen nirgendwo sonst in der Gemeinschaft akkreditiert werden.

Über eine Reihe konkreter Maßnahmen wollen die Außenminister am 10. November in London weiter beraten. Zur Diskussion stehen dürften dabei die Aussetzung von Waffenlieferungen, die Annullierung von Besuchen auf hoher politischer Ebene sowie die Überprüfung der Aktivitäten der diplomatischen Vertretungen Syriens in der EG und der Sicherheitsvorkehrungen der syrischen Fluggesellschaft. Die EG-Kommission will Exporteuren keine Sondersubventionen für Getreidelieferungen an Syrien mehr gewähren. London hat ferner deutlich gemacht, daß es sich einer neuen Finanzhilfe der Gemeinschaft an Syrien widersetzen will. Außenminister Sir Geoffrey Howe, der in der Erwartung nach Luxemburg gekommen war, daß die EG

SEITE 2
Blamable Vorstellung

den Syrern ein „klares Signal" der Solidarität geben würde, bedauerte den Ausgang der Beratungen. Sie seien deutlich hinter dem zurückgeblieben, was sich London von den Partnern erwartet habe. In anderen Delegationen wurde hingegen vermerkt, daß die Briten sich das magere Ergebnis zum Teil selbst zuzuschreiben hätten. Erst zwei Tage vor dem Urteil eines Londoner Gerichts gegen den Terroristen Hindawi sei das Foreign Office „überfallartig" auf die EG-Partner zugekommen.

Staatspräsident Mitterrand und Außenminister Genscher bekräftigten gestern in Frankfurt die Hoffnungen beider Länder, bei den nächsten EG-Beratungen über Syrien zu Entscheidungen zu kommen, die der Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus gerecht würden. „Unsere Delegation hatte Weisung, jede Maßnahme gegen den Terrorismus ohne Einschränkung zu unterstützen", so Genscher. Er betonte: „Wir liefern keine Waffen an Syrien". Auch Mitterrand hob hervor, daß es auch für Frankreich nicht in Frage komme, Syrien mit Waffen zu bedienen.

Arbeitgeber-Signal an die IG Metall

DW. Duisburg

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat seine Bereitschaft zu einem Gespräch mit der Führungsspitze der IG Metall unterstrichen. Gesamtmetall-Präsident Werner Stumpfe sagte gestern, er begrüße die Ankündigung des IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler auf dem Gewerkschaftstag. Steinkühler hatte erklärt, er sei bereit, mit jedem zu sprechen. Nun müßten, so Stumpfe, dieser grundsätzlichen Aussage Taten folgen. Der IG-Metall-Vorsitzende wisse, daß Gesamtmetall ein solches Gespräch begrüßen würde. „Unsere Einladung steht nach wie vor."

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes betonte, ein Gedankenaustausch noch vor Beginn der Tarifrunde sei überaus wünschenswert. Die Zeit dafür sei zwar knapp, doch ein Versuch würde sich lohnen. Schließlich hätten Gespräche dann einen besonderen Sinn.

„Vertrauen des Volkes verloren"

DW. New York

Der äthiopische Außenminister Goshu Wolde hat überraschend seinen Rücktritt erklärt und dies als Protestschritt gegen die Politik der Regierung von Staatschef Mengistu Haile Miriam bezeichnet. Goshu galt als ein vergleichsweise liberales Mitglied der linksgerichteten Regierung in Addis Abeba. Der 45jährige Politiker, der derzeit an der UNO-Vollversammlung in New York teilnimmt, begründete seine Entscheidung, er könne „nicht guten Gewissens weiter der Regierung dienen, deren kurzsichtige und doktrinäre Politik Land und Volk in Elend und Zerstörung führt".

Wolde: „Ich habe in jüngster Zeit hilflos zusehen müssen, wie mein Land immer weiter in Totalitarismus und Diktatur abglitt." Die Regierung habe „das Vertrauen des Volkes und das moralische Recht zum Regieren verloren". Auf die Frage, ob er in den USA um politisches Asyl bitten wolle, antwortete Wolde, er habe noch keine Entscheidung über seine Zukunft getroffen. 1985 war der äthiopische Beauftragte für Hungerhilfe und Wiederaufbau zurückgetreten.

Seite 7: „Zu starre Politik"

Machtkampf in Teheran?

DW. Athen

Der iranische Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini hat zugestimmt, daß gegen den Schwiegersohn seines offiziellen Nachfolgers wegen Verschwörung gegen die Regierung ermittelt wird. Wie aus in Athen abgehörten Berichten von Radio Teheran hervorgeht, werden Mehdi Haschemi, Schwiegersohn des Khomeini-Nachfolgers Ayatollah Hossein Ali Montazeri, und eine Anzahl von Anhängern beschuldigt, vor und nach der Revolution Morde und Entführungen begangen sowie illegal Waffen und explosives Material besessen zu haben. Beobachter interpretierten diesen Vorgang als politische Abwertung Montazeris. Als Nachfolge-Aspirant gilt auch Ministerpräsident Rafsandschani.

Radio Teheran zitierte den für Sicherheitsfragen zuständigen Minister Mohammadi-Reyschahri, der der Gruppe weiter den Besitz geheimer Regierungsunterlagen, den Diebstahl offizieller Dokumente und Untergrundaktivitäten gegen die Regierung vorwirft. Darüber hinaus sei Haschemi Mitglied der früheren Geheimpolizei des Schahs gewesen.

In Hamburg doch kein Ausstieg?

ub. Hamburg

Zwei Wochen vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 9. November hat der sozialdemokratische Senat der Hansestadt, der nach seinen eigenen Beschlüssen einen Ausstieg aus der Kernenergie betreiben will, auf eine wichtige Voraussetzung für eine solche Energiepolitik zunächst verzichtet: In die Satzung der mehrheitlich im Staatsbesitz befindlichen Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) wird entgegen früheren Beschlüssen der Landesregierung vorerst kein Passus eingefügt, der es den HEW verbieten soll, selbst Kernkraftwerke zu betreiben oder sich an Betreibergesellschaften zu beteiligen. Maßgebend für diesen Verzicht waren vor allem Warnungen des Finanzsenators Horst Gobrecht vor negativen Folgen einer solchen Maßnahme auf den Haushalt der Hansestadt und des Justizsenators Wolfgang Curilla vor den derzeit nicht übersehbaren aktienrechtlichen Konsequenzen, vor allem im Hinblick auf die Minderheitsaktionäre des Unternehmens. Energiesenator Jörg Kuhbier erhielt weitere „Prüfungsaufträge".

Seite 5: Raus Probleme

Junge Union Bayern zieht eigenes Programm ins Kalkül

„Bewußtsein und Gefühl für die deutsche Nation" gefordert

PETER SCHMALZ, München

Mit einem 27-Seiten-Papier, das dem Deutschlandtag der Jungen Union am 21. bis 23. November in Köln vorgelegt wird, eröffnet die Junge Union Bayern eine Programmdiskussion in der Nachwuchsorganisation der Unionsparteien. In Köln will die bayerische Delegation nach den Worten ihres Vorsitzenden Alfred Sauter darauf dringen, daß eine Programm-Kommission „sehr bald aufgestellt wird und mit der Arbeit beginnt". Als deren Vorsitzender wird der Bayer Joachim Herrmann, ein Mitglied des JU-Bundesvorstandes, vorgeschlagen.

Herrmann zeichnet auch für den bayerischen Entwurf verantwortlich, der in vierjähriger Fleißarbeit verfaßt wurde und der in „einfacher Sprache" (Herrmann) die politischen Grundwerte und Grundsätze der JU für die 90er Jahre formuliert. Mit dem bisherigen Programm von 1973 waren die Bayern nie recht glücklich. Sauter: „Wir waren daran nicht so beteiligt, wie das wünschenswert gewesen wäre." Und Herrmann assistiert: „Zuviele soziologische und politologische Ausdrücke."

Unter dem Titel „Dem Menschen trauen – Verantwortung tragen" setzt der Bayern-Entwurf neue Akzente: Statt der Gesellschaft rückt der Mensch in den Mittelpunkt und wird aufgefordert, Mut zum Vertrauen zu haben. Der Appell kommt zum günstigen Zeitpunkt, bejahten doch 41 Prozent die Allensbach-Frage, ob man den meisten Menschen vertrauen könne. Noch nie seit Kriegsende lag die Zahl der Zustimmung, die als Indikator des sozialen Klimas gewertet wird, ähnlich hoch, vor fünf Jahren waren es nur 28 Prozent.

Zu den Punkten, bei denen die Bayern Diskussionen erwarten, gehören die neu aufgenommenen Bekenntnisse zur Wehrpflicht und zum Schutz des werdenden Lebens. Erstmals wird auch vom „Bewußtsein und Gefühl für die deutsche Nation" gesprochen. Sauter hofft, in der Programmdebatte den Bayern-Entwurf weitgehend erhalten zu können. Falls nicht, schließt er ein eigenes Programm der JU Bayern nicht aus.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Apprenez-vous français?

Von Paul F. Reitze

Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl haben auf dem Frankfurter Kulturgipfel beider Länder vor allem die Notwendigkeit betont, daß Französisch und Deutsch im Schulunterricht besser verankert werden müßten. Hier liegt in der Tat das schwierigste Problem.

Europaweit baut das Englische seine führende Position aus; dabei ist von besonderer Wichtigkeit, daß es immer häufiger als erste Fremdsprache belegt wird. Für zweite oder gar dritte Fremdsprachen bleiben im Klassenzimmer wenig Zeit und im allgemeinen noch weniger Interesse. Viele Schüler wählen das Fach so früh wie möglich ab, auch deswegen, weil sie aus beruflichen Gründen es für sinnvoller halten, statt dessen die naturwissenschaftlichen Disziplinen zu vertiefen. Zu gut haben sie im Ohr behalten, daß Ingenieur-Mangel, nicht aber Mangel an Geisteswissenschaftlern herrsche.

Die Chancen für Deutsch in Frankreich und für Französisch in der Bundesrepublik werden sich an den Schulen erst dann verbessern, wenn die Allgemeinbildung als zentrales Unterrichtsziel hüben wie drüben wieder entdeckt wird. Die Kultusbürokratien sind davon weit entfernt. Es gibt kaum ein Modefach, das sie nicht lieber heute als morgen noch in die ohnehin überlasteten Stundenpläne pressen möchten, sei es Medien- oder Umwelterziehung.

Mitterrand und Kohl haben in ihrer gemeinsamen Erklärung die Dimension des Problems verdeutlicht. Das ist schon viel. In beiden Ländern müssen Bevollmächtigte für die deutsch-französischen Beziehungen regelmäßig Bericht erstatten. Es bleiben also Erinnerungsposten, die immer wieder angemahnt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es dann doch in vermeintlich kaum lösbaren Fragen Fortschritte gibt.

Staatspräsident Mitterrand sprach in Frankfurt von der deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft, Helmut Kohl verwies auf eine „neue Etappe" im Verhältnis beider Länder zueinander. Es wird jetzt zu einem Gutteil am Durchsetzungsvermögen und Einfallsreichtum des von Januar an amtierenden deutschen Bevollmächtigten Lothar Späth liegen, was diesseits des Rheins verwirklicht wird.

Blamable Vorstellung

Von Peter M. Ranke

Mit solchen entschlußlosen und lustlosen Konferenzen wie die des EG-Außenministerrats in Luxemburg kann eine gemeinsame Terror-Bekämpfung der Europäer nicht vorangetrieben werden. Die Vorstellung war ausgesprochen blamabel. Die kontinentalen Europäer werden, anders als England, die USA und Kanada, weder ihre Botschafter aus Damaskus zurückziehen, noch sich an Wirtschaftssanktionen beteiligen. Der erst kürzlich abgelegte Solidaritäts-Schwur ist schon vergessen, Syriens Präsident Assad kann sich die Hände reiben.

Die französische Regierung läßt sich damit entschuldigen, daß sie auf die Geiseln in den Händen pro-syrischer Terroristen im Libanon und auf ihre UNO-Soldaten Rücksicht nehmen müsse. Auch verhandeln französische Firmen über Waffenlieferungen, die den Syrern, obwohl das in Paris noch bestritten wird, die Elektronik verschaffen soll, die sie von den Sowjets nicht erhalten. Wenn das Waffengeschäft, das Syrien den geplanten Krieg gegen Israel ermöglichen könnte, zustande kommt, dürften die französischen Geiseln bald frei sein. Assads Staatsterrorismus zeigt durchaus Wirkung.

Völlig unbegreiflich ist die Bonner Haltung. Obwohl in der vorigen Woche die Londoner Beweise über die Beteiligung offizieller syrischer Stellen an dem Terroranschlag Hindawis gegen den israelischen Jumbo bekannt waren, schob die Bundesregierung der zerrütteten syrischen Staatswirtschaft schnell noch einmal 55,9 Millionen DM an Finanzhilfe über den Tisch. Dafür wurde der Vorwand bemüht, man dürfe wegen des „Friedensprozesses" den Draht nach Damaskus nicht abreißen lassen. Als ob Assad eine arabische Friedenstaube wäre.

Die gefährliche Abu-Nidal-Gruppe besitzt in Damaskus Gastrecht, syrische Dienstpässe werden an Terroristen ausgegeben, im Libanon unterstützt Assad die Machtergreifung der pro-syrischen Milizen und läßt dort seit Jahren die christlichen Wohnviertel gnadenlos bombardieren. In der Bonner Syrien-Politik scheinen dennoch Genscher und Strauß an einem Strang zu ziehen. Eine merkwürdige Konstellation. Sie läßt leider weitere Beschwichtigungsversuche gegenüber Terroristen unter syrischen Fittichen erwarten.

Gefährtenlaufzeit

Von Joachim Neander

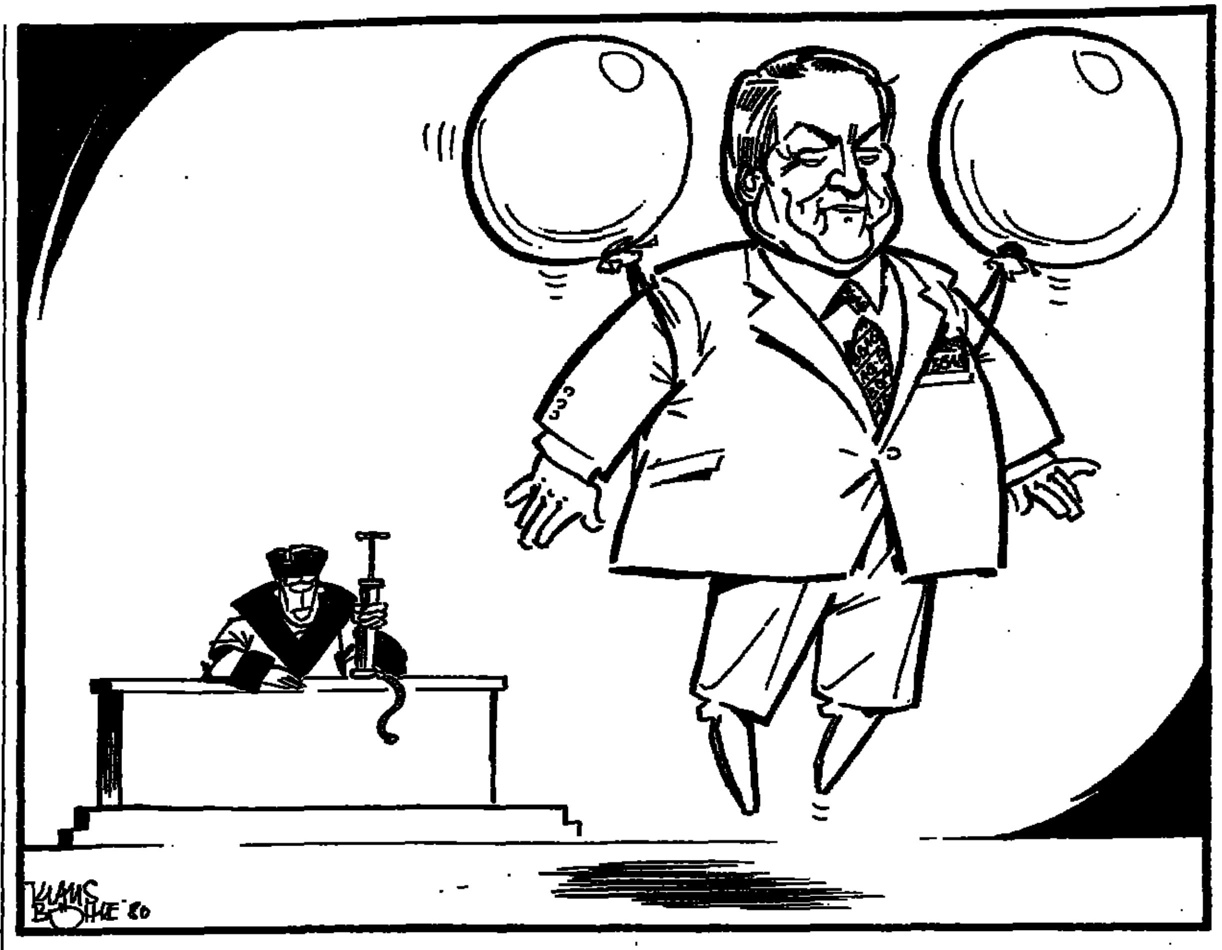
Die Siegespalme unter den Sprachreformern gebührt diesmal einem Klatschkolumnisten, einem wirklichen, nicht dem elektronischen Schimmerlos. Der Mann hat auf einer Party kürzlich einen berühmten Schauspieler „in Begleitung seiner ehemaligen Lebensgefährtin" gesichtet.

Der allererste Gedanke, der Mime könne die Ex-Gefährtin in einem Sarg mitgeführt haben, muß verworfen werden. So weit ist es mit der Schickeria nun doch noch nicht. Also hat heutzutage, der Schluß ist zwingend, der Begriff Lebensgefährte mit der Lebensdauer (des einen oder anderen Partners) nichts mehr zu tun. Es gilt für derlei Beziehungen offenbar ein anderer Zeitmaßbegriff. Aber welcher?

Modisch bietet sich die Halbwertzeit an. Auch bei der Radioaktivität spielt ja die allmählich nachlassende Strahlkraft eine bedeutende Rolle. Aus ganz anderen Gründen käme auch der Begriff Abschreibungszeitraum in Frage. Doch beides würde nicht im Trend liegen. Halbwertzeit und Abschreibungsfrist tendieren zurzeit eher zu längeren Fristen, was für moderne Gefährtenschaften zumindest auf den ersten Blick nicht zutrifft.

Suchen wir nach Besserem. Sehr verlockend klingt Liegezeit. Je länger, desto teurer. Davon leben die Häfen, und die Reeder fahnden bekanntlich nach immer neuen Tricks, um sie für ihre Dampfer zu verkürzen. Aber die Dauer einer Partnerschaft zwischen Menschen einfach als Liegezeit zu messen, wäre wohl auf die Dauer selbst aus der Perspektive des Klatschreporters etwas zu einseitig.

Am Ende bleibt wohl nur noch Laufzeit. Da stimmt es endlich. Man einigt sich vorher über Dauer, Risiko und Gewinnerwartung. Ob es Börsenobligationen sind (wo die längere Laufzeit bekanntlich den Zinsertrag steigert) oder Arbeitsverträge leitender Angestellter (wo solches nicht immer der Fall ist): Klare Konditionen ersparen einem genau wie bei der befristeten Gefährtenschaft später Tränen und Katzenjammer. Sogar der Laufpaß, den der eine schließlich vom anderen kriegt, paßt perfekt ins sprachliche Bild. Aber ob das wirklich noch Lebensgefährten sind?



In schwebender Verfassung KLAUS BÖHLE

Grundsätzlich, ausnahmslos

Von Enno v. Loewenstern

Ulm ist ein Begriff in der deutschen Rechtsgeschichte. Dort legte Hitler im Reichswehrprozeß des Oktober 1930 seinen „Legalitätseid" ab; eine wichtige Etappe zur Einwicklung der Bürgerlichen auf seinem Weg zur Macht. Dort hat jetzt ein Ausschuß für Kriegsdienstverweigerung in den Fällen der Nicaragua-„Brigadisten" Schraivogel und Manz zwei erstaunliche Entscheidungen gefällt.

Da ziehen ein paar junge Männer, hier als Kriegsdienstverweigerer anerkannt, nach Nicaragua in den Bürgerkrieg. Sie nennen sich „Aufbauhelfer", aber sie nehmen nicht nur Waffen in die Hand, sie lassen sich sogar an der Waffe ausbilden; sie gehen mit der Kalaschnikow auf Nachtwache, und mindestens einer hat bekannt, daß sie zur Verteidigung des Dorfes kämpfen wollten: „Im Ernstfall hätten wir nicht nur Warnschüsse abgegeben, sondern auch scharf geschossen."

Kurz und schlecht, sie würden als Hilfstruppen für das kommunistische Regime in Nicaragua kämpfen, aber für den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland zu kämpfen weigern sie sich. Dennoch erkennt ihnen der Ausschuß den Status von Kriegsdienstverweigerern aus „Gewissensgründen" nicht ab.

Es gibt da feinsinnige Urteile der Verwaltungsjustiz, auf die sich der Ausschuß gestützt zu haben scheint (die Verhandlungen sind nicht öffentlich). Danach verliert jemand nicht automatisch das Recht zur Kriegsdienstverweigerung, wenn er sich in einer Notwehrsituation zur Wehr setzt. Dies ist höchst problematisch. Das Bundesverfassungsgericht hat nämlich im „Postkarten"-Urteil von 1978 festgestellt, daß der „Kerngehalt" des Artikels 4 Absatz 3 des Grundgesetzes („Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden") darin bestehe, den Kriegsdienstverweigerer vor dem Zwang zu bewahren, in einer Kriegshandlung einen anderen töten zu müssen, „wenn ihm sein Gewissen eine Tötung grundsätzlich und ausnahmslos verbietet".

Grundsätzlich und ausnahmslos heißt, daß auch die Notwehrsituation keine Ausnahme bildet. Weshalb auch sollte jemandem freigestellt werden, sich oder seine Nächsten zu schützen, seine sonstigen Mitmenschen (von denen er seinerseits Schutz und Hilfe qua sozialer Rechtsstaat erwartet) aber nicht? Das mag jedoch im Falle der Hilfssandinisten dahingestellt bleiben, denn hier liegt ohnehin keine der Notwehr vergleichbare Situation vor. Selbst wenn sie nicht ins Gefecht gezogen sein sollten (in einem Hymnus des Deutschen Fernsehens auf den in Nicaragua „ermordeten" Bernd Koberstein wurde berichtet, daß er mit einer bewaffneten Einheit marschiert sei, als er ins Feuer geriet), so steht doch fest, daß sie sich bewußt ins Gefahrengebiet begaben und daß sie sich an der Waffe ausbilden ließen und per „Wachdienst" die Chance herausforderten, wenn nicht suchten, auf nicaraguensische Freiheitskämpfer zu schießen.

Warum sollten sie dann nicht für ihr deutsches Vaterland auf Wache ziehen? Weil sie Kommunisten sind und jederzeit ein Terrorregime gegen die Freiheit verteidigen würden, niemals aber den freiheitlichen Rechtsstaat gegen ein Terrorregime? Das mag eine politische Meinung sein, ist aber keine Gewissensentscheidung im Sinne von Artikel 4 Absatz 3.

Den Gedanken an eine „Kriegsdienstverweigerung als ... politische Entscheidung gegen die Bundeswehr" weist das Bundesverfassungsgericht denn auch nachdrücklich zurück. Und soweit in manchen Kreisen die kuriose Meinung geschürt wird, das Gewissen sei „nicht nachprüfbar", hat das Bundesverfassungsgericht (1978 erneut) klargestellt, „daß die Gewissensentscheidung ein ‚unmittelbar evidentes Gebot unbedingten Sollens' ist, das ‚den Charakter eines unabweisbaren, die ganze Persönlichkeit ergreifenden sittlichen Gebots trägt'." Es hat mißbilligend vermerkt, daß oft von „konkreten Feststellungen anhand z. B. von Lebensführung und bisherigem Verhalten darüber, ob die behauptete Gewissensentscheidung tatsächlich getroffen worden sei", abgesehen wurde. Es hat auch gesehen, daß viele dank „gezielter Einübung auf das ‚richtige' Verhalten ... anerkannt wurden, obwohl sie keine Gewissensentscheidung getroffen hatten."



„Im Ernstfall hätten wir ... scharf geschossen": Wachdienst in Nicaragua FOTO: MTI

Die gezielte Einübung findet bei uns seit Jahren statt, vorwiegend in gewissen Schulen, und sie wurde mit einer gezielten Beeinflussung (wenn nicht geradezu Einschüchterung) verbunden: du wirst doch nicht etwa für diesen Staat kämpfen? Zum Teil spielte Drückebergerei eine Rolle; als schließlich die Proteste wegen des ziemlich angenehmen Lebens vieler Verweigerer sich häuften, starteten gewisse Wochenblätter eilig Reportagen über diejenigen, die in Altenheimen oder Heilanstalten eingesetzt wurden. Aber dahinter stand immer das Bemühen, junge Menschen auf generelle Verweigerung gegenüber „diesem Staat" zu trimmen.

Der Auftritt der beiden Fremdenlegionäre in Ulm geht in diese Richtung. Auch wenn die Entscheidungen nur erstinstanziell sind: daß es gelingt, eine staatliche, quasigerichtliche Stelle soweit einzuwickeln, daß sie Bürgerkriegsdienst für einen Verbrecherstaat als vereinbar mit der Kriegsdienstverweigerung im Rechtsstaat ansieht, muß nicht nur eine verheerende Wirkung auf die Moral der Bundeswehr haben. Sie muß darüber hinaus die Moral eines jeden Bürgers beeinträchtigen, der der Verweigerer- und Staatsknetegesinnung das Wort Kennedys entgegensetzen würde: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst."

Bleiben diese Entscheidungen bestehen, so wird die Staatsgesinnung schlechthin unterminiert; zu einem Zeitpunkt ausgerechnet, da die hedonistische Allgemeinverweigerei der sechziger-siebziger Wohlstandsjahre allmählich, dank gewisser Erfahrungen, aus der Mode zu kommen scheint. Nun wartet man auf die nächste Instanz.

IM GESPRÄCH Alain Poher

Der Weise der Republik

Von Peter Ruge

Er gilt als der weise Mann der Republik: Alain Poher – zum siebenten Mal als Senatspräsident im Amt bestätigt. Diese lange Karriere ist selbst in Frankreich ungewöhnlich, wo Politiker, einmal gewählt, ihrer Berufung meist verhaftet bleiben.

Der 1909 geborene Mineningenieur wurde aus der Bahn einer ruhigen Beamtenlaufbahn durch sein Engagement in der Widerstandsbewegung gegen die Deutschen geworfen. Das war die Eintrittskarte in den Kreis derer, die 1946 das neue Frankreich aufbauten: Er wurde Kabinettschef des damaligen Finanzministers Robert Schuman, der ihn förderte, weil er in ihm einen überzeugten Europäer entdeckte. So fand sich der Siebenunddreißigjährige auf der Liste für die christliche Zentrumspartei MPR bei den Senatswahlen wieder. Er gewann im Departement Seine-et-Oise und wurde nacheinander Staatssekretär für Finanzen, für das Budget, im Verteidigungsministerium.

Zur Freundschaft mit Robert Schuman kam die enge Verbindung zu Jean Monnet, dem Planungskommissar der IV. Republik. Das Gespann Schuman/Monnet betraute Poher mit internationalen Aufgaben: Er präsidierte der gemeinsamen Transportkommission für Kohle, der französisch-deutschen Regierungskommission für die Moselkanalisation – inzwischen wurde er auch Bürgermeister seiner Heimatstadt Ablons. Schließlich zog er ins Europäische Parlament ein und wurde Vorsitzender der Gruppe der christlich-demokratischen Abgeordneten.

Was besticht an diesem Franzosen, dem 1968 im Palais Luxembourg der Vorsitz des Senats angetragen wurde? Der zweite Mann des Staates kann diskret sein, seine Person hinter die Sache stellen und und sich dennoch treu bleiben. Wie 1969: Er sagte nein zu de Gaulles Absicht einer Verfassungsänderung, was dazu beitrug, daß der General die angesetzte Volksbefragung verlor und seinen Abschied als Staatschef nahm. Poher wurde zum ersten Mal Interims-Präsident der V. Republik. Das ließ ihn nach den Sternen greifen: Bei den Wahlen zum höchsten Amt wurde er jedoch von Georges Pompidou geschlagen. Dennoch blockierte er nie die Zusammenarbeit zwischen Elysée und Parlament. Seither identifizierte sich die Republik mit ihm als einen Garanten der Verfassung, der Institutionen Frankreichs. Das begründet seine späteren Wiederwahlen als Senatspräsident.



Steine auf dem Weg sammelt er: Poher FOTO: CAMERA PRESS

Nach dem Tod Pompidous 1974 übernahm Poher wieder die Staatsführung. Er lancierte in dieser Übergangsperiode bis zu Staatspräsident Giscard d'Estaing das europäische Airbus-Programm, unter seiner Administration beschloß die Regierung den Ausbau der Flotte der atomgetriebenen U-Boote.

Alain Poher ist ein Europäer, der aus seiner Sympathie für Israel keinen Hehl macht, der allerdings auf Freundschaft zur Dritten Welt hält. Doch der ehemalige Mineningenieur kennt eigentlich nur eine Leidenschaft: Steine zu Sammeln. In den achtzehn Jahren, die Alain Poher jetzt im „kleinen Luxembourg" wohnt, hat sich diese Residenz in ein Museum mit der schönsten Privatkollektion Frankreichs verwandelt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt kommentiert den Ausschluß Südafrikas aus dem Internationalen Roten Kreuz:

Die Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes in Genf hat einen Wahnsinnsakt begangen ... Der Verlust der IRK-Mission in Südafrika ist ein so schwerer Schlag für die Nachbarstaaten, daß allein diese Konsequenz den afrikanischen Delegierten in Genf zu denken gegeben haben sollte. Der Bürgerkrieg in Angola hat eine bereits schwankende Wirtschaft in einem solchen Maß verarmt, daß über eine halbe Million Menschen an Unterernährung leiden. Das Internationale Rote Kreuz hatte versucht, 30 000 Kinder zu retten. Wenn es nicht von Südafrika aus arbeiten kann, sind solche ehrgeizigen Programme überhaupt nicht zu verwirklichen.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie wundern sich über Lappas:

Weshalb ist Lappas eigentlich unfähig, gegenüber dem Untersuchungsausschußvorsitzenden Hüsch in angemessener Frist formell zu erklären, er wolle nun doch aussagen, wenigstens in begrenztem Umfang? Schließlich hat er dies ja bereits vor Tagen in einem Zeitungsinterview angekündigt. Aber nein, noch nicht einmal eine derart simple Erklärung kann frist- und formgerecht auf den Weg gebracht werden. Hätte Hüsch kein Einsehen mit dem Durcheinander um den Zeugen Lappas herum, schaltete er auf ebenso stur wie die Macher in der BGAG-Zentrale, dann säße der Vorsitzende Lappas nun schon wieder hinter Gittern. Weshalb Lappas nun erneut die DGB-Spitze dem Verdacht aussetzt, sich stets nur dem äußersten rechtlichen Druck beugen zu wollen, darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen. Vermutlich kommt man der Wahrheit ziemlich nahe, wenn man annimmt, daß er sich im Zustand einer Selbstherrlichkeit befindet, die jedes Gespür für die politischen Nöte seines Brötchengebers DGB ausschließt.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung sieht Europa durch den Streit um die Haltung gegenüber Syrien als diskreditiert an:

Die Briten sind ... das Risiko eingegangen, offen die Achillesferse der Europäischen Gemeinschaft zu zeigen. Eine Gemeinschaft, die bei manchen noch den Chimären-Traum auslöst, sie könne eines Tages mit einer einzigen Stimme sprechen. Aber nach den Ereignissen von Luxemburg muß man einmal mehr unterstreichen, daß die Solidarität der EWG gegenüber den großen Problemen der Gegenwart kaum existiert.

Frankfurter Allgemeine

Sie meint zur Ehrenbürgerschaft für Mitterrand:

Mag die Begründung für diese Ehrung, die auf die „karolingische Tradition" der Stadt am Main zurückgreift, auch etwas weit hergeholt erscheinen, Frankfurt hat dennoch eine weise Entscheidung gefällt. In den bisherigen fünf Jahren seiner Amtszeit hat Mitterrand, so eindeutig wie kein anderer Präsident vor ihm, das Schwergewicht seiner Außenpolitik auf die Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen gelegt.

Das Wagnis des Papstes am Grab des Heiligen Franz

Zwölf Religionsgemeinschaften – ein Hoffnungsschimmer? / Von Friedrich Meichsner

Für hunderte Millionen, vielleicht für mehr als eine Milliarde Menschen war Assisi am Montag der Mittelpunkt der Welt. Dem Ruf des Papstes folgend, beteten hier Repräsentanten zwölf verschiedener Religionsgemeinschaften des Erdballs für den Frieden.

In vielen Spannungsgebieten – nicht in allen – wurde während dieser Zeit der von Johannes Paul II. erbetene „Gottesfrieden" respektiert. Vierundzwanzig Stunden lang schwiegen die Waffen. Das Charisma und der prophetische Mut Karol Wojtylas, die tiefsten Sehnsüchte der Menschen aufzugreifen und in massenwirksamen Aktionen zu artikulieren, manifestierte sich in einem Ereignis, für das es kein Beispiel gibt in der Menschheitsgeschichte. Wird dieses Ereignis fortwirken oder wird es flüchtige Episode bleiben?

Der Tag von Assisi war sicherlich in erster Linie vom Religiösen geprägt. Der päpstliche Waffenruhe-Appell konnte nur symbolischen Charakter haben. Auch dort, wo er befolgt wurde, hat er kaum unmittelbare praktisch-politische Auswirkungen im Sinne einer Befriedung. Keiner weiß das besser als der Papst selbst, der hier von seiner Glaubensüberzeugung Zeugnis ablegte, daß die Konstruktion eines echten und dauerhaften Weltfriedens alle menschliche Kraft übersteigt, daß sie eine Bekehrung der menschlichen Herzen voraussetzt, die nur von jener überirdischen „Realität" bewirkt werden kann, auf die alles Religiöse in der Welt ausgerichtet ist.

Von dieser religiösen Position ausgehend, nahm der Papst dann freilich auch die Politik ins Visier. So, als er die Führer der Welt aufforderte, die Friedensbitte an Gott zur Kenntnis zu nehmen und sich mit neuer Kraft einer Friedensstrategie zu widmen. So aber auch, als er die Schuld bekannte, die auch die Religionen – historisch und aktuell – an der Friedlosigkeit in der Welt haben.

Im Blick auf seine eigene Kirche sagte er, daß sie, obwohl für sie der Frieden den Namen Jesus Christus trage, ihrem Glauben keineswegs immer treu geblieben sei. „Nicht immer waren wir die Baumeister des Friedens." So sei das Treffen von Assisi für die Katholiken und vielleicht für alle seine Teilnehmer auch ein Akt der Buße.

Wieviele Kriege sind in der Geschichte schon unter religiösem Vorzeichen oder Vorwand geführt worden? Und wieviel Gewalt wird heute noch aus echten oder vorgeblichen religiösen Motiven verübt! Die Beispiele dafür reichen von Libanon über Iran bis Indien und zurück nach Nordirland.

Wer von denen, die unter Berufung auf das Überirdische weltliche Ziele verfolgen, ist wirklich zur Bußfertigkeit bereit? Ist Ayatollah Khomeini dazu bereit, der ursprünglich auch einen – dann nicht eingeladenen – Vertreter nach Assisi entsenden wollte? Sind die sich gegenseitig hinmordenden Hindus und Sikhs, deren Landsleute in Assisi Seite an Seite für den Frieden beteten, dazu bereit? Sind es die fanatischen Katholiken der IRA oder die ebenso fanatischen Protestanten Nordirlands, die christlichen Milizen und mohammedanischen Selbstmordkommandos in Libanon?

Allein diese Fragen, denen noch so manche andere hinzugefügt werden könnte, zeigen die Grenzen, die einer so spektakulären, einer so suggestivkräftigen und in ihren Intentionen so noblen Initiative wie diesem Weltgebetstreffen für den Frieden schon im religiösen Bereich gesetzt sind. Ganz zu schweigen von denjenigen Gebieten der Welt, in denen der Atheismus zur Staatsreligion erklärt worden ist und in denen die gerade noch geduldeten Vertreter von Religionsgemeinschaften vornehmlich eine vom herrschenden Regime gesteuerte, nur so genannte Friedensbewegung abzusegnen haben. Die Sowjetregierung hat zwar dem Patriarchen von Moskau die Erlaubnis erteilt, als seinem Repräsentanten den Metropoliten von Kiew, Filaret, nach Assisi zu entsenden. Auf den päpstlichen Waffenruhe-Appell, der sie als Invasionsmacht in Afghanistan direkt berührt, hat sie jedoch bezeichnenderweise mit keinem Wort reagiert.

Der Hintergrund, vor dem das Zeichen von Assisi gesetzt wurde, bleibt somit düster wie eh und je. Aber das prophetische Wort Frieden, verstanden als Bekehrung der menschlichen Herzen zur Gewaltlosigkeit, steht im Raum. Und dieser Raum ist durchaus echofähig – heute, angesichts der Gefahr einer atomaren Weltkatastrophe, vielleicht mehr als jemals zuvor.

Wenn es den Pilgern von Assisi gelänge, in ihren zwölf Religionsgemeinschaften dieses Echo nach und nach auszulösen, könnte damit möglicherweise doch eine Bewegung in Gang gesetzt werden, die im Gegensatz zu anderen den Namen Frieden zu Recht führt.

Bei diesem Thriller wurde der Autor zum Opfer

Scotland Yard befaßt sich seit gestern mit den politischen Hintergründen der „Affäre Archer". Der Vize der Konservativen Partei ist möglicherweise in eine Falle gestolpert, die politische Gegner gestellt haben. Von einer Beziehung zu einem Callgirl will der Erfolgsautor nichts wissen. Naivität ist das einzige, was Archer sich vorwirft.

Von SIEGFRIED HELM

Englands Konservative kamen soeben aus der Flaute, zogen in der Gunst der Wähler schon mit Labour gleich. Premierministerin Margaret Thatcher schickte sich an, mit ihrem Kabinett das Programm für die bevorstehende Unterhauswahl abzustecken. Da dröhnte der „Big Bang" von Jeffrey Archers Eigentor durch Whitehall: Der Mann, der als Bestsellerautor seine erfundenen Geschichten wie kein anderer verkauft und den Frau Thatcher persönlich als Starverkäufer ihrer „eisernen" Linie an die Heimatfront schickte, stolperte über ein Callgirl.

Jeffrey Archer hatte Downing Street Nr. 10 Knall und Fall einen Polit-Sexskandal aufgetischt. Der erst im letzten Jahr zum stellvertretenden Parteivorsitzenden ernannte politische Starredner stand plötzlich am Pranger. Der Mann, der die Parteimoral heben sollte, plötzlich im Ruch der Amoral. Jeffrey Archer – der Blechtrommler der „Eisernen Lady".

Für die mysteriöse Vorgeschichte von Archers Rücktritt interessiert sich inzwischen das politische Dezernat von Scotland Yard. Es geht um einen Erpressungsversuch. Die käufliche Freizeitgestalterin Monica Coghlan (35), von ihren betuchten Freiern in ihrem Nobel-Jagdrevier Mayfair Debbie genannt, war womöglich keine Christine Keeler, sondern eher ein Köder dunkler Hintermänner, die den Sturz des Jeffrey Archer als einen Thriller inszenierten, den das Leben schrieb, doch mit einem Knoten, der noch der Auflösung bedarf. Eine politische Bauchlandung ohne Lustgewinn? Ein „Sündenfall" gar ohne Sünde?

Er habe eine reine Weste, beteuerte Archer, beim Einfädeln von Thrillern ein Meister, beim Entwirren realer Intrigen „naiv", wie er zugab. Archer zog die Konsequenzen, weil er sich, in der Realität, als Geschichten-Erfinder statt als Realpolitiker verhalten hatte.

„Tory-Boß Archer zahlt Freudenmädchen Schweigegeld", lautete die über die volle Titelseite gezogene Schlagzeile des Knüllers, den ausgerechnet die „News of The World" unter die Leute brachte, die Sonntags-Skandalgazette Rupert Murdochs, dessen „Times" doch seine politische „Wahlverwandtschaft" mit Frau Thatcher so schön zum Ausdruck bringt. Dieses Blatt hatte als einziges der Fleet Street bei einer dubiosen Story angebissen, die dort schon seit Wochen verhökert werden sollte.



Kaffee für die Presse: Vor ihrem Haus in Grantchester ließen Jeffrey Archer, seine Frau Mary und Sohn William (v. r.) die Journalisten nicht unbewirtet im Regen stehen. FOTO: AP

Der linkslastige „Daily Mirror" leitartikelte am Tag nach Archers Rücktritt, er habe diesen Fall recherchiert, ihn jedoch als zu windig verworfen. Ein Reporterteam der „News of the World" scheute sich nicht, das Callgirl bei Archer anrufen zu lassen und mitzuschneiden, Fotos im Studio nachzustellen und Archers Geldbriefträger Michael Stacpoole (ein ehemaliger Agent von Marlene Dietrich) bei der Übergabe des Schweigegeldes auf dem Victoria Bahnhof „abzuschießen".

Archer argumentiert, er habe seine Partei vor einem Verleumdungsprozeß bewahren wollen, denn wo mit Dreck geworfen wird, da bleibt eben Dreck kleben. Deshalb habe er der Dame Monica Coghlan, der er nie begegnet sei, Geld angeboten, damit sie den sie bedrängenden Reportern für eine Weile ins Ausland entfliehen könne. In dem Briefumschlag sollen an die 6000 Mark in Fünfzig-Pfund-Noten gewesen sein. Da das Callgirl das Geld prompt nach dem Schnappschuß auf dem Bahnhof zurückwies, das doch die erste Tranche einer lukrativen Erpressung eines mindestens 15 Millionen Mark schweren Erfolgsautors hätte sein können, deutet vieles auf eine politische Intrige.

Archer handelte als Thrillerautor, als er davon absah, Scotland Yard einzuschalten. Für diesen „Mangel an Urteilsvermögen" zog er, als es knallte, die Konsequenzen.

Inzwischen wurde bekannt, daß der Initiator der „Affäre Archer" ein gewisser Azis Kurtha ist, ein aus Pakistan stammender, in London erfolgreich praktizierender Anwalt, der, bisher freilich ohne Erfolg, versucht hat, Kandidat der Labour Party zu werden. Kurtha behauptet, er habe Archer beim Straßenstrich in Mayfair observiert, als er mit zwei arabischen Freunden unterwegs war, die sich mit „Debbie" in einem Hotel am Victoria-Bahnhof schöne Stunden gemacht hätten. Anwalt Kurtha hatte, als er mit seiner „heißen Story" in der Fleet Street Klinken putzen ging, betont, daß er an Geld nicht interessiert sei. In London rätselte man, was die Motive dieses Mannes gewesen sein könnten, der seinen Ruf als Anwalt und den Frieden seines Familienlebens aufs Spiel setzte, nur um Jeffrey Archer zu Fall zu bringen. Kurtha entzog sich nach volbrachtem Werk unbequemen Fragen durch einen Urlaub in Dubai.

Die Labour Party distanzierte sich prompt von dieser zwielichtigen Figur. Kurtha ist Genosse mit erklärtem Ehrgeiz, für Labour ins Parlament zu kommen. Doch sein Anlauf bei den Kommunalwahlen im letzten Mai in Richmond erwies sich als peinlicher Fehlstart. Da auch das Callgirl Debbie untergetaucht ist, wird eine skandalhungrige Welt keine Einzelheiten erfahren, wie Archer, der in seinen Romanen so genüßlich wie gekonnt Seitensprünge beschrieben hat, als Seitenspringer ist – fiktiv oder real.

Die Affäre Archer zeigt in greller Beleuchtung eine für die Tories typische Neigung, bei Sex gleich rot zu werden wie Jungfrauen zur Zeit Victorias. Ein spanischer Korrespondentenkollege mokierte sich: „Wenn ein Spitzenpolitiker bei uns ins Eros-Center geht, würde kein Hahn danach krähen." In anderen Ländern soll das Ansehen von Politikern sogar mit der Zahl der Seitensprünge wachsen.

Jeffrey Archer wußte natürlich, daß die Konservativen jeden gnadenlos über die Klinge springen lassen, der ihnen anstößige Sex-Geschichten beschert. Auch dann, wenn keine Geheimnisträger sich im gleichen Bett mit Sowjetdiplomaten abwechseln. Davon können die Lords Lambton und Jellicoe ein Lied singen. Cecil Parkinson, auch ein Favorit Margaret Thatchers,in dem man bereits den aussichtsreichsten Kandidaten für ihre Nachfolge sah und den sie selbst als Kronprinzen heranzog, stürzte in dem Augenblick, als bekannt wurde, daß er als verheirateter Mann mit seiner hübschen Sekretärin ein Verhältnis mit Folgen hatte.

Frau Thatcher ist, wie man hört, über das „Pech" Jeffrey Archers traurig. Er hatte das Amt eines stellvertretenden Parteivorsitzenden ohne Salär angenommen, weil er reich genug sei. Er wird, wie er wissen ließ, seinen Rednerverpflichtungen in 130 Wahlkreisen bis zum kommenden Juli nachkommen, sobald sich der Wirbel gelegt hat. (SAD)

Die Chefin und ihr „Starverkäufer": Jeffrey Archer, Margaret Thatcher FOTO: DPA

Auf den Gipfeln regiert das geliebte Protokoll

Ist zuviel Zeremoniell im Spiel, wenn die Akteure der europäischen Politik sich treffen? Mißlingt die gewünschte Volksnähe? Eindrücke vom deutsch-französischen Gipfel in Frankfurt.

Von BERNT CONRAD

Die halbe Innenstadt für den Straßenverkehr gesperrt. Barrieren am Römer, an der Paulskirche und rund um die Alte Oper, Polizeipräsenz an allen Ecken, die Schiffahrt auf dem Main von Schutzbooten überwacht – Frankfurt feierte die deutsch-französische Freundschaft.

Was einst Ansporn zur Verlegung internationaler Staatsaktionen in die sogenannte Provinz war: die große Politik und ihre handelnden Personen dem Bürger „draußen" näherzubringen. ist zu einer aufwendigen Protokoll- und Sicherheitsaktion geworden. von der die Bürger ferngehalten werden und deren Sinn sich damit ins Gegenteil verkehrt.

So auch der deutsch-französische „Kulturgipfel" in Frankfurt. Waren Helmut Kohl und François Mitterrand vor einem Jahr bei ihrem Treffen in Trier noch in der Menge auf dem Marktplatz untergetaucht und hatten damit den Moselanern ein Gefühl des Miterlebens vermittelt, so erblickten die Hessen an den letzten beiden Tagen kaum etwas von ihren Gästen. Das Hotel „Frankfurter Hof", in dem Kohl, Mitterrand und Chirac mitsamt ihren Delegationen und Sicherheitsbeamten residierten. war von allen „normalen" Kunden geräumt und die dort ansässigen Läden geschlossen worden. Allein das kostete schätzungsweise eine Million Mark.

Passanten, die sich trotz Fahrverboten und Absperrungen bis zum Römer durchgekämpft hatten, konnten nur von ferne den Kanzler und den Staatspräsidenten in schwarze Riesen-Limousinen steigen oder aus ihnen herauskommen sehen. Einmal gab es Sonderbeifall, als der populäre frühere Oberbürgermeister und jetzige Umweltminister Walter Wallmann aus dem Kaisersaal trat und wie ein Box-Champion den Wartenden zuwinkte. Doch dafür brauchten die Frankfurter keinen Gipfel, der Teile ihrer Innenstadt in eine Art belagerte Festung verwandelte.

Natürlich sind die Gründe für solche Sicherheits-Dimensionen einleuchtend: Erst in den letzten Wochen haben Attentate in Paris und Bonn die akute Bedrohung durch den Terrorismus wieder erschreckend deutlich gemacht. Wäre es in dieser Lage nicht viel zweckmäßiger. sich gut bewacht und ohne Aufwand informell an sicheren Orten zu treffen? Aber unsere Staatenlenker können offenbar gerade den protokollarischen Aufwand nicht entbehren. obwohl er eigentlich gar nichts mehr mit der Realität enger europäischer Nachbarschaft zu tun hat.

Die Staats- und Regierungsspitzen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs beispielsweise treffen sich offiziell und inoffiziell viele Male im Jahr. Die Freundschaft zwischen beiden Ländern ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Weshalb kann man sich da nicht bei Konsultationsbesuchen herzlich die Hand schütteln und ohne Verzug mit der Arbeit beginnen?

Tatsächlich jedoch sieht die Sache (am Frankfurter Gipfel demonstriert) so aus: Ankunft des französischen Staatspräsidenten auf dem Flughafen, Sonderposition – Begrüßung durch den Bundeskanzler mit militärischen Ehren. Abspielen der Nationalhymnen, Abschreiten der Ehrenformation. Geleit durch den Kanzler mit „weißen Mäusen" zum Hotel. Dann das erste Gespräch. Ähnliches geschieht, wenngleich etwas bescheidener, anschließend – so will es die „Cohabitation" – mit dem französischen Premierminister Jacques Chirac.

Und nun rollt das Gipfeltreffen nach den strengen Regeln des Protokolls ab: Festakt zur Verleihung der Ehrenbürger-Würde an Mitterrand, Eintragung ins Goldene Buch. offizielles Essen im Römer, Goethehaus, Opernaufführung mit nochmaligem Abspielen der Nationalhymnen. Am zweiten Tag Abschluß der Gespräche. Pressekonferenz, offizielles Essen, dann der Pomp des amtlichen Abschieds-Zeremoniells.

Doch so geht es nicht nur bei den deutsch-französischen Begegnungen vor sich. Regelmäßig kommen Regierungschefs aus den EG-Partnerländern wie Margaret Thatcher oder Bettino Craxi zu Konsultationen in die Bundesrepublik und werden nicht etwa informell als gerngesehene Nachbarn, sondern immer wieder mit eben jenem Aufwand an militärischem Gepränge samt Nationalhymnen empfangen.

Das, so meinen nicht nur Zaungäste der europäischen Diplomatie, sollte endlich vereinfacht und damit „handlicher" gemacht werden – schon im Interesse all derer, die in diese Gipfelbegegnungen und Konsultationen eine Unmenge guten Willens investieren. Der deutsch-französische Kulturgipfel etwa war monatelang in harter Arbeit vorbereitet worden. Daß Mitterrand in Frankfurt den Text der allgemeinen Abschlußerklärung dann plötzlich noch verbessern wollte und daß die aus der Vergessenheit hervorgeholte Oper des Franzosen Jules Massenet über den Deutschen „Werther" des Frankfurters Goethe am Montagabend bei manchen Ehrengästen sichtlich Langeweile auslöste. war Künstlerpech.

Immerhin konnte Frankfurt – auch wenn die Bürger wenig davon hatten – gerade den französischen Gästen einiges zum Thema des Gipfels bieten: den Kaiserdom und den Römer, die Paulskirche und das Goethehaus, das Städelmuseum und die Erinnerung an eine Vergangenheit, die neben kulturellen Großtaten auch Verblüffendes wie jenen Franzosen Jean-Pierre Blanchard enthält, der vor 200 Jahren in Frankfurt zum ersten Flug mit einem Freiballon in Deutschland startete.

Mitterrand jedenfalls war sichtlich stolz. als „Aristokrat des Denkens" zum Ehrenbürger der Main-Metropole gekürt zu werden. Im gesamten vorigen Jahrhundert hatte Frankfurt diese Ehre nur fünfmal verteilt, darunter an den Reichsfreiherrn Karl vom und zum Stein, den Bildhauer Ludwig von Schwanthaler und den preußischen Finanzminister Johannes von Miquel. In diesem Jahrhundert steigerte sich die Stadt auf 15 Ehrenbürger, aber noch niemals zuvor war die Wahl auf einen Franzosen gefallen. So brachte dieser Gipfel zumindest für Mitterrand echten Gewinn.



Programmpunkt Oper: Bundestagspräsident Philipp Jenninger, François Mitterrand, Helmut und Hannelore Kohl bei der Aufführung von Massenets „Werther" FOTO: DPA

Junge Liberale warnen FDP vor ‚Gesetzeshysterie'

D.G./A.E. Bonn

In Grundsatzfragen der inneren Sicherheit und der Kernenergienutzung gehen die Jungen Liberalen auf Distanz zu den Freien Demokraten. Der Vorsitzende der FDP-Nachwuchsorganisation, Guido Westerwelle, warnte gestern in Bonn vor einer „Gesetzeshysterie" und sagte, seine Organisation lehne die von der Koalition verabredete Kronzeugenregelung bei der Terrorismusbekämpfung wegen rechtspolitischer Bedenken ab. Westerwelle meinte außerdem: „Ich habe nicht den Eindruck, daß der Kronzeuge geeignet ist, emotionale Zustimmung zu bekommen."

Auf ihrem Bundeskongreß, der von Freitag bis Sonntag in Hamburg stattfindet, werden sich die Jungen Liberalen besonders der inneren Sicherheit und der Energiepolitik zuwenden. Die unterschiedlichen Standpunkte zur Kernenergienutzung hat die Nachwuchsorganisation in einem Leitantrag zusammengefaßt. Im Gegensatz zu Beschlüssen des vergangenen FDP-Bundesparteitages wird jegliche Nutzung des Schnellen Brüters in Kalkar abgelehnt und der grundsätzliche Verzicht auf die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wakkersdorf verlangt. Die Atomenergie sei nur eine „Übergangsenergie", die so bald wie möglich durch alternative Energieformen abgelöst werden müsse.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Grüne mißbrauchen öffentliche Gelder"

CDU-Dokumentation: Finanzgebaren verstößt gegen Parteiengesetz

DIETHART GOOS, Bonn

Scharfe Kritik am Finanzgebaren der Partei Die Grünen hat gestern die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geübt. Bei der Erläuterung einer umfangreichen Dokumentation warf der Weilburger Unionsabgeordnete Manfred Langner den Grünen vor, sie würden sich entgegen den Bestimmungen des Parteiengesetzes überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Langner, der den Flick-*Untersuchungsausschuß des Bundestages* leitete, erklärte, der Mißbrauch und die Verwendung öffentlicher Gelder durch die Grünen könne nicht länger hingenommen werden.

In der Dokumentation der Unionsfraktion wird anhand umfangreichen Zahlenmaterials belegt, daß die Grünen ihre Finanzmittel überwiegend aus staatlicher Kostenerstattung bei Bundes-, Landtags- und Europawahlen erhalten. Entgegen den Forderungen des Parteiengesetzes, wonach die Parteien mindestens 50 Prozent Eigenmittel für ihren Etat erbringen müssen, erreichten staatliche Mittel bei den Grünen in den letzten Jahren Werte zwischen 61,7 und 57 Prozent.

Wörtlich heißt es in der Unionsdokumentation: „Nicht Mitgliedsbeiträge oder Spenden von Mitbürgern, die aus ihrem Erwerbseinkommen oder Vermögen die grüne Sache unterstützen, begründen den Reichtum der Grünen, sondern die Steuergelder der Wahlkampfkostenerstattung." So wurden in den Jahren 1979 bis 1985 für Wahlkampfaufwendungen 60,6 Millionen Mark an die Grünen gezahlt. Sollte sich in den kommenden Jahren der Eigenanteil am Finanzplan der Grünen nicht erhöhen, gerät die Partei nach Darstellung der Union in die Gefahr einer Rückzahlungsverpflichtung.

Heftig wird von der CDU/CSU auch die Praxis der Grünen kritisiert, Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung für die Finanzierung sogenannter Ökofonds zu verwenden. Dazu heißt es in der Dokumentation: „Das Geld der Grünen nimmt für eine *politische* Partei recht ungewöhnliche Wege. Zu großen Teilen wird es nicht für die Parteiarbeit verwendet, sondern fließt an diverse Sympathisanten-Unterstützungsfonds der Grünen und damit letztlich bestimmungswidrig an Empfänger außerhalb der Partei." Neben dem Ökofonds nennt die Dokumentation der CDU/CSU den Rechtshilfefonds, den Kampagnenfonds und den Internationalen Solidaritätsfonds.

Kritisch äußert sich die Union auch zur Praxis Grüner Abgeordneter, wesentliche Anteile ihrer Diäten aus Steuergeldern an die Fonds der Partei zu spenden. So stieg der Gesamtbetrag dieser Spenden von 2,24 Millionen Mark im Jahre 1983 auf 8,65 Millionen im letzten Jahr. Auch haben die Grünen von allen Parteien den höchsten Anteil von Großspenden über 20 000 Mark.

Die Kritik der Union wies der Pressesprecher der Grünen, Michael Schroeren, als „billiges Ablenkungsmanöver" zurück. Nicht die Grünen, sondern die „Altparteien" hätten mit ihrer Spendenpraxis gegen Recht und Gesetz verstoßen.

Wollte die BGAG durch Finanztransaktionen den Konkursdurchgriff auf den Konzern verhindern?

„Eine Art Bilanzfälschung der DGB-Holding"

Von WILHELM STROBEL

Welches Verschleierungsspiel treiben Lappas und Konsorten mit der Neuen Heimat (NH) und wie steht es um einen Konkursdurchgriff auf das BGAG-Imperium sowie um dessen Leistungsfähigkeit für die NH-Sanierung? Dies müssen die Banken mit klären, wenn sie bis Ende November erste Klarheit über die Zukunft der NH haben wollen.

„Wahre Beherrschung"

Das Verschleierungsspiel hat eine interessante Vergangenheit. Vor zwei Jahren wurde die Öffentlichkeit damit beruhigt, daß die Neue Heimat unter die straffe Hand der BGAG käme mit einer von 49,9 auf 98 Prozent ausgedehnten Anteilsmehrheit. Die zusätzlichen 48,1 Prozent wurden jedoch erst am 1. 1. 1985 übernommen und schon wieder am 30. 12. 1985 weitergegeben an die VHU, eine 100prozentige Tochter der BGAG mit Beherrschungsvertrag. Die BGAG wollte nämlich den NH-Konzern nicht mit in den BGAG-Konzernabschluß aufnehmen. Und mit einer unter 50 Prozent liegenden Anteilsquote sowie der Leugnung der NH-Beherrschung glaubte sie, dafür den Buchstaben des Gesetzes (alter Paragraph 329 des Aktiengesetzes) hinter sich zu haben.

Dabei wurde jedoch übersehen, daß nach Paragraph 17 des Aktiengesetzes die Anteile der VHU-Tochter der BGAG-Mutter mit zugerechnet werden müssen und daß der alte NH-Geschäftsführer Dr. Hoffmann dem Handelsregister mitgeteilt hatte, die BGAG sei noch zu Anfang 1986 mit 98 Prozent an der NH Hamburg (der NH-Konzernmutter) beteiligt, was der wahren Beherrschung entsprach. Daß die BGAG die Neue Heimat voll beherrschte, pfiffen überdies alle Spatzen vom Dach und wird schließlich auch durch den mit Schiesser abgeschlossenen Konzernverkaufsvertrag bestätigt, wo die BGAG (mit Lappas-Unterschrift) voll die NH-Herrin spielt.

Ob Lappas und seine BGAG-Mitvorstände wissen, daß bei diesen Tatsachen die Ausklammerung des NH-Konzerns aus dem BGAG-Konzernabschluß eine Art Bilanzfälschung ist, die nach Paragraph 400 Aktiengesetz bis zu drei Jahre Gefängnis kosten kann? Und was hat die ATH-Prüfungsfirma bewogen, hier mitzumachen, obwohl Paragraph 403 Aktiengesetz dafür die gleiche Strafe vorsieht? Diese Prüffirma hat dem Hamburger Untersuchungsbericht zufolge vor Jahren bei einer Sonderprüfung der Neue Heimat versagt. Ist sie eine heimliche DGB-Tochter, wie Branchenkenner vermuten?

Würde der NH-Konzern im BGAG-Konzernabschluß mit dargestellt werden, dann kämen dort Passiva von über 100 Milliarden DM zum Vorschein mit einem im Promillebereich liegenden Eigenkapitalanteil: Alle Banknoten der Bundesrepublik würden nicht ausreichen zur Abdeckung der Passivasumme. Sie macht über drei Prozent aller Unternehmenspassiva der Bundesrepublik aus, während der Beschäftigtenanteil des BGAG-Imperiums nur drei Promille aller Unternehmensbeschäftigten beträgt. Dies zeigt, daß die DGB-Strategen sich die Kapital-Schlüsselpositionen herausgesucht hatten und damit voll auf den Bauch fielen.

Bei dem kläglichen Konzerneigenkapital und dem NH-Milliardenmanko würde ein Konkursdurchgriff das ganze Imperium so sehr ins Wanken bringen, daß das „Tafelsilber" der BfG, der Volksfürsorge usw. verkauft und alsdann vielleicht sogar auf die Streikkassen zurückgegriffen werden müßte. Diese prekäre Situation verpflichtet aber besonders zum vollen BGAG-Konzernabschluß und erklärt zugleich die Gründe für die Ausklammerung des NH-Konzerns: Mit der NH-Mitkonsolidierung wäre ein zusätzlicher Beweis für die NH-Beherrschung und damit für den Haftungsdurchgriff geliefert worden.

„Hessens Überpreis"

Wie prekär die Situation im BGAG-Imperium ohnehin ist, wird daran deutlich, daß von hier aus die Milliardenbeträge für den NH-Städtebaukomplex kamen und daß auch für die Insolvenzverhinderung des übriggebliebenen Gemeinnützigkeitskonzerns ebenfalls riesige Summen flossen. Jetzt sind die BGAG-Kassen so leer, daß es nicht mehr für die von den Banken diktierte vorgezogene NH-Kapitalerhöhung reicht und daß das Land Hessen mit einem Überpreis für den Kauf der NH Südwest aushelfen muß. Richtigerweise dürfte Hessen nur den Wert der Anteile zahlen, der eher unter dem Nominalwert von 38 Millionen DM liegt und im Hinblick auf das Dividendenmaximum von vier Prozent mit etwa 25 Millionen DM zu taxieren ist. Hessen zahlt aber den zehnfachen Kaufpreis, was landesrechtlich verboten ist.

Wenn die NH-Jahresabschlüsse für 1985 und auch für 1986 richtig gemacht werden, kommen Milliardenverluste heraus, die der BGAG aufgrund der beweisbaren Vertragslage ein so hohes Opfer abfordern, wie es die viel schwerer beweisbare „Durchgriffshaftung" kaum besser erbringt. Dieses und andere Opfer schmerzen so sehr, daß es verständlich ist, wenn irgendein Lappas den letzten Zugriff behält über eine Majorität bei der allerobersten NH-Herrscherin namens HSV (Horst Schiesser Vermögensgesellschaft mbH). Dazu böte die Fertigstellung der zweiten Hälfte des Konzernverkaufsvertragswerks Gelegenheit, die dem Publikum noch verheimlicht wird und die von der Haltung der Banken abhängt. Sie müssen wissen, daß bei einem Vergleich und vor allem bei einer „stillen" Lösung den diversen „Goldgräbern" große Möglichkeiten zur weiteren Substanzaushöhlung gegeben werden.

Prof. Dr. Wilhelm Strobel ist Direktor des Seminars für Wirtschaftsprüfung und Steuerwesen der Universität Hamburg.

„Englische Lösung" im Fall Buwitt?

hrk. Berlin

„Sachgerecht und honorig" nannte Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen die Entscheidung des CDU-Fraktionschefs Dankward Buwitt, den Vorsitz des Hauptausschusses niederzulegen. Die christdemokratischen Abgeordneten wollen sich am 11. November abschließend mit dem Fall Buwitt befassen. Eine umfassende Einschätzung aller Vorwürfe ist nötig, weil der von Buwitt angerufene „Ehrenrat" eine politische Bewertung des Vorgangs abgelehnt hatte. Das Gremium bestätigte lediglich, Buwitt habe sich im Sinne der Verhaltensregeln für Abgeordnete nicht „ehrenrührig" verhalten. Offenbar ist der CDU-Politiker nun geneigt, mit der Ehrenerklärung in der Hand am 11. November die politischen Konsequenzen aus dem Vorgang zu ziehen. Neben Diepgen hatten sich auch die meisten Senatoren für Buwitts Rücktritt im Sinne einer „englischen Lösung" ausgesprochen.

Barschel: Erst Erfahrung sammeln

geo. Kiel

Ministerpräsident Uwe Barschel hat die Forderung von Oppositionsführer Björn Engholm (SPD) zurückgewiesen, angesichts der Beteiligungen des Axel Springer Verlages bei Zeitungen in Schleswig-Holstein über den Bundesrat eine Änderung des Kartellrechtes zu erreichen.

Barschel sagte, die Landesregierung sei zwar offen für eine Weiterentwicklung des Kartellrechts, doch müßten erst einmal Erfahrungen damit gemacht werden, wie sich der Einstieg der Privaten in die elektronischen Medien auswirke. Bei acht Vollredaktionen im Lande könne nicht von einer Dominanz in der Meinungsvielfalt die Rede sein.

Engholm hatte in einer Landtagsdebatte, ausgelöst durch die Übernahme eines 49-Prozent-Anteils des Springer Verlags bei den Kieler Nachrichten, seinen Vorstoß mit einer „Gefahr für die Medienvielfalt des Landes" begründet.

Die Not der „Aufbauhelfer" beim Verteidigen

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Für die Betroffenen, die Ulmer Schreinerlehrlinge Joachim Schraivogel und Willy Manz, war es ein unverhoffter „politischer Erfolg", für den Stuttgarter CDU-Bundestagsabgeordneten Roland Sauer schlicht „skandalös". Gemeint ist der umstrittene Doppelbeschluß eines Ulmer Prüfungsausschusses, der den beiden „Brigadisten" den Status von Kriegsdienstverweigerern bewahrte, obwohl sie sich während ihres Aufenthalts in Nicaragua an bewaffneten „Nachtwachen" beteiligt hatten. Doch das letzte Wort ist in der Sache noch nicht gesprochen: Aller Voraussicht nach wird das zuständige Kreiswehrersatzamt gegen den Ausgang der Prüfungsverfahren Widerspruch einlegen. Als nächste Instanz hätte sich dann die Prüfungskammer Tübingen mit dem Fall der „Aufbauhelfer" zu beschäftigten.

Schraivogel und Manz, die von Anfang Oktober bis Mitte Dezember 1985 in Loma Alta, einem Dorf im Grenzgebiet zu Honduras, beim Bau eines Trinkwasserspeichers geholfen hatten, begründeten ihr Verhalten mit der latenten Bedrohung durch rechtsgerichtete „Contra"-Rebellen.

„Jede Nacht mit einem Angriff gerechnet"

„Wir mußten jede Nacht mit einem Angriff rechnen", erklärte Joachim Schraivogel gegenüber der WELT.

Der Griff zur Kalaschnikow habe deshalb der Selbstverteidigung gedient. Doch es kam nicht zu den befürchteten Kampfhandlungen. „Ich kann nicht sagen, wie wir uns dann verhalten hätten", meinte der 30 Jahre alte Ulmer, der selbst „ständig im Zweifel" darüber gewesen sein will, „ob unsere Entscheidung richtig war". Allerdings sei die Entscheidung der Gruppe für die nächtlichen Waffengänge auch ein Akt der Solidarität gegenüber ihren Gastgebern gewesen. „Es war für uns selbstverständlich", sagte Schraivogel, „daß wir uns da nicht ausschließen".

Gerade dieses „kollektive Verteidigungsverständnis" ist nach Auffassung des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Peter Hintze, unvereinbar mit dem Status des Kriegsdienstverweigerers. Ähnlich äußerte sich gegenüber der WELT der Staats- und Verwaltungsrechtler Heinrich Scholler. „Unter Selbstverteidigung verstehe ich die Verteidigung der eigen Person", sagte Scholler, Extraordinarius an der juristischen Fakultät der Universität München. Allenfalls könne dieser Begriff auf die Verteidigung eines Hauses, in dem der „Aufbauhelfer" zugast sei, ausgedehnt werden. Die Abwehr eines drohenden Angriffs auf ein ganzes Dorf „kollidiert aber mit der grundsätzlichen pazifistischen Linie eines Kriegsdienstverweigerers". Hier sei eine Situation gegeben, so Scholler, die dem Verteidigungsfall in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen würde.

Doch auf solche Überlegungen ließ sich der Ulmer Prüfungsausschuß offenbar nicht ein. Statt dessen gestand er den „Brigadisten" zu, sich in einer „herausragenden Nothilfesituation" befunden zu haben. „Ihr Verhalten", erklärte der Ausschußvorsitzende, Oberregierungsrat Eckart Wezel, „liegt gerade noch im Rahmen der von der Rechtssprechung gezogenen Grenzen".

„Kein anderes Ergebnis der Prüfung möglich"

Im Gespräch mit der WELT machte Wezel zugleich deutlich, daß diese Grenzen, die kein anderes Prüfungsergebnis zugelassen hätten, nach seiner Auffassung zu weit gingen. „Hier zeigt sich die ganze Brüchigkeit der Institution Kriegsdienstverweigerer", sagte der Ravensburger Bundeswehrbeamte, der nun hofft, wenigstens dazu beigetragen zu haben, „daß eine neue Grenzziehung erfolgt".

BEKANNTMACHUNGEN

Beschluß

In der Erbscheinssache

der am 11. 10. 1985 in Hamburg verstorbenen Ilse Emmi Lisa Ackermann, geb. am 10. 6. 1914 in Leipzig, zuletzt wohnhaft in 2000 Hamburg 50, Valparaisostr. 11,

beschließt das Amtsgericht Hamburg-Altona, Abteilung 309, durch den Rechtspfleger Lüdemann:

Die Geschwister der Großeltern mütterlicherseits, also von Karl Friedrich Gottfried Booke und Emma Marie Luise Booke geb. Laukert, bzw. deren Abkömmlinge werden hiermit aufgefordert, sich bis zum 16. 12. 1986 beim Amtsgericht Hamburg-Altona, 2000 Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 91, Zimmer 129, mit Abstammungsnachweisen zu melden, andernfalls werden diese Personen im hier anhängigen Erbscheinsverfahren als Erben unberücksichtigt bleiben. Die Mutter der o. a. Erblasserin war Emma Maria Anna Ackermann geb. Booke, geb. 26. 9. 1893, verstorben 7. 3. 1923. Den Nachlaß von ca. DM 10 000,– hat die Nachlaßpflegerin Dorothee Böhmel, 2000 Hamburg 76, Lerchenfeld 5, Tel. 0 40 / 2 20 77 55, im Besitz.

Muß Dohnanyi aus dem Ausstieg aussteigen?

Zwei Senatoren warnen vor Verzicht auf Atomkraft

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der nach eigener Beschlußlage zum Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie entschlossene Hamburger Senat droht mit diesem Vorhaben zu scheitern. In ihrer gestrigen wöchentlichen Sitzung sah sich die sozialdemokratische Landesregierung außerstande, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die Satzung der zu rund 75 Prozent im staatlichen Besitz befindlichen Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) so geändert werden soll, daß diesem Unternehmen der Betrieb von Kernkraftwerken und die Beteiligung an entsprechenden Betreibergesellschaften nach einer Übergangszeit untersagt wird. Eine solche Satzungsänderung wäre für den HEW-Vorstand unmittelbar bindend.

In der von Teilnehmern als „quälend" beschriebenen Senatssitzung stellte sich heraus, daß der Senat zwar als HEW-Mehrheitsaktionär die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung erzwingen und die Satzungsänderung durchsetzen kann; doch die Konsequenzen eines solchen Schrittes lassen die Rathausriege unter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi zögern.

Folgen für den Haushalt

Finanzsenator Horst Gobrecht, dessen Behörde für die Staatsholding „Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung" (HGV) und damit auch für die HEW-Aktien der Hansestadt zuständig ist, teilte seinen Senatskollegen in unzweideutiger Form mit, die für den Haushalt zu erwartenden Folgen einer Satzungsänderung – durch Kursverlust der HEW-Aktie und einen Rückgang der Unternehmensergebnisse – seien nicht zu übersehen und daher derzeit für ihn nicht akzeptabel.

Justizsenator Wolfgang Curilla, im Gegensatz zu Gobrecht ein Senatsmitglied des linken Flügels und aus diesem Grunde ganz besonders an vorzeigbaren Ausstiegsschritten in Sachen Kernenergie interessiert, stimmte die Senatsrunde ebenfalls nachdenklich: Er warnte vor den juristischen Folgewirkungen einer Satzungsänderung und in diesem Zusammenhang insbesondere vor etwaigen Haftungsansprüchen der Minderheitsaktionäre gegen die Senatsvertreter im HEW-Aufsichtsrat und eventuell auch gegen den Senat insgesamt. Eine Haftungsfreistellung bedarf nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz einer Zustimmung der Bürgerschaft.

Verlierer Kuhbier

Ziemlich sicher ist nach Auffassung von Senatsjuristen, daß die Minderheitsaktionäre bei wirtschaftlichen Schädigungen des Unternehmens als Folge eines Ausstiegs aus der Kernenergie einen Nachteilsausgleich verlangen können.

Der Verlierer dieser energiepolitischen Nicht-Entscheidung zwei Wochen vor der Bürgerschaftswahl ist neben Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der den Verzicht auf die Kernenergie immer wieder öffentlich gefordert hat, vor allem Energiesenator Jörg Kuhbier vom linken SPD-Flügel, der nach der SPD-Wahlkampfstrategie diese Politik durchsetzen sollte und nun mit leeren Händen dasteht: Der Senat hat keinen Zugriff auf die rings um Hamburg mit HEW-Beteiligung Strom produzierenden Kernkraftwerke Brokdorf, Krümmel, Brunsbüttel und Stade, da sie sich nicht auf hamburgischem Territorium befinden. Die Absicht, gegen die Betriebsaufnahme in Brokdorf die Gerichte zu bemühen, hat die Landesregierung auf dringliches Anraten des Frankfurter Atomrechtlers Professor Steinberg, der als Gutachter eingeschaltet worden war, wieder aufgegeben. Die Entscheidung, nun vorerst auch auf eine Änderung der HEW-Satzung zu verzichten, wird in Senatskreisen mit der ironischen Prophezeiung kommentiert: „Das ist der Ausstieg aus dem Ausstieg".

CDU fordert Zöpels Entlassung

dpa, Düsseldorf

Der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Fraktion im NRW-Landtag, Doppmeier, hat Ministerpräsident Rau indirekt aufgefordert, Städtebauminister Zöpel zu entlassen. Doppmeier kritisiert, Zöpel habe dem Landtagsausschuß für Städtebau einen Bericht der Oberfinanzdirektion Düsseldorf (OFD) verschwiegen. Darin sei zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Neue Heimat geraten worden. Nach OFD-Angaben ist das Papier eine Zusammenfassung bekannter Fakten.

Schwerer Vorwurf gegen Rehberger

UR. Bonn

Die saarländische SPD-Fraktion hat FDP-Chef Rehberger vorgeworfen, im Vorfeld der Gemeinderatswahl in Marpingen versucht zu haben, die dortige Wählergemeinschaft „persönlich für 2000 Mark" zu „kaufen". Dies hätten Vertreter der Wählergemeinschaft dem SPD-Abgeordneten Dewes mitgeteilt, berichtete die SPD-Fraktion. CDU und FDP haben im Zusammenhang mit vermuteten Versuchen der SPD, die Landratswahl in Merzig zu manipulieren, einen U-Ausschuß beantragt.

Raus Probleme im Hamburger Wahlkampf

ub. Hamburg

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat für die Wahlkampfauseinandersetzung mit Helmut Kohl ein neues Thema gefunden, und er nutzt es bei jeder sich bietenden Gelegenheit: Die jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers über Kremlchef Gorbatschow. Genüßlich rieb Rau dem Kanzler am Montag nachmittag auf einer SPD-Kundgebung zur Bürgerschaftswahl im Hamburger Stadtteil Altona Salz in diese Wunde. Er wolle wieder, sagte der Kanzlerkandiat, „Friedenspolitik zum Gegenstand der Auseinandersetzung machen".

Das könne man auf vielfältige Weise tun, etwa so „wie der gegenwärtige Bundeskanzler, der in der vergangenen Woche den Generalsekretär Gorbatschow mit Goebbels verglichen hat. Ich kann nur sagen – bei allem Widerstand und allem Widerspruch zu einem kommunistischen System – wer den Ausgleich der Supermächte will, und wer die Abrüstung will, und wer will, daß die Raketen wegkommen, und zwar die Cruise Missiles genauso wie die SS-20, der darf so nicht reden, der handelt fahrlässig." Es dürfe „nicht so weitergehen, daß jedes Jahr ein größerer Prozentsatz der Steuergelder in die Rüstung gesteckt wird und jedes Jahr im Osten und im Westen mehr Raketen stehen". An dieser Stelle meldeten sich politische Gegner mit lautstarken Zwischenrufen zu Wort: „Das war doch Helmut Schmidt!"

Rau sagte, als Bundeskanzler werde er das SDI-Abkommen in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit aufkündigen. Die Bundesrepublik brauche wieder „einen Bundeskanzler, der die Forderungen deutscher Außenpolitik in allen Hauptstädten vertritt und nicht schon ja gesagt hat, bevor seine Maschine gelandet ist." Ausschreitungen bei Demonstrationen – ein insbesondere in Altona angesichts der Gewalttaten vom 7. Oktober im Verlauf einer Anti-Brokdorf-Demonstration sensibles Thema – verurteilte Rau: „Wer Gewalt anwendet und wer Steine wirft, der gehört vor den Richter und hinter Schloß und Riegel. Gewalt ist nicht erlaubt in diesem Staat." Das Demonstrationsrecht müsse jedoch zugleich geschützt werden, denn es sei „die Pressefreiheit des kleinen Mannes".

Rau, dem die Hamburger Spitzengenossen intern verübelt hatten, daß er auf dem Offenburger SPD-Parteitag auf die Bürgerschaftswahl des 9. November nicht eingegangen war, vermied umgekehrt bei seinem Auftritt in der Hansestadt jede Erwähnung des Offenburger Parteitages. Auch innerhalb der SPD-Führung wurde dies als Indiz dafür gewertet, daß in Offenburg keine „Aufbruchstimmung" zu spüren gewesen war wie zuvor auf dem Nürnberger SPD-Bundesparteitag.

Der bayerische Müllberg schmilzt durch Verbrennung

Zu den heiklen Themen bei Umweltschutz-Debatten gehört die Beseitigung von Sonder- oder Giftmüll. Jedes Bundesland hat hier seine eigenen Konzepte entwickelt, mit diesen Lasten fertig zu werden. Bayern ist stolz darauf, auf diesem Gebiet führend zu sein.



Vorbild bei Sondermüll-Beseitigung

Von PETER SCHMALZ

Als die Diskussion über Nutzen oder Schaden der Kernenergie noch nicht das alles überlagernde Thema war und die bayerische Opposition noch Zeit und Muße fand, Umweltminister Alfred Dick und sein Ministerium auch auf anderen Feldern zu attackieren, da erfanden Sozialdemokraten einen Spitznamen für einen der obersten Beamten in Dicks Haus: „Feuervogel" tauften sie den Ministerialdirigenten Josef Vogl, weil dieser die Verbrennung als die optimalste unter allen möglichen Arten der Müllbeseitigung ansah. Der Genossen Argument gegen die thermische Müllbeseitigung damals: Wertvolle Rohstoffe gehen in Flammen auf und verschmutzen und verpesten dabei auch noch die Luft.

Wenn die Opposition heute Bayerns Müllverbrennung nicht mehr anpestet, dann liegt das aber nicht allein an der antiatomaren Arbeitsüberlastung. Dann spielt dabei auch die Erkenntnis eine Rolle, daß der bayerische Weg nicht nur von anderen CDU-regierten Ländern akzeptiert wird, sondern daß sogar das sozialdemokratische Vorzeigeland Nordrhein-Westfalen Feuer legt an seinen wachsenden Müllberg. Man müsse mindestens 15 neue Verbrennungsanlagen bauen, hatte Düsseldorfs Umweltminister Klaus Matthiesen kürzlich verkündet. Befriedigt stellt man im Münchner Umweltministerium fest: „Bayerns früher oft kritisierter Weg wird heute auch von den anderen begangen."

Jährlich werfen die elf Millionen Bayern über 23 Millionen Kubikmeter Hausmüll in die Abfalltonnen, mehr als die Hälfte – zur Zeit genau 55 Prozent – wird in die Öfen von 13 Müllverbrennungsanlagen gekippt. „Warum sollen wir den Müll zu Bergen aufhäufen, wenn wir ihn auf dem Weg der Verbrennung sinnvoll zur Erzeugung von Strom, Fernwärme und Industriewärme nutzen können?" rechtfertigt Minister Dick die bayerische Lösung.

Vor vier Jahren wurde bei Schwandorf in der Oberpfalz das größte und modernste Müllkraftwerk Europas eingeweiht. Aus 13 Landkreisen, in denen 1,25 Millionen Menschen wohnen, werden jährlich 350 000 Tonnen Müll gesammelt, an acht Beladestationen in Eisenbahnwaggons umgeladen und auf der Schiene umweltfreundlich zum Kraftwerk gebracht, wo die erzeugte Energie in Form von Dampf und Strom an ein benachbartes Aluminiumwerk abgegeben wird. Jährlicher Spareffekt: 60 Millionen Liter Öl.

Der Erlös aus dem Energieverkauf drückt die Beseitigungskosten auf unter 40 Mark je Tonne und damit etwa auf das Niveau, das auch das Deponieren kostet. Während aber die Deponie über Jahrzehnte hinweg sorgfältig beobachtet wird und verseuchtes Sickerwasser beseitigt werden muß, sind die Verbrennungsrückstände wesentlich einfacher zu handhaben. Die ursprüngliche Müllmenge reduziert sich beim Verbrennen um 90 Prozent, die restlichen zehn Prozent werden nochmals reduziert: Metallteile werden aus Schlacke und Asche herausgezogen und an Hüttenwerke verkauft, die Schlacke kann zum Teil im Straßenbau wiederverwendet werden. „Hierfür muß bei den zuständigen Betrieben allerdings erst noch ein Bewußtsein geschaffen werden", meint ein Sprecher des Münchner Ministeriums.

Probleme mit der Luftverschmutzung, die bei den früheren Verbrennungsanlagen nicht zu leugnen waren, wurden inzwischen durch Nachrüstung der alten und entsprechender Konstruktionen der neuen Werke weitgehend beseitigt. Dank Elektro- und Gewebefilter sowie durch nasse oder trockene Rauchgaswäsche ist die Abluft am Kamin so sauber, daß die Anlage selbst nach der neuen TA Luft nur als Bagatellfall anzusehen ist.

Wenig Zukunftschancen gibt man dagegen der Pyrolyse, also der thermischen Zersetzung kohlenstoffhaltiger Materialien unter Ausschluß von Luftsauerstoff. Im schwäbischen Burgau läuft seit über zwei Jahren die erste deutsche großtechnische Pyrolyse-Anlage im Testbetrieb und entsorgt einen Landkreis mit 100 000 Einwohnern. Man könne noch kein abschließendes Urteil abgeben, aber es seien noch einige „Optimierungsprozesse" notwendig, beispielsweise bei der Materialzerkleinerung und bei der für die Pyrolyse notwendigen homogenen Zusammensetzung.

Stolz sind die Bayern dagegen auf ihre Sondermüllbeseitigung, die vor 20 Jahren und damit weit vor anderen Bundesländern begonnen wurde. Defregger: „Heute sind wir auf diesem Gebiet weltweit führend." Zehn regionale Sammelstellen, je drei zentrale Beseitigungsanlagen und Deponien sowie eine Wiederverwertungsanlage für die Aufarbeitung verschmutzter Lösemittel decken das Land ab. Die meisten gehören der „Gesellschaft zur Behandlung von Sondermüll in Bayern" (GSB), die im vergangenen Jahr 285 000 Tonnen Sondermüll beseitigte und damit bei Preisen, die seit 1982 weitgehend stabil sind und die unter denen der Nachbarländer Baden-Württemberg und Hessen liegen, bei einem Umsatz von 49 Millionen Mark immerhin 12,6 Millionen Mark Überschuß erzielte. Da die Gesellschaft gemeinnützig ist und somit keinen Gewinn an ihre Gesellschafter (Staat, kommunale Spitzenverbände und 75 gewerbliche Firmen) ausschütten darf, werden die Gelder für Investitionen zurückgelegt. Erst kürzlich wurde eine Weltneuheit in Betrieb gesetzt, die den Namen „Sondermüllsiedewassereindämpfungsanlage" trägt. Solche mülltechnischen Spitzenleistungen locken fachkundige Voyeure in Scharen an. „Bayern ist das Mekka der Sondermüllbeseitigung", lobte Kanadas Umweltminister Harry Parrot, einer von 500 Experten, die alljährlich anstelle der weißblauen Alpen Bayerns Müllberge in Augenschein nehmen.

Daten und Fakten auf einen Blick

1. Gesamtmüllaufkommen in Bayern: 3,5 Millionen Tonnen Haus-, Gewerbe- und Sperrmüll. Dazu kommen 5 Millionen Kubikmeter Bauschutt, 6,5 Millionen Kubikmeter Klär- und Fäkalschlamm und 470 000 Tonnen Sonderabfälle.

2. Müllexport: 9300 Tonnen Sondermüll in andere Bundesländer.

3. Müllimport: 50 600 Tonnen Sondermüll aus anderen Bundesländern, 41 Tonnen aus dem Ausland.

Bischöfe nennen die IG Metall „intolerant"

KNA, Bonn

Mit scharfer Kritik haben die katholischen deutschen Bischöfe auf die Forderung der IG Metall nach einer ersatzlosen Streichung des Schwangerschaftsparagraphen 218 reagiert. Nach Ansicht der Bischöfe von Hildesheim und Osnabrück, Josef Homeyer und Helmut Hermann Wittler, ist diese beim jüngsten Gewerkschaftstag der IG Metall verabschiedete Forderung im höchsten Maße intolerant und unerträglich für einen katholischen Christen.

Übereinstimmend kritisierten die kirchlichen Würdenträger vor allem die Ablehnung einer ursprünglich vorgesehenen „Toleranzklausel", nach der einzelne Mitglieder der IG Metall aus religiösen oder moralischen Motiven eine von dem Beschluß zum Paragraphen 218 abweichende Meinung weiterhin hätten vertreten können. Dadurch würden viele Gewerkschafter in Gewissenskonflikte geraten. Die Gewerkschaft habe durch ihren Beschluß das religiöse und sittliche Empfinden eines Teils ihrer Mitglieder völlig ignoriert.

Bischof Homeyer stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob die IG Metall für katholische Arbeitnehmer noch tragbar sei.

Ein Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz erklärte in Bonn zu diesem Thema, daß die IG Metall mit ihrer Forderung nach einer Aufhebung des Rechtsschutzes für ungeborene Kinder „jene menschenverachtende und lebendsbedrohende Tendenz" fortsetze, die bereits durch ähnliche Beschlüsse der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eingeleitet worden sei.





Muß Arbeit Spaß machen? (2. Folge) / Von Elisabeth Noelle-Neumann

Die Dimension des Problems Arbeitslosigkeit mag in Politik und Polemik aufscheinen, im Aufwand der Wissenschaft findet sie kaum eine Entsprechung. Wer indes, wie die Demoskopen aus Allensbach, die 30er und die 80er Jahre vergleicht, dem fällt nicht nur der Quantensprung ins Auge: Arbeitslosigkeit zerstört auf Dauer – damals wie unter heutigen Wohlstandsbedingungen. Und jeder zehnte immerhin lebt an der Armutsgrenze. Dies schreibt – exklusiv in der WELT – Elisabeth Noelle-Neumann. Chefin des Institutes in Allensbach.

Was Arbeitslosigkeit wirklich heißt

Das Ziel der vorliegenden Untersuchung war, mit den Mitteln moderner Erhebungsmethoden ein Bild von der psychologischen Situation eines arbeitslosen Ortes zu geben." So beginnt die klassische, 1931/32 durchgeführte, 1933 veröffentlichte Studie: „Die Arbeitslosen von Marienthal".

Den kleinen Ort in der Nähe von Wien, in der der einzige große Arbeitgeber, eine Textilfabrik, zugemacht hatte, hatten sich drei junge Sozialwissenschaftler, Maria Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel, für ihre Erforschung der Arbeitslosigkeit ausgesucht. Die drei Namen sind heute in der Sozialforschung weltberühmt. 1960 wurde ihr Bericht vom Allensbacher Institut neu herausgegeben, danach kamen eine französische, eine englische und dann noch viele weitere Übersetzungen.

Marienthal 1932 – die Bundesrepublik 1986. Bei der großen Allensbacher Arbeitslosenuntersuchung, über die hier berichtet wird, haben wir versucht, einige Brücken zu schlagen.

Drei Schlüsselbegriffe erfand die Lazarsfeld-Gruppe für das, was sie in dem arbeitslosen Ort beobachtete: Die „müde Gemeinschaft", die „Schrumpfung des psychologischen Lebensraumes", den „Zusammenbruch der Zeitstrukturen". Ja, sie sprachen von Beobachtungen in einem „arbeitslosen Ort". Von den 478 Familien in Marienthal gab es in 367 Familien keinen Berufstätigen, keinen mit einem normalen Verdienst, das heißt, in 77 Prozent. In der Bundesrepublik Deutschland waren im Herbst 1986 rund 2,1 Millionen bei den Arbeitsämtern gemeldet, 8,2 Prozent der Arbeitnehmer. Und von diesen 2,1 Millionen sind nach der Allensbacher Repräsentativumfrage – Basis 1500 bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose – nur 31 Prozent „Alleinernährer", das heißt, es gibt in ihrem Haushalt keinen anderen normal Berufstätigen. Die große Mehrzahl – 69 Prozent – aller gegenwärtig registrierten Arbeitslosen leben in Haushalten, in denen ein anderes Haushaltsmitglied berufstätig ist. Von den gegenwärtig registrierten Arbeitslosen sagen 60 Prozent: „Ich bin nicht der Hauptverdiener in unserem Haushalt." Wir müssen, wir können uns den typischen Arbeitslosen im allgemeinen als Mitglied einer Familie, unter Berufstätigen lebend, vorstellen.

Und dennoch finden wir Symptome, die die jungen Sozialwissenschaftler in Marienthal beobachteten, auch hier bei uns im Herbst 1986. Da ist die „Schrumpfung des psychologischen Lebensraumes". In Marienthal wurde ein nachlassendes Interesse an Politik beobachtet, sinkende Mitgliederzahlen bei den Vereinen, ein deutliches Zurückgehen des Zeitungslesens trotz der reichlich vorhandenen Freizeit, absinkende Ausleihzahlen der Bücher, obgleich die Bücher jetzt umsonst ausgeliehen wurden. Ähnliches zeigt sich beim Vergleich der Arbeitslosen mit den berufstätigen Arbeitern und Angestellten in der Bundesrepublik im Herbst 1986. Arbeitslose interessieren sich weniger für Politik, sie sind weniger Mitglieder in Vereinen, sie lesen weniger Bücher, sie nehmen weniger teil an weiterbildenden Kursen (Tabelle 1).

Das Interesse der Arbeitslosen, sagen die Marienthal-Autoren, konzentriere sich immer enger auf den häuslichen Kreis der Familie, der Kinder. Ähnliches kann man auch aus der Allensbacher Arbeitslosenstudie lesen. Das Interesse am Familienleben ist, verglichen mit dem berufstätiger Arbeiter und Angestellter, nicht herabgedrückt. Und die Arbeitslosen selbst beschreiben als Vorteil der Arbeitslosigkeit – neben vielen Nachteilen – das intensive Familienleben. 53 Prozent sagen: „In der Arbeitslosigkeit ist die Familie eine Hilfe", nur in Ausnahmefällen (sechs Prozent) heißt es, die Familie sei eine Belastung. Fortbildung dagegen spielt im Alltag der deutschen Arbeitslosen nahezu gar keine Rolle. An typischen Werktagen zwischen Montag und Freitag sagen acht Prozent pro Tag, sie hätten sich mit irgend etwas in der Art von Fortbildung an diesem Tag beschäftigt. An Maßnahmen für Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung haben von den Arbeitslosen elf Prozent teilgenommen (Tabelle 2).

Die Marienthal-Forscher sprechen von „müder Gemeinschaft". Das wird durch die Allensbacher Arbeitslosenuntersuchung vom Herbst 1986 bestätigt. Bei der Umfrage wurde vorsätzlich versucht, alle Ansätze zu einem Aufspüren der Tätigkeit der Arbeitslosen in der Schattenwirtschaft zu vermeiden. Wäre dies das Ziel einer Arbeitslosenuntersuchung, müßte man sie methodisch ganz anders anlegen. Bei der direkten Frage an die Arbeitslosen, wie viele Stunden sie in der letzten Woche mit Tätigkeiten wie Tapezieren, Schreinern, Fliesenlegen usw. zugebracht hätten, wurde ausdrücklich im Interview hinzugefügt: „Für einen Gegenwert oder auch für Sie selbst im Haushalt".

Damit war vorsätzlich die Unterscheidung zwischen zulässiger Arbeit für sich selbst und nur begrenzt zulässiger Erwerbsarbeit verwischt. Aber die Antworten, welche derartigen Tätigkeiten man ausüben kann und in letzter Zeit auch ausgeübt hat, bringen als Gesamteindruck, daß die berufstätigen Arbeiter und Angestellten aktiver sind, mehr in nahezu jeder Hinsicht tun als die Arbeitslosen (Tabelle 3). Nur beim Rätsellösen und Kartenspielen übertreffen die Arbeitslosen die berufstätigen Arbeitnehmer (Tabelle 4). Es folgen aus der Passivität dann charakteristische Gesundheitsschäden, zum Beispiel Schlafstörungen. 28 Prozent der Arbeitslosen sagen, sie seien zur Zeit in ärztlicher Behandlung.

Die Marienthal-Forscher sprechen vom „Zusammenbruch der Zeitstrukturen". „Wer weiß, mit welcher Zähigkeit die Arbeiterschaft seit den Anfängen ihrer Organisation um die Verlängerung der Freizeit kämpft, der könnte meinen, daß in allem Elend der Arbeitslosigkeit die unbegrenzte freie Zeit für den Menschen doch ein Gewinn sei. Aber bei näherem Zusehen erweist sich diese freie Zeit als tragisches Geschenk. Losgelöst von ihrer Arbeit und ohne Kontakt mit der Außenwelt, haben die Arbeiter die materiellen und moralischen Möglichkeiten eingebüßt, die Zeit zu verwenden. Sie, die sich nicht mehr beeilen müssen, beginnen auch nichts mehr und gleiten allmählich ab aus einer geregelten Existenz ins Ungebundene und Leere. Wenn sie Rückschau halten über einen Abschnitt dieser freien Zeit, dann will ihnen nichts einfallen, was der Mühe wert wäre, erzählt zu werden.

Die jungen Sozialwissenschaftler beobachteten in Marienthal von einem verborgenen Fensterplatz aus die Gehgeschwindigkeit von Männern und Frauen auf den 300 Metern Hauptstraße, die sie von ihrem Platz aus übersehen konnten. Etwa jeder zweite Fußgänger bleibt auf dieser Strecke zwei- oder dreimal stehen; nicht einmal jeder fünfte geht die 300 Meter ohne stehenzubleiben. Die Gehgeschwindigkeit schätzen die Beobachter auf drei Kilometer in der Stunde.

Mehr als 50 Jahre später notieren die Allensbacher Interviewer am Ende des Interviews, wie schnell oder langsam die Bewegungen der Befragten während des Interviews waren. Von der wissenschaftlichen Vorgeschichte einer solchen Ermittlung wissen die Interviewer nichts.

Bei Arbeitslosen, die noch nicht länger als drei Monate arbeitslos sind, stellen sie für 22 Prozent fest, Bewegungen und Reaktionen seien eher schnell gewesen. Bei den Arbeitslosen, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind, beobachten sie das nur noch bei 17 Prozent. Besonders langsame Bewegungen fallen den Interviewern auf bei 16 Prozent der Kurzzeitarbeitslosen, aber bei 25 Prozent derjenigen, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind (Tabelle 5).

Die Armut in Marienthal und die wirtschaftliche Lage der Arbeitslosen in der Bundesrepublik 1986, das sind allerdings die denkbar stärksten Gegensätze.

Pedantisch registrieren die Forscher in Marienthal den Speisezettel der arbeitslosen Familie. Ein Beispiel:

Montag – Frühstück: Kaffee und Brot; Mittag: Erbstwurstsuppe, Griesschmarren; Nachtessen: Kaffee und Schmalzbrot

Dienstag – Frühstück: Kaffee und Brot; Mittag: Kohl und Erdäpfel; Nachtessen: Kohl

Mittwoch – Frühstück: Kaffee und Brot; Mittag: Erdäpfelsuppe und Krautfleckerln; Nachtessen: Kaffee und Brot,

und so fort.

Sie lassen sich die Geldeinteilung erklären, im Durschnitt betragen die Einkommen der Arbeitslosen knapp ein Viertel des normalen Arbeitseinkommens. Die Marienthaler Forscher schildern typische Fälle. Frau M. L.: „Ihre Geldeinteilung ist sehr genau, rechnet alles mit dem Mann aus. Sie geben im Konsum 35 Schillinge (ein Schilling entsprach damals etwa einer halben Reichsmark) in 14 Tagen aus, da sind schon die Kohlen dabei. Sie macht keinen Groschen Schulden. Wenn Schuhreparaturen oder dergleichen sind, wird das genau ausgerechnet und auf der anderen Seite abgespart. Das Geldeinteilen ist dadurch erleichtert, daß ihr der Mann dabei hilft: ‚Ein Mann kann so etwas doch leichter ausrechnen.'"

Über eine Mutter von drei Kindern wird berichtet: „Das Geld teilt sie sich so ein, daß sie alles gleich bezahlt, außer Milch und Brot. Für Milch braucht sie in 14 Tagen 10 Schillinge, für Lebensmittel und Kohlen ca. 40 Schillinge. Die paar Schillinge, die übrigbleiben, gehen auf Kleinigkeiten auf, man kann sich nichts anschaffen. Den siebenjährigen Buben mußte sie acht Tage von der Schule zu Hause lassen, weil er keine Schuhe hatte."

„Die Frage", schreiben die Marienthaler Forscher, „taucht auch in der Erziehungsberatungsstelle auf: Wie hält man die halbwüchsigen Jungen vom Fußballspiel fern, damit Schuhe und Kleider dadurch nicht in unerträglichem Maße ruiniert werden?"

„Schon die Geschwindigkeit, mit der uns die Frauen ihre Geldeinteilung aufsagen konnten", heißt es im Forschungsbericht, „zeigte, wie genau sie durchdacht ist und wie wenig Abweichungen es geben darf, will man auskommen."

Die Geldeinteilung in Haushalten von Arbeitslosen 1986 unterscheidet sich kaum von derjenigen bei der Bevölkerung allgemein. Eine Frage dazu lautete: „Wenn Sie ... sagen sollten, wie bei Ihnen das Wirtschaftsgeld im allgemeinen eingeteilt wird – wie machen Sie es?" Dazu wurden zwei Möglichkeiten zur Auswahl gestellt. Die erste: „Am Monatsanfang oder am Zahltag wird das Wirtschaftsgeld genau in verschiedene Posten aufgeteilt, wie Miete, Essen, Strom, Wäsche usw., so daß alles Geld erst mal weg ist." Die zweite: „Das Wirtschaftsgeld wird nicht in einzelne Posten aufgeteilt, sondern es wird alles bezahlt, was bezahlt werden muß, so wie es gerade kommt und solange das Geld reicht." Von planmäßigem Umgang mit dem Geld, der ersten Möglichkeit, sprechen 35 Prozent der Arbeitslosen. Nach der zweiten Art, alles wird bezahlt, wie es kommt, solange das Geld reicht, verfahren 50 Prozent der Arbeitslosen.

„Wieviel bleibt Ihnen übrig?" wurden die Arbeitslosen gefragt. 43 Prozent sagten, nichts bleibe ihnen übrig. 55 Prozent nannten Beträge zwischen 50 und 800 DM (Tabelle 6).

Um die wirtschaftliche Lage und den Lebensstandard der deutschen Arbeitslosen 1986 beschreiben zu können, wurde eine Allensbach-Bevölkerungsumfrage vom Frühjahr 1986 mit mehr als 10 000 Interviews, darunter mehr als 500 Interviews mit Arbeitslosen, benutzt. In dieser Umfrage wurden rund 300 Märkte untersucht, Verbrauch von Lebensmitteln, Getränken, Kosmetika, Kleidung, größere Anschaffungen der letzten Jahre. Wohin man sieht, man kann nahezu keinen Unterschied zwischen den Arbeitslosen und der übrigen Bevölkerung entdecken. Die Arbeitslosen rauchen etwas häufiger, sie trinken etwas häufiger harte alkoholische Getränke, sie gebrauchen auch mehr Fertiggerichte, aber das bezieht sich vornehmlich auf die alleinstehenden Arbeitslosen.

Als Unterschied im Lebensstandard der Arbeitslosen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung fällt weniger Hausbesitz auf. 54 Prozent der Bevölkerung allgemein, aber nur 37 Prozent der jetzt Arbeitslosen machten im vergangenen Jahr 1985 eine Urlaubsreise. 44 Prozent der Bevölkerung, aber nur 29 Prozent der Arbeitslosen machten eine Urlaubsreise ins Ausland. Schon bei den kürzeren Reisen, Wochenendreisen, gibt es kaum mehr Unterschiede. Im allgemeinen Durchschnitt der Haushalte gibt es zur Zeit mindestens einen Pkw zu 78 Prozent, in den Haushalten der Arbeitslosen zu 64 Prozent. Telefon gibt es im allgemeinen Durchschnitt der Bevölkerung zu 91 Prozent, in den Haushalten der Arbeitslosen zu 78 Prozent.

Das Einkommen der Haushaltsmitglieder insgesamt geben die Arbeitslosen mit unter 1250 DM zu fünf Prozent an, mit 1250 DM bis unter 2000 DM zu 13 Prozent, mit 2000 DM bis unter 3000 DM zu 27 Prozent, und schließlich mit mehr als 3000 DM Nettoeinkommen der Haushaltsmitglieder insgesamt zu 28 Prozent.

Es wurde gefragt, was sich in der Lebensführung des Arbeitslosen in den letzten zwei, drei Jahren geändert habe. Eindeutig an der Spitze liegen zwei Angaben, der Verzicht auf Urlaubsreisen (43 Prozent) und Einsparungen bei der Kleidung (52 Prozent); auch für Freizeitbeschäftigungen und Hobbys ist bei 19 Prozent das Geld knapper geworden. Im übrigen versuchen die Arbeitslosen offenbar, den Lebensstil möglichst wenig zu ändern. Neun Prozent sagen, daß sie auf ein billigeres Auto umgestiegen seien, und neun Prozent, daß sie ihr Auto abgeschafft hätten. Neun Prozent sind in eine billigere Wohnung umgezogen.

Im Vertrauen auf bessere Zeiten sagen 27 Prozent, daß sie ihre Ersparnisse angegriffen hätten, 25 Prozent haben Schulden gemacht: allerdings sind das nicht viel mehr als allgemein unter den Arbeitnehmern, die zu 18 Prozent sagen, sie hätten Schulden machen müssen. Bei einer anderen Frage nach Schuldenmachen sagen 40 Prozent der Arbeitslosen, daß sie von Schulden etwas und neun Prozent, daß sie von Schulden stark bedrückt würden. Acht Prozent sind bei Ratenzahlungen in Verzug geraten.

Bei länger andauernder Arbeitslosigkeit wächst die Neigung, eine Versicherung zu kündigen, 13 Prozent der Arbeitslosen berichten das, aber 17 Prozent derer, die schon länger als zwölf Monate arbeitslos sind. Im Durchschnitt haben acht Prozent das Zeitungsabonnement gekündigt, aber elf Prozent derer, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind. 18 Prozent laden weniger Gäste als früher ein, bei längerer Arbeitslosigkeit sind es 22 Prozent (Tabelle 7).

20 Prozent berichten, daß sie am Essen sparen. Interviewer fragten die Arbeitslosen und ebenso die Bevölkerung allgemein nach der Hauptmahlzeit am Tag vor dem Interview. Nahezu vollzählig berichteten die Arbeitslosen und auch die Bevölkerung allgmein, die Hauptmahlzeit sei ein warmes Essen gewesen, „aufgewärmt", erläuterten 16 Prozent dieser Arbeitslosen mit warmer Hauptmahlzeit und 20 Prozent der Bevölkerung allgmein. Ein Eintopfgericht sei es gewesen, sagten 21 Prozent der Arbeitslosen, 20 Prozent der Bevölkerung. Zur Hauptmahlzeit habe es Fleisch gegeben, berichteten 64 Prozent der Arbeitslosen, 70 Prozent der Bevölkerung allgemein.

Der Wohlfahrtsstaat schützt die große Mehrzahl seiner arbeitslosen Bürger vor materieller Not. Bei einer Selbstcharakterisierung, welchen Gruppen man sich zugehörig fühle, bezeichnen sich 25 Prozent der Arbeitslosen als „sozial Schwache", unter den Arbeitnehmern insgesamt sind es 10 Prozent, die dieses Bild von sich entwerfen. Das heißt aber auch, daß sich 75 Prozent der Arbeitslosen nicht als „sozial Schwache" sehen. Daß sie froh sein müßten, wenn ihnen andere Sachen schenken, die sie nicht mehr brauchen, sagen zwölf Prozent der Arbeitslosen; daß sie von Verwandten Unterstützung erhielten, zehn Prozent (Tabelle 7).

Die Arbeitslosen – und zum Vergleich auch die Bevölkerung allgemein – wurden gebeten, nach vier Kategorien ihre wirtschaftliche Lage einzustufen. „Mir geht es wirtschaftlich sehr gut, habe finanziell keine Sorgen", sagen neun Prozent der Arbeitslosen. „Ich komme finanziell einigermaßen aus, es reicht gerade" 44 Prozent. „Ich muß mich wirtschaftlich ziemlich einschränken, kann mir nur das Nötigste leisten" 35 Prozent und „Habe finanziell ziemliche Sorgen, weiß kaum, wie ich meinen Lebensunterhalt finanzieren soll" elf Prozent. Das sagt von der Bevölkerung allgemein nur ein Prozent.

Diese letzte Gruppe muß man als Arbeitslose, die in Armut leben, charakterisieren, etwa 200 000 Personen. Alleinernährer, also ohne andere Berufstätige im Haushalt, sind unter ihnen rund 65 Prozent.

Etwa zwei Drittel sind Arbeiter, überwiegend ungelernte oder angelernte. Es sind vornehmlich Männer, rund 60 Prozent. Man würde erwarten, daß diese Gruppe von Arbeitslosen zu einem großen Teil aus älteren Menschen besteht. Aber so ist es nicht. Acht Prozent sind 50 und älter. Die nach eigenem Empfinden in Armut lebenden Arbeitslosen sind zu 40 Prozent unter 30 Jahre.

In der Sozialforschung dieses Jahrhunderts spielt der Begriff der „relativen Deprivation" eine wichtige Rolle. Menschen vergleichen ihre Situation mit der Situation anderer und empfinden sich danach als Benachteiligte oder als Erfolreiche. Eine eingehende Analyse der Lebensverhältnisse jener elf Prozent Arbeitslosen, die sich als arm empfinden, zeigt ein Bild, das sicher auch unter den heutigen Umständen nicht dem entspricht, was man sich unter Armut vorstellt. Etwa die Hälfte hat ein Auto im Haushalt, 65 Prozent haben Telefon. Aber 76 Prozent sagen, daß sie keine Urlaubsreise machen könne, 79 Prozent sagen, sie hätten Schulden. Rund 53 Prozent von ihnen erklären: „Ich habe manchmal das Gefühl, daß ich nie wieder hochkomme, daß es nur noch bergab geht".

Aber dann gerät man auch in dieser Gruppe an die bekannten Befunde, die die Einstellung so vieler Arbeitsloser prägen. Etwa jeder dritte sagte, es sei besser, arbeitslos zu sein als eine Arbeit tun zu müssen, die keine Freude macht. Daß sie sich ernsthaft bemühen, eine neue Stellung zu finden, sagen nur 60 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit der 30er Jahre: Hilferuf eines Verzweifelten

Morgen in der WELT

Welche Strategien versprechen einen Abbau der Arbeitslosigkeit? – Wie steht es mit den ‚stillen Reserven'?

1. Schrumpfung des psychologischen Lebensraums

(Angaben in %)	Berufstätige Arbeitnehmer ab 16 Jahre	Arbeitslose insgesamt	Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit: Bis 3 Monate	4 bis unter 12 Monate	mehr als 12 Monate
Es interessieren sich für Politik	43	36	34	37	35
Sind Mitglied in einem Verein oder anderer Organisation	59	42	41	38	36
Es geben als öfter ausgeübte Freizeitbeschäftigung an					
– Bücher lesen	41	37	40	37	34
– weiterbilden, Kursbesuche	18	16	17	15	15

Bundesrepublik mit West-Berlin — Teilgruppen

2. Fortbildung – ja oder nein?

Frage: Wenn heute ein Arbeitnehmer sich beruflich fortbildet oder umschulen läßt, dann wird er ja unter bestimmten Bedingungen vom Arbeitsamt finanziell unterstützt. Haben Sie so eine Umschulung oder Fortbildung vom Arbeitsamt schon mal mitgemacht?

Es haben so eine Umschulung oder Fortbildung schon einmal mitgemacht (Angaben in %)

Arbeitslose insgesamt	Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit: Bis 3 Monate	3 bis unter 12 Monate	mehr als 12 Monate	Arbeitslose Männer insgesamt	Männer nach Dauer: Bis 3 Monate	3 bis unter 12 Monate	mehr als 12 Monate	Arbeitslose Frauen insgesamt	Frauen nach Dauer: Bis 3 Monate	3 bis unter 12 Monate	mehr als 12 Monate
11	6	12	15	13	6	13	18	9	5	10	11

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

3. Freizeitbeschäftigung

Frage: Auf dieser Liste hier steht verschiedenes, was man in der Freizeit machen kann. Können Sie mir sagen, was Sie in den letzten 12 Monaten mal gemacht haben? Wenn Sie es mir nach dieser Liste hier sagen könnten.

	Berufstätige Arbeitnehmer ab 16 Jahre (%)	Arbeitslose insgesamt (%)
Tapezierarbeiten	41	40
Sträucher, Bäume pflanzen, Umpflanzen	37	32
Andere Malerarbeiten	27	28
Holzanstrich innerhalb von Haus/Wohnung	23	20
Holzanstrich außerhalb von Haus/Wohnung	17	14
Schreiner-, Zimmererarbeiten	15	12
Elektroinstallationen	14	13
Maurerarbeiten, Verputzen	12	11
Platten, Fliesen verlegen	12	11
Klempner-, Installationsarbeiten	11	4
Wärmeisolationsarbeiten	6	5

Bundesrepublik mit West-Berlin — Berufstätige und arbeitslose Arbeiter und Angestellte

4. Hobbys

Es geben an, häufiger zu tun

	Berufstätige Arbeitnehmer ab 16 Jahre (%)	Arbeitslose insgesamt (%)
Im Garten arbeiten	25	21
Schwimmen	22	21
Karten spielen	17	20
Rätsel lösen	14	19
Kegeln	10	9
Wandern	10	9
Turnen, Gymnastik	9	7
Jogging	8	4
Fußball spielen	7	6
Mich mit einer Sammlung beschäftigen	6	4
Sportliches Radfahren	5	2
Sprachen lernen	5	4
Camping	4	3

Bundesrepublik mit West-Berlin — Berufstätige und arbeitslose Arbeiter und Angestellte

5. Rasch oder langsam?

alle Angaben in %	Arbeitslose insgesamt	Dauer der Arbeitslosigkeit: bis 3 Monate	3 bis 12 Monate	mehr als 12 Monate
Die Reaktionen des Befragten sind				
ziemlich schnell	20	22	20	17
normal schnell	61	62	62	58
langsam	19	16	17	25

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

6. Reicht das Geld?

Frage: Wieviel Geld bleibt für Sie durchschnittlich im Monat übrig? Wenn Sie jetzt einmal von Ihrem Einkommen alle laufenden Kosten wie Miete, Heizung, Kleidung, Essen und Trinken abziehen, wieviel Geld haben Sie dann ungefähr noch, mit dem Sie persönlich machen können, was Sie wollen?

	Arbeitslose insgesamt (%)
300 DM und mehr	18
200 bis unter 300 DM	12
100 bis unter 200 DM	17
50 bis unter 100 DM	8
25 bis unter 50 DM	2
Gar nichts	43

Bundesrepublik mit West-Berlin — 15- bis 65jährige Arbeitslose

7. Wo sich Arbeitslose einschränken

Frage: Wenn Sie jetzt einmal an die letzten zwei, drei Jahre denken: Könnten Sie mir sagen, ob etwas von dieser Liste hier für Sie und Ihre Familie zutrifft?

(Angaben in %)	Arbeitslose insgesamt	Arbeitslose, die länger als 12 Monate arbeitslos sind	Zum Vergleich Berufstätige Arbeitnehmer ab 16 Jahre (Herbst 1986)
Einschränkungen des Lebensstandards			
Wir geben heute nicht mehr so viel Geld für Kleidung aus	52	61	23
Wir können uns keine Urlaubsreise mehr leisten	43	53	14
Wir müssen uns bei Lebensmitteln einschränken, am Essen sparen	20	28	6
Wir müssen unsere Freizeitbeschäftigungen einschränken, bei Hobbys sparen	19	22	8
Wir können keine Leute einladen, weil es einfach zu teuer ist	18	22	4
Wir haben eine Versicherung gekündigt	13	17	8
Wir sind in eine billigere Wohnung umgezogen, weil wir uns die alte Wohnung nicht mehr leisten konnten	9	13	5
Wir sind auf ein billigeres Auto umgestiegen	9	11	8
Wir haben unser Auto abgeschafft	9	12	1
Wir haben die Zeitung abbestellt	8	11	3
Finanzen			
Wir mußten Schulden machen	25	28	18
Wir müssen unser Erspartes angreifen, um leben zu können	27	33	9
Wir sind bei Ratenzahlungen, Sparverträgen in Verzug gekommen	8	11	4
Wir versuchen, wo es geht, etwas Geld nebenbei zu verdienen	39	43	19
Hilfsbedürftigkeit			
Wir sind froh, wenn uns andere Sachen schenken, die sie nicht mehr brauchen	12	17	5
Verwandte unterstützen uns	10	12	5
Nichts davon	22	17	52

Bundesrepublik mit West-Berlin — Berufstätige und arbeitslose Arbeiter und Angestellte

„Zu starre doktrinäre Politik“

Äthiopiens Außenminister setzt sich ab / Zwangsumsiedlungen sollen legalisiert werden

KLAUS JONAS, Bonn

„Wir sind ein stolzes und unabhängiges Volk und niemandes Satellit“, hat der äthiopische Außenminister Goshu Wolde besorgten westlichen Besuchern wiederholt versichert, wenn er auf die enge Bindung des Militärregimes in Addis Abeba an die Sowjetunion angesprochen wurde. Jetzt hat auch Wolde seinen Glauben an einen eigenen Weg Äthiopiens aufgegeben. Bei einem Besuch in den USA anläßlich der UNO-Vollversammlung gab der 39jährige nach vier Jahren im Amt seinen Rücktritt bekannt und blieb in New York.

Er habe „hilflos“ mit ansehen müssen, wie sein Land weiter und weiter in der „absoluten Diktatur“ versunken sei, die „unvermeidlich zu Intoleranz und Repression“ geführt habe, sagte Wolde. Die marxistische Regierung in Addis Abeba habe „den Bezug zur Wirklichkeit“ verloren. Er könne nicht guten Gewissens einer Regierung dienen, deren „mangelnder Weitblick und deren starre, doktrinäre Politik“ für Land und Leute eine vernichtende Wirkung hätten.

Wer sich der Hoffnung hingegeben hatte, daß sich Addis Abeba nach der Hunger-Tragödie 1984/85 und der großzügigen Hilfsaktion des Westens zu einer politischen Öffnung bereitfinden würde, wurde spätestens im Sommer dieses Jahres eines besseren belehrt. Im August, gut zwölf Jahre nach dem Sturz Kaiser Haile Selassies, legten die Militärs einen Verfassungsentwurf vor, der Äthiopiens Übergang zu einer Volksrepublik und einem Zivilregime bereiten soll.

Bei näherem Hinsehen wurde schnell deutlich, daß die Sowjetunion die Hand geführt hat und die neue Verfassung die Gegenleistung für die in den vergangenen Jahren geleistete Waffenhilfe im Volumen von rund zehn Milliarden Mark darstellt. Der Entwurf legt die Vorherrschaft der



Will nicht mehr: Wolde

marxistischen Partei und das Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ fest. Mehr noch, die Verfassung legitimiert eine Politik der Militärs, die das wirtschaftlich ruinierte Äthiopien immer wieder in die Schlagzeilen gebracht hat.

Formal werden in der Verfassung zwar alle Grundrechte zugestanden, gleichzeitig sichert sie dem Staat und seinen Organen aber umfassende Kontroll- und Beschränkungsmöglichkeiten. Der Staat erhält die führende Rolle in der Wirtschaft zugeteilt. Zu diesem Zweck ist die Ausarbeitung eines zentralen Plans vorgesehen, der für die Förderung sozialistischer Produktionsbedingungen sorgt. Staat und Gesellschaft sind aufgerufen, die Kinder im sozialistischen Sinne zu erziehen; die Religionsfreiheit – immer wieder dringen Meldungen über Christenverfolgungen und Kirchenplünderungen nach draußen – ist den Interessen von Staat und Revolution untergeordnet.

Hoffnungen auf eine weitgehende Autonomie für die aufständischen Nordprovinzen, durch die ein Ende der seit 25 Jahren andauernden Sezessionskämpfe eingeleitet werden könnte, werden in dem Entwurf zerschlagen. Allein in Eritrea soll der Krieg nach unbestätigten Berichten bisher auf beiden Seiten 250 000 Tote gefordert haben, rund 650 000 der grob geschätzt 3,5 Millionen Eritreer sollen ins Ausland geflüchtet sein. In dem Entwurf wird zwar von „regionaler Autonomie“ gesprochen, doch „Grenzen, Status und Verantwortlichkeit der autonomen Regionen werden im Gesetz festgelegt werden“, heißt es weiter.

Bemerkenswert sind auch Regelungen, die offensichtlich die heftig umstrittene und gefürchtete Zwangsumsiedlung von 1,5 Millionen Landbewohnern juristisch absichern sollen. So heißt es, der Staat werde sicherstellen, daß die Besiedlung des Landes mit der Verteilung der nationalen Ressourcen in Übereinstimmung stehe.

Über den Verfassungsentwurf soll noch vor Ende des Jahres abgestimmt werden.

Die „Prawda“ zitiert Lenin

dpa, Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ hat zum ersten Mal Parallelen zwischen der „Neuen Ökonomischen Politik“ Lenins und der Wirtschaftspolitik von Parteichef Gorbatschow gezogen. Lenin habe gezeigt, daß der Sozialismus allein mit Enthusiasmus nicht aufgebaut werden könne, sondern daß eine Verbindung von materiellen und moralischen Anreizen notwendig sei. Mit dem Vergleich der „Prawda“ soll nach Meinung von Beobachtern die „Offenheitskampagne“ Gorbatschows flankiert werden.

Straßenschlacht in Seoul

dpa, Seoul

Mehr als 2000 regimekritische Studenten haben sich gestern im Universitätsviertel von Seoul wieder heftige Straßenschlachten mit der Polizei geliefert. Sie forderten „Weg mit der militärischen Dikatur“ von Präsident Chun Doo Hwan und riefen „Raus mit den US-Imperialisten“. Augenzeugen bezeichneten die Auseinandersetzungen als schwerste der vergangenen Monate. Die Ordnungskräfte setzten Tränengas gegen die Studenten ein, die ihrerseits mit Steinen und Molotow-Cocktails warfen.

Neue Sanktionen gegen Pretoria

Ha. Brüssel

Einen Monat nach Inkrafttreten des Einfuhrembargos für Eisen- und Stahlerzeugnisse hat sich der EG-Ministerrat auch über die Rechtsgrundlage für die beiden anderen Sanktionen gegen Südafrika verständigt: ein Verbot von Neuinvestitionen europäischer Firmen und ein Importverbot für Goldmünzen.

Trotz Bedenken einiger EG-Partner soll das Embargo für Goldmünzen auf die Römischen Vertrag gestützt werden und die Form einer verbindlichen EG-Verordnung erhalten.

USA zahlen nur die Hälfte ihres UNO-Beitrags

lim. Bonn

Die Vereinigten Staaten haben in einem Brief des stellvertretenden Außenministers John Whitehead an UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar die UNO darüber unterrichtet, daß Washington bis zum 15. November hundert Millionen Dollar für das UNO-Budget überweisen werde. Dabei handelt es sich um den ersten Teil des amerikanischen Beitrags zur Finanzierung der Weltorganisation. In dem Brief wird angedeutet, daß die US-Regierung sich für weitere Zahlungen an den Kongreß richten werde. Der Betrag ist weniger als die Hälfte des für die USA bestimmten Anteils am UNO-Budget 1986 und liegt weit unter der Höhe der bis Ende des Jahres von den Vereinten Nationen zu zahlenden Rechnungen. Insgesamt soll Washington 210 Millionen Dollar für 1986 zahlen. Als größter Beitragszahler kommen die USA für 25 Prozent des UN-Haushalts auf. Nach einem Beschluß des Kongresses von Anfang Oktober jedoch sind die Beitragszahlungen einseitig auf 20 Prozent gekürzt worden. Damit reagierten die amerikanischen Politiker zum einen auf die inzwischen in Amerika weitverbreitete Mißstimmung über die UNO und zum anderen auf zahlreiche antiamerikanische Resolutionen in den einzelnen Gremien der Weltorganisation.

Im amerikanischen Haushalt, der letzte Woche verabschiedet wurde, sind für internationale Organisationen 385 Millionen Dollar vorgesehen. Der Betrag gilt für die UNO, die NATO, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und 43 andere Organisationen. Im Vorjahr waren noch 433 Millionen Dollar dafür veranschlagt.

In Washington wird die Kürzung des Betrags als ein Beitrag für notwendige Reformen der UNO angesehen. Eine Gruppe von 18 Experten hat Reformvorschläge vorgelegt, die von der Generalversammlung und dem Haushaltsausschuß derzeit geprüft werden. Der UNO-Haushalt beläuft sich auf rund 800 Millionen Dollar. Da auch andere Staaten, darunter die Sowjetunion, ihre Beiträge nur teilweise oder gar nicht gezahlt haben, befindet sich die UNO nach den Worten ihres Generalsekretärs „in der schwersten Finanzkrise ihrer Geschichte“. Acht Staaten sind so weit im Rückstand, daß sie momentan kein Stimmrecht besitzen.

Die Serbische Akademie gerät unter starken Druck

Laute Vorwürfe aus der Partei / 100-Jahr-Feier verschoben

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Jugoslawien haben die politischen Auseinandersetzungen um die Serbische Akademie der Wissenschaften einen neuen Höhepunkt erreicht. Unter dem Druck der von kommunistischen Parteiorganisationen und Medien ausgelösten Kampagne gegen angebliche antikommunistische und nationalistische Tendenzen in der Akademie, hat eine geschlossene Versammlung dieser angesehenen wissenschaftlichen Gesellschaft beschlossen, die für November angesetzten Feierlichkeiten aus Anlaß ihres hundertjährigen Bestehens auf Mai 1987 zu verlegen.

Pluralismus gefordert

Das Präsidium der in Belgrad residierenden Serbischen Akademie hat zugleich mitgeteilt, daß die Arbeit an einem „Memorandum“ über die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Lage Jugoslawiens eingestellt wird. Begründet wird dieser ungewöhnliche Schritt mit der Tatsache, daß nicht-autorisierte Textentwürfe des „Memorandums“ der Akademie auf „illegale“ Weise an die Öffentlichkeit gelangt seien. Dies habe, wie das Akademie-Präsidium erklärt, nicht nur dieser kulturell-wissenschaftlichen Institution, sondern der gesamten jugoslawischen Gemeinschaft schweren Schaden zugefügt. „Das Präsidium ist der Auffassung“, heißt es wörtlich in der Erklärung, „daß die Atmosphäre, die hier unnotwendigerweise geschaffen wurde, jede weitere Arbeit am Memorandum unmöglich macht.“

Aus den bisher bekanntgewordenen nicht-autorisierten Teilen des „Memorandums“ ergibt sich, daß die 16 Verfasser unter dem Vorsitz des Akademie-Präsidenten Dusan Kanazir und des Schriftstellers Antonije Isakovic fundamentale Reformen des jugoslawischen Systems und die Abschaffung der Einparteienherrschaft gefordert haben. Sie warnten zugleich vor der Gefahr einer Desintegration Jugoslawiens, falls der bisherige politische Kurs fortgesetzt werde. Die Belgrader „Politika“ hat das Schriftstück der Akademie als eine „gegen die Kommunisten gerichtete Plattform“ bezeichnet und die Absage der Hundertjahrfeier durch die Akademie als „Erpressung“ charakterisiert. Gleichzeitig kündigt das einflußreiche Belgrader Blatt an, daß man nun die „Vertrauensfrage“ hinsichtlich des Akademie-Präsidenten und Vizepräsidenten stellen müsse. Anders gesagt: Die Abberufung der beiden Akademiker solle zur Diskussion gestellt werden.

Innerhalb der jugoslawischen KP hat die Affäre mit der Akademie zu innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt. Dabei ist vor allem die Parteiorganisation der Teilrepublik Serbien, der ohnedies immer wieder zu große Nachgiebigkeit gegenüber dem Liberalismus und Nationalismus der Belgrader Intellektuellen vorgeworfen wird, ins Schußfeld geraten. Besonders die kommunistische Führung der Autonomen Provinz Vojvodina – die formell zwar zu Serbien gehört, faktisch aber eine Kontraposition gegen Belgrad einnimmt – hat am Verhalten der Kommunisten Serbiens scharfe Kritik geübt. Der Parteisekretär der Vojvodina-Hauptstadt Novi Sad, Tomislav Marcinko, sagte auf einer Parteisitzung: „Wir können nicht mit den Reaktionen jener zufrieden sein, die die Pflicht gehabt hätten, als erste am energischsten zu reagieren.“ Die nationalistische Tätigkeit des „militanten“ Teils der Serbischen Akademie sei viel zu lange toleriert worden. Diese Leute hätten sogar die stillschweigende Unterstützung „einiger Führungsgremien“ des Bundes der Kommunisten genossen. Dies kann nur als eine offene Beschuldigung verstanden werden, wonach die Führung der KP Serbiens mit den Nationalisten und angeblichen Antikommunisten gemeinsame Sache mache.

„Konterrevolutionär“

Der Parteisekretär aus Novi Sad bezeichnete das Dokument der Serbischen Akademie als „konterrevolutionäres Pamphlet“. Die Angriffe gegen die Partei und das System würden, so Marcinko, in einem „Zentrum“ geplant und hätten die Abrechnung mit der Person und dem Lebenswerk Titos zum Ziel. Diese Leute benähmen sich so, als ob es nie eine Revolution gegeben hätte. Überdies verbreiteten sie die Auffassung, daß die gesamte Politik der jugoslawischen Kommunisten seit den Zeiten der Kommunistischen Internationale und bis zur Verfassung von 1974 ein einziger Fehler gewesen sei.

Die spanische Marine wird modernisiert

gö., Madrid

Die spanische Marine hat jetzt mit der Fregatte FFG F-81 „Santa Maria“ die erste Einheit einer Serie von vier Schiffen erhalten, die zusammen mit dem Flugzeugträger „Principe de Asturias“ und vier bereits abgelieferten U-Booten vom französischen Typ „Agosta“ eine neue Kampfgruppe bilden sollen. Ihre Aufgabe ist die mit der NATO vereinbarte Sicherung der Seewege zwischen den Kanarischen Inseln im Atlantik, der Straße von Gibraltar und den Balearen. Es sind die Wege des westeuropäischen Handels mit Übersee, die es zu schützen gilt.

Die neue nach einer der drei Karavellen des Kolumbus benannte Fregatte verdrängt 3600 Tonnen und ist insgesamt 135,6 Meter lang. Ihre Geschwindigkeit beträgt 28 Knoten. Die dem neuesten US-amerikanischen Typ „Oliver Hazard Perry“ nachgebaute „Santa Maria“ wird mit dem modernsten System besonders zur U-Boot-Bekämpfung auf Entfernungen bis zu 100 Seemeilen ausgerüstet.

Zur Bewaffnung gehört neben Lenkraketen, Torpedorohren sowie automatischen, radargesteuerten Schnellfeuerkanonen ein eigenes spanisches System zur Raketenabwehr: Eine ebenfalls radargesteuerte automatische Zwei-Zentimeter-Schnellfeuerkanone mit 12 Läufen. Die Kosten der Fregatte werden auf etwa 800 Millionen Mark veranschlagt.

Bei der Übernahme drückte der Befehlshaber der spanischen Seestreitkräfte in der Biskaya, Admiral Alvarez Arenas, seine Besorgnis darüber aus, daß sich die Fertigstellung der „eigentlich zu kleinen“ Kampfgruppe schon jetzt außerordentlich verzögert habe. Die „Santa Maria“ sollte bereits Ende vergangenen Jahres abgeliefert werden. Die beiden Folgefregatten „Niña“ und „Pinta“ sollen im nächsten Jahr übergeben werden. Man hofft auch den Flugzeugträger, Kernstück der Kampfgruppe, vor Ende 1987 zu bekommen. Der Träger wird 14 500 Tonnen verdrängen und – wie die britischen Träger vom Typ „Invincible“ neben Hubschraubern über Düsenmaschinen vom Typ „Sea Harrier“ verfügen. Eine vierte Fregatte soll erst noch auf Stapel gelegt werden; die fünfte wurde aus dem Programm gestrichen. Der Admiral: „Eigentlich benötigen wir mehr als doppelt soviel Schiffe, um unsere Aufgabe zu erfüllen“.

Der Bürgerkrieg im Sudan eskaliert / WELT-Gespräch mit Rebellenführer

„Die Situation entwickelt sich wie damals in Biafra“

Von W. LÜTZENKIRCHEN

Der letzte Versorgungs-Konvoi nach Südsudan, so berichten Lkw-Fahrer in Uganda, war eine „Fahrt durch die Hölle“. In Kampala erzählte einer von ihnen: „Mindestens neun Kollegen sind auf der Fahrt nach Juba erschossen worden. Brücken, Tankstellen und Häuser sind gesprengt. Neben der Piste liegen Leichen mit abgeschlagenen Köpfen. Tausende flüchten in Richtung ugandische Grenze. Aber viele schaffen es nicht und verhungern im Busch. An der Straße liegen leergeplünderte und ausgebrannte Lastwagen. Als der Konvoi losfuhr, hörten wir, daß mindestens 80 sudanesische Regierungssoldaten, die uns schützen sollten, desertiert waren.“

In den drei Südprovinzen Sudans hat sich der Bürgerkrieg in den letzten Wochen dramatisch verschärft. Die Regierungstruppen sind durch eine überraschende Offensive der Guerrillas der „Sudanesischen Volksbefreiungsarmee“ (SPLA) auf die Städte zurückgeworfen worden. Die Partisanen unter Oberst John Garang haben alle Verkehrswege zu den Städten unterbrochen, Handel und Wirtschaft gelähmt. Fast alle Städte Südsudans sind seit zwölf Wochen auf dem Landweg nicht mehr erreichbar. Die Nil-Schiffahrt in die Provinzhauptstadt Juba, 1400 Kilometer südlich von Khartum, mußte nach blutigen Überfällen eingestellt werden. Nach dem Abschuß einer Passagiermaschine der „Sudan Airways“ bei Malakal am 16. August, bei dem 63 Menschen ums Leben kamen, ruht auch der Flugverkehr in den Süden. Die SPLA bekennt sich zum Abschuß des zivilen Flugzeuges. Nach ihren Angaben befanden sich auch Soldaten an Bord der aus Khartum anfliegenden Maschine, außerdem habe man die Regierung einen Tag vorher gewarnt, die Flüge ins Kriegsgebiet fortzusetzen.

Drei Millionen hungern

Nach Schätzungen internationaler Hilfsorganisationen hat der Bürgerkrieg in Südsudan eine Hungersnot ausgelöst, die das Leben von zwei bis drei Millionen Menschen bedroht. Der Sprecher eines deutschen Hilfswerks urteilt: „Die Situation im südlichen Sudan entwickelt sich ähnlich wie in Biafra Ende der sechziger Jahre. Die Kriegsparteien wollen aus politischen Gründen keine Lösung des Hungerproblems zulassen. Die Hilfsorganisationen sind auf die SPLA angewiesen, weil sie das Gebiet fast vollständig kontrolliert. Wenn sie noch etwas tun wollen, brauchen sie das Einverständnis der Rebellen.“

Genau das verweigern die Guerrillas der „Volksbefreiungsarmee“. In einem Buschcamp der SPLA erklärte ein Sprecher der Rebellen: „In Südsudan werden wir kein Flugzeug, auch keines mit Hilfsgütern, hereinlassen. Wir können diese Hilfsgüter nicht zulassen, weil die Versorgung letzten Endes den Truppen des Regimes in Khartum nutzt.“

Khartums Allianzwechsel

In der Hauptstadt Khartum liegen umfangreiche Hilfslieferungen für den Transport in den Süden bereit. Nach den erneuten Drohungen der SPLA, die Transportflugzeuge abzuschießen, wurden jetzt wieder Hilfsflüge von der Regierung gestrichen. Ein Kompromiß über die Verteilung von Hilfsgütern auch auf Landeplätze der Guerrillas wurde von Khartum nicht akzeptiert, damit wäre die SPLA nur politisch aufgewertet worden, erklärte die Regierung in Gesprächen mit Hilfsorganisationen.

Die neu gebildete Regierung unter Sadik el Mahdi hat einen scharfen politischen Kurswechsel vollzogen: Die Beziehungen zu den USA sind rapide abgekühlt, deutlich verbessert haben sich die Kontakte zu Moskau und Tripolis. Vor allem Libyens Revolutionsführer Khadhafi wird seit einigen Wochen als „guter Nachbar“ gesehen, nachdem er lange als Ziehvater und Finanzier der Rebellen in Südsudan galt. Khadhafi soll Khartum bereits mit militärischem Gerät für den Krieg gegen Garangs Partisanen unterstützen. Auf der Rückreise von der Gipfelkonferenz der Blockfreien machte Khadhafi einen Abstecher nach Khartum.

Die Guerrillas operieren mit politischer und logistischer Unterstützung aus Äthiopien, über ihre Stärke reichen die Schätzungen von 5000 bis 20 000 Mann. Äthiopiens Diktator Mengistu unterstützt die Partisanen, auch weil Khartum die Guerrillas des eritreischen Widerstandes an der Grenze frei gewähren läßt.

Drei Jahre nach dem erneuten Aufflammen des Bürgerkrieges in Südsudan geht es längst nicht mehr um Autonomie für die schwarze Bevölkerung des Südens, die in scharfem Gegensatz zum arabischen Norden steht. Garang hat deutlich gemacht, daß die SPLA „nicht für den Süden kämpft, sondern für den gesamten Sudan“, und daß er die Macht in Khartum übernehmen will.

Kompromißlos gegenüber der Regierung

ACHIM REMDE, Bonn

Die südsudanesische Rebellenbewegung SPLA hat Freunde in Europa und den USA. Namen will Major Arok Thon Arok, stellvertretender Stabschef der SPLA, nicht nennen. Doch es gibt keinen Zweifel, daß die christlichen Kirchen dazugehören. Religion und Rasse spielen eine zentrale Rolle im Bürgerkrieg, den Premierminister Sadiq Al-Mahdi vom gestürzten Präsidenten Numeiri ererbt hat, obwohl sich inzwischen auch Muslims aus den Westprovinen Darfur und Kordofan den Rebellen John Garangs angeschlossen haben.

„Wir Schwarzen konnten nur Missionsschulen besuchen. Die einzige Universität war in Khartum und praktisch Arabern vorbehalten. Die britischen Kolonialherren, die wußten, daß Nord- und Südsudan gänzlich verschiedene Länder waren, von gänzlich verschiedenen Völkern mit gänzlich verschiedenen Kulturen bewohnt, trafen keinerlei Vorkehrungen, um bei der Unabhängigkeit eine die Gesamtheit repräsentierende Regierung sicherzustellen,“ sagt Arok.

Sadiq Al-Mahdi traut er nicht über den Weg. „Er ist wie ein Chamäleon“. Auf der Konferenz von Koka-Dam haben sich Vertreter seiner Umma-Partei mit der Einberufung einer alle politischen Kräfte umfassenden Nationalversammlung einverstanden erklärt. Heute will er nichts mehr davon wissen!“ Sadiq habe den Dialog abgebrochen. „Es geht ihm um die alleinige Macht.“ Bei den arabischen Staaten mobilisiere er Unterstützung mit dem Argument, der arabisch-islamische Charakter des Sudans stehe auf dem Spiel.

Arok findet überraschenderweise lobende Worte für den islamistischen Hardliner Turabi, der als Führer der Moslembrüder wieder die Anwendung der grausamen Strafen des islamischen Rechts fordert, die unter Numeiri praktiziert und von Sadiq ausgesetzt wurden. „Er ist ein geradliniger Mensch, der seine Überzeugung vertritt. Bei ihm weiß man, woran man ist, während Sadiq keine klare Entscheidung trifft. Er sagt, die Sharia-Strafen werden nicht mehr praktiziert. Aber die Sharia ist nach wie vor in Kraft. Was soll das?“ In der Tat hat Sadiq diese Kompromißformel gefunden. Obwohl der Anteil der Animisten im Südsudan groß ist – andere behaupten: 90 Prozent –, behauptet Arok, die Mehrheit – „90 Prozent“ – seien Christen. Das Christentum kenne nur den Säkularstaat, auf dessen Einführung im Sudan die SPLA rigoros beharre.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Fatalistischer Aberglauben"

„Norman Mailer: 63 und doch schon ein bißchen weiser"; WELT vom 27. Oktober

„Ich glaube nicht, daß Gott einen Atomkrieg zuläßt", sagt Mailer der „Welt". Mich erinnert dieser Satz an Gespräche, die ich nach 1945 als kleines Kind in meinem Heimatdorf gehört habe: „Wie konnte Gott diesen Krieg zulassen!"

Solche Aussagen offenbaren einen fatalistischen Aberglauben. Damit wird Gott eine Verantwortung zugeschoben, die wir Menschen selbst zu tragen haben. Mit dem Gottesbild Jesu hat solcher Fatalismus nichts zu tun. Nach Jesus ist Gott ein Vater, der seinen Kindern volle Freiheit und damit auch volle Verantwortung überträgt.

Nicht Gott hat Millionen Menschen im Krieg umgebracht – wir Menschen waren es. Nicht Gott hat jüdische Kinder in die Gaskammern geschickt – wir Deutschen waren es. Nicht Gott hat seinen Finger am Atomknopf – menschliche Politiker sind es. Nicht Gott droht mit Atombomben – wir Menschen tun es. Der Gott Jesu ist ein Gott der Liebe – er will sicher nicht, daß sich seine Kinder gegenseitig umbringen – aber er könnte uns auch nicht daran hindern. Freiheit und Verantwortung liegen immer bei uns. Entscheidend ist, was wir daraus machen. Mit einem fatalistischen Gottesbild kann man niemals christlich inspirierte Politik machen.

Franz Alt

Dr. Franz Alt, Baden-Baden

Solvenz der NH

Der Volkswirtschaftler fragt sich, ob eine gewesene NH und eine noch bestehende Holding der NH ein Verwirrspiel veranstalten wollen, wenn die Kardinalfrage nach Liquidität und Solvenz zu stellen ist. Da ist die Rede von den Mieterinteressen im Hinblick auf politische Substanzen, jedoch über die Interessenlage der Bankenkunden wird kaum offen gesprochen. Wenn sich die Kreditgeber in Kenntnis der Schuldensituation *nicht in die Gefahr begeben möchten*, einer Konkursverschleppung dienlich gewesen zu sein, dann müssen sie – im Interesse ihrer inländischen Kundschaft – Kredite kündigen, und zwar schleunigst. Sie müssen den Durchgriff sichern und de jure eine gemeinsame Verwertungsgesellschaft nach Durchbringen des klaren Konkurses begründen. Alles Nebensächlichere ergäbe sich aus Rechtsurteilen, *die vorgezeichnet sind*. Schiesser hin oder her . . .

Hans Basekow, Siegen

Die Mieten

„Die Mieten ziehen leicht an"; WELT vom 16. Oktober

Zu den Mietpreiserhöhungen trägt auch das Miethöhenänderungsgesetz bei. Dank dieses Antiinflationsgesetzes können Vermieter aufgrund entsprechend vorgeschriebener und – wie in Mainz nivellierter – Mietspiegel in dreijährigen Intervallen Mietpreiserhöhungen von 30 Prozent ohne äquivalente Gegenleistung von den Mietern verlangen und auch über die Gerichte durchsetzen.

Bruno Krömer, Mainz 1

Wort des Tages

» Die Majorität befürwortet niemals eine Maßnahme. Sie weiß nicht einmal, was eine *Maßnahme* ist. «

George Bernard Shaw, britischer Autor (1856–1950)

Jagdemotionen

„Jagd – ein Hobby zum Töten"; WELT vom 10. Oktober

Die Jagd hat die Pflicht, aus den *Erkenntnissen ihres Wesens das* Recht ihrer Existenz nachzuweisen. Jeder Kenner weiß, daß den Jägern und den Spitzen der einzelnen Landesverbände gerade diese Notwendigkeit nicht einleuchten will. Die Jäger waren über Jahrtausende anerkannt, und niemand zweifelte daran, daß ihr Tun recht war. Es gibt seit 40 Jahren viele Gründe für das Auftreten von Jagdgegnern, von denen die weitaus meisten Emotionen entspringen.

Dr. Friedrich J. Esterhues, Bonn

„DGB-Größen"

Für mich als ehemaliges langjähriges Mitglied der IG Bergbau ist es unfaßbar und fast unerträglich, mit ansehen zu müssen, wie die jetzigen DGB-Größen, diese einst so integere Organisation, immer mehr zu einer radikalen Sekte degenerieren.

Karl-Heinz Willems, Overath

*

Es bleibt unverständlich, wie einfache Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder sich unter diesen Verhältnissen um solche Leute scharen können.

Hans Krause, Essen

Differenzen

„Terrorismus aktiv bekämpft"; WELT vom 18. Oktober

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

die Stellungnahme des Innen- und Rechtsexperten Kleinert von der FDP verwundert nicht, sie legt vielmehr die klaffenden Differenzen zwischen der FDP und vor allem der CSU in der Innen- und Rechtspolitik offen. Die innere Sicherheit oder Rechtssicherheit des einzelnen Bundesbürgers vor dem linken Terror findet bei einigen Abgeordneten der FDP wie Hirsch und Baum ihre Grenze da, wo es gerade erst kitzlig wird: beim Datenschutz!

Ulrich Strech, Wissen (Sieg)

Personen

GEBURTSTAGE

Der Münchner Germanist Professor Dr. **Hermann Kunisch** feierte seinen 85. Geburtstag. Als Mitglied der Berliner Schule der Germanistik hat es Hermann Kunisch zeitlebens verstanden, die Forschungen zur Wortgeschichte, zur deutschen Sprache und Literatur des Mittelalters mit solchen zur modernen und modernsten Literatur zu vereinen. Professor Kunisch war Mitarbeiter des Grimmschen Wörterbuches in Berlin und konnte sich als offener Gegner des nationalsozialistischen Regimes erst 1946 in Hamburg habilitieren. Er wurde 1946 als außerordentlicher Professor an die Humboldt-Universität in Berlin berufen und leistete in diesem Amt ebenso Widerstand gegen eine kommunistische Gleichschaltung der Universität wie vorher gegen die nationalsozialistische. So gehörte er zu den ersten an die Freie Universität Berlin berufenen Professoren (1948), von wo er 1955 einem Ruf auf einen Lehrstuhl seines Fachs an die Universität München folgte, wo er bis zu seiner Emeritierung 1969 wirkte.

*

Seit 17 Jahren steht **Günther Abels**, der heute sein 65. Lebensjahr vollendet, an der Spitze des Rheinischen Kunsthändler-Verbandes. Vor vier Jahren wählten ihn seine Kollegen zum Vorsitzenden des Bundesverbandes des Deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels und vor zwei Jahren zum Präsidenten des Internationalen Weltkunsthandelsverbandes CINOA, dem rund 3000 Kunsthändler aus 13 Ländern angehören. Diese ehrenamtliche Karriere verdankt der weltgewandte Kölner fraglos seinem temperamentvollen Engagement für eine kunstfreundlichere Kulturpolitik und für ein *kunst- und kulturfreundlicheres* Steuerrecht, das der Förderung der Kunstpflege zugute kommt. Günther Abels ist zwischen Kunstwerken aufgewachsen, nämlich im „Kunstsalon Hermann Abels", den sein Vater nach dem Ersten Weltkrieg in Köln gegründet hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg, 1946 – das ist nun auch ein rundes Jubiläum –, baute er mit seinem Vater, der 1956 starb, die „Gemälde-Galerie Abels" wieder auf und führte sie zu hohem Ansehen. Spezialgebiet der Galerie ist seit Anbeginn deutsche und französische Malerei vom 17. Jahrhundert bis zur Klassischen Moderne mit Schwerpunkten bei der Romantik und der Düsseldorfer Schule sowie bei den Franzosen des 19. Jahrhunderts bis zum Spätimpressionismus. Deutsche Plastik des frühen 20. Jahrhunderts und altes deutsches Silber ergänzen das Programm der Galerie.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Wolfhard Weber**, Ordinarius für Wirtschafts- und Technikgeschichte der Ruhr-Universität Bochum, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Geschichte der Technik an der Technischen Universität München erhalten.

EHRUNGEN

Den „Sexauer Gemeindepreis für Theologie 1986" erhält der frühere Magdeburger Bischof **Werner Krusche**. Der von der evangelischen Kirchengemeinde Sexau zum sechsten Mal verliehene Preis soll dem evangelischen Theologen am 29. November überreicht werden. Die mit 2000 Mark dotierte Auszeichnung wird an



Werner Krusche

Personen vergeben, *die sich erfolgreich darum bemüht haben*, Theologie für die Gemeinden verständlich zu machen.

*

Dem Vater der modernen Herzchirurgie, Professor Dr. **Wilfried Gordon Bigelow** (72), von der Universität Toronto in Kanada, ist vom Fachbereich Medizin der Universität Hamburg die Ehrendoktorwürde verliehen worden. Professor Bigelow erhielt diese Auszeichnung für seine Verdienste bei der Behandlung von Herzerkrankungen, insbesondere in Würdigung seiner bahnbrechenden Arbeiten zur Einführung der Ganzkörperhypothermie (künstliche Unterkühlung), die die erste Operation am offenen Herzen 1952 *ermöglichte*, und zur Einführung der Stimulation des Herzens mit Hilfe eines elektrischen Schrittmachers.

ORDEN

Der Großprior der Deutschen Statthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem, Bischof **Franz Hengsbach**, hat im Bamberger Kaiserdom zwölf Kandidaten neu in diesen Orden aufgenommen. Den Ritterschlag und die Ordensinsignien erhielten **Hans Clausing** (Osnabrück), **Lothar Finck** (Bonn), **Rudolf Gaul** (Bad Soden-Saln), Dr. **Friedrich Kappius** (Erlangen), **Reinhard Leutner** (Staffelstein), **Lieselotte Mauer** (Bensheim), Dr. **Hubert Mennicher** (Gauting), Dr. **Erwin Odenbach** (Köln), **Reinhard Rittmeier** (Wundsdorf), Dr. **Werner Schäfke** (Köln), **Gottfried Weber** (Düsseldorf) und Dr. **Johannes Zimmermann** (Freiburg). Dem Ritterorden vom Heiligen Grab gehören weltweit annähernd 11 000 Ritter und Ordensdamen an.

VERANSTALTUNG

Mit einem Empfang in seiner Bonner Residenz feierte Österreichs Botschafter Dr. **Friedrich Bauer** den Nationalfeiertag seines Landes. Österreich erinnert bei dieser Gelegenheit an den Tag, an dem das österreichische Parlament am 26. Oktober 1955 das Verfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität einstimmig beschlossen hat. Einen Tag vorher hatte der letzte fremde Besatzungssoldat Österreich verlassen. Die Grüße und Glückwünsche der Bundesregierung überbrachte Ministerialdirektor **Jürgen Sudhoff**, Auswärtiges Amt. Unter den zahlreichen deutschen Gästen waren der Staatssekretär im Bundespräsidialamt **Klaus Blech**, der Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt **Immo Stabreit**, der Protokollchef im Bundesverteidigungsministerium **Christoph von Plato**, der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und frühere Bundesminister **Bruno Heck** und der SPD-Bundestagsabgeordnete **Hans-Jürgen Wischnewski**. Das zahlreich vertretene Diplomatische Korps führte sein Doyen **Joseph Uhac** an, Apostolischer Nuntius in Bonn. Unter den Botschaftern **Milan Dragović** (Jugoslawien), **Eduardo Foncillas** (Spanien) und **Dušan Spáčil** (Tschechoslowakei).

PRESSECLUB

Einen Weltmeister im Cocktailmixen hat sich der Bonner Presseclub als Nachfolger von „Karlchen" in seine Bar geholt. Seit Wochenbeginn steht hier der 40jährige **Helge Fechner** hinter dem Tresen. Der gelernte



Helge Fechner

Barkeeper aus Rotenburg bei Bremen war 1982 in Portugal in einem Viel-Nationen-Wettbewerb Weltmeister im Cocktailmixen geworden. Die Deutsche Barkeeper-Union Frankfurt und ihr Präsident **Jürgen Falke** haben Fechner nach Bonn empfohlen. Die Bar im Bonner Presseclub war seit dem letzten Sommer, als Karl Rosenzweig, der auch die Bar in Kampen hatte, auf Sylt starb, verwaist. Fechner ist ein Profi: Nach dreijähriger Kellner-Ausbildung und zwei Jahren Zusatzausbildung in einer Bar legte er vor der Industrie- und Handelskammer München seine Barkeeper-Prüfung ab. 15 Jahre lang war er selbständig. In Ekkernförde leitete er seine Kings Exclusive Bar. Der Bonner Presseclub wählte Helge Fechner offenbar nicht ohne Vorbedacht: Der Barkeeper ist außerdem studierter Sozialpädagoge und absolvierte in diesem Zusammenhang sechs Semester Psychologie. Der rechte Mann, meint man, für Bonns Politiker und Journalisten, die hier einkehren.



Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

NACHRICHTEN

Borchers nach Mannheim

Mannheim (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub SV Waldhof Mannheim verpflichtete am Montag auf Leihbasis bis zum Saisonende den 29jährigen Stürmer Ronald Borchers, der zuletzt beim Schweizer Erstliga-Tabellenführer Grasshoppers Zürich unter Vertrag stand. Dort war Borchers jedoch in Ungnade gefallen.

Jassmann will aufhören

Genf (sid) – Der 34jährige Boxprofi Manfred Jassmann (Korbach) wird seine sportliche Laufbahn wahrscheinlich beenden. Das kündigte er unmittelbar nach seiner jüngsten Niederlage gegen den 23jährigen Schweizer Enrico Scacchia an. Jassmann hatte den Kampf über zehn Runden nach Punkten verloren.

Rallye-Sieg für Nellisen

Neu-Delhi (dpa) – Der belgische Rallye-Fahrer Herwig Nellisen (Opel Ascona) ist am Dienstag offiziell zum Sieger der siebten Himalaja-Rallye ernannt worden. Nach Auswertung der Wettfahrtaufzeichnungen setzte die Jury den zunächst zum Sieger erklärten Briten Geoff Warkup (Lada) trotz der gleichen Zahl von 304 Strafpunkten auf Platz zwei.

Neue Pokal-Termine

Bochum (sid) – Für die drei Wiederholungsspiele in der zweiten Hauptrunde des DFB-Vereinspokals hat der Spielausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) folgende Termine angesetzt: SC Freiburg – Fortuna Köln (11. November, 14.30 Uhr), Wattenscheid 09 – MSV Duisburg (12. November, 19.30 Uhr), Hannover 96 – BVL Remscheid (12. November, 20.00 Uhr). Das Achtelfinalspiel zwischen Bayer Uerdingen und dem 1. FC Köln wird am 19. November um 15.30 Uhr ausgetragen.

Hamburg ehrt Uwe Seeler

Hamburg (sid) – Uwe Seeler, Ehrenspielführer der Fußball-Nationalmannschaft, wird am 5. November 50 Jahre alt. Seine Heimatstadt Hamburg nimmt diesen Tag zum Anlaß, ihren prominentesten Sportler zu ehren. Um 11.00 Uhr wird Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi im Rahmen eines Senatsempfangs die Ehrung vornehmen.

ZAHLEN

Radsport

Sechstagerennen in Dortmund, Steher-Championat, 5. und letzter Lauf: 1. Steiger (Schweiz), 20 km in 19:14 Minuten, 2. Gentili (Italien) 2 m zurück, 3. Schmadtke (Dortmund) 10 m, 4. Mahier (Frankreich) 50 m. Endstand: 1. Steiger 23 Punkte, 2. Schmadtke 22, 3. Gentili 20.

Schach

Internationales Großmeister-Turnier in Tilburg, 7. Runde: Beljawski (UdSSR) – Timman (Niederlande) abgebrochen, Kortschnoi (Schweiz) – Miles (England) abgebrochen, Karpow (UdSSR) – Hübner (Solingen) abgebrochen, Ljubojevic (Jugoslawien) – Portisch (Ungarn) 1:0. Der Stand: Ljubojevic 4,5, Timman 4 (1 Hängepartie), Karpow 3,5 (1), Hübner und Kortschnoi 3 (1), Beljawski und Miles 2,5 (1), Portisch 2.

Tennis

Grand-Prix-Turnier in Paris, 1. Runde: Curren (USA) – Smid (CSSR) 7:6, 6:3; Cane (Italien) – Maciel (Mexiko) 7:6, 3:6, 6:0; Pernfors (Schweden) – Hlasek (CSSR) 6:3, 7:6; Agenor (Haiti) – Jelen (Neuss) 6:3, 6:0; Svensson (Schweden) – Srejber (CSSR) 6:4, 6:2; Casal (Spanien) – Anger (USA) 6:2, 6:1; **Damenturnier in Indianapolis,** 1. Runde: Pfaff (Königstein) – Werdel (USA) 6:2, 4:6, 6:4; Mochizuki (USA) – Sawtschenko (UdSSR) 6:2, 6:4; Balestrat (Australien) – Reynolds (USA) 6:2, 6:4; White (USA) – Karlsson (Schweden) 6:3, 6:4. – **Aktuelle Weltrangliste:** 1. Lendl (CSSR), 2. Becker (Leimen), 3. Edberg (Schweden), 4. Wilander (Schweden), 5. Noah (Frankreich), 6. Mecir (CSSR), 7. Leconte (Frankreich), 8. Connors (USA).

Gewinnquoten

Lotto: Gewinnklasse 1: 1 399 814,90, 2: 69 990,70, 3: 8227,70, 4: 140,70, 5: 10,20. – **Toto:** 1: 183,40, 2: 7,30, 3: entfällt, Jackpot: 478 863,30. – „6 aus 45": 1: 248 334,40, 2: 82 774,80, 3: 4138,70, 4: 71,40, 5: 7,40. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 235,00, 2: 63,10. Rennen B: 1: 162,90, 2: 79,80. Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 135 789,60. (Ohne Gewähr)

NATIONALELF / Heute gegen Österreich – Länderspiel gegen die UdSSR ist fraglich

● Länderspiele gegen Österreich hatten zuletzt immer besonderen Reiz. Seit dem 3:2-Sieg über die Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes bei der WM 1978 in Argentinien hoffen die Österreicher auf eine Wiederholung der Sensation. Doch die blieb aus. In 28 Spielen gegen Österreich gelangen der DFB-Auswahl 16 Siege und fünf Unentschieden. Sieben Spiele gingen verloren.

● Das bislang letzte Aufeinandertreffen der beiden Mannschaften fand am 5. Oktober 1983 in Gelsenkirchen statt. Es war ein Spiel zur Qualifikation für die Europameisterschaft 1984. Die deutsche Auswahl gewann mit 3:0, Torschützen waren Rudi Völler (2) und Karl-Heinz Rummenigge. Aus der damaligen Mannschaft sind heute noch dabei: Schumacher, Matthäus, Rolff und Waas.

Klaus Allofs ist Kapitän nur für einen Abend. Lothar Matthäus ist der Mann der Zukunft

ULFERT SCHRÖDER, **Wien**

Im Zweifelsfall zieht sich Franz Beckenbauer am liebsten auf die Warteposition zurück. Mit der näheren Zukunft hat er's nicht und mit der ferneren schon gar nicht. „Schau'n wir mal", hat er zum Motto seines Lebens erhoben.

In einem besonderen Fall hat er sich freilich nun ganz weit über die Gegenwart hinausgewagt, bis in die letzten achtziger und tief hinein in die neunziger Jahre. Am Montag abend ging er zu Lothar Matthäus aufs Zimmer und eröffnete dem Verdutzten unter vier Augen: „Lothar, du bist mein Mann der Zukunft."

Diese gute Nachricht war eigentlich nur das Abfallprodukt einer schlechten Nachricht. Denn Beckenbauer hatte Matthäus zu eröffnen, daß nicht er, sondern Klaus Allofs, heute abend im neuen Praterstadion Kapitän der deutschen Mannschaft sei.

Der Allofs sei älter (fast dreißig gegenüber fünfundzwanzig Jahren), erklärte Beckenbauer, Allofs sei auch bei den Kölnern der Kapitän und außerdem habe man seiner sportlichen Leistung und seiner Persönlichkeit Respekt zu zollen. Allofs solle also diesmal als Ersatz für Schumacher der erste Mann im Team sein. „Denn du", sagte Beckenbauer, „wirst das Amt 'mal auf Dauer haben."

Er fühle sich geehrt, erwiderte Matthäus. Im übrigen verschlug es ihm die Sprache. Matthäus empfand, was Beckenbauer so formulierte: „Kapitän, das ist für jeden das höchste. Zuerst will einer Profi werden, dann Nationalspieler und dann Kapitän."

Beckenbauer sprach aus eigener Erfahrung, die sich freilich mit den heutigen Vorstellungen vom Kapitän einer Nationalelf nicht mehr decke. Früher durften die Kapitäne vor dem Spiel die Seiten des Spielfeldes wählen und mit dem gegnerischen Kollegen die Wimpel tauschen. „Das ist heute", sagt Matthäus, „die unwichtigste Arbeit."

Tatsächlich hat der Kölner Schumacher dem stets sehr ehrenvollen aber im Grunde bedeutungslosen Amt Gewicht und Format verliehen. Auf Anregung von Schumacher wurde ein Spielerrat gegründet, dem Klaus Aloffs, Rudi Völler, Karl-Heinz Förster, Lothar Matthäus und der Kölner Torwart selber angehören.

Dieses Gremium ist sowohl für den Teamchef Beckenbauer in sportlichen wie für den DFB-Präsidenten Neuberger in geschäftlichen und organisatorischen Fragen Ansprech- und Verhandlungspartner. „Bei Beratungen über personelle Fragen wird der Kapitän als erster einbezogen", sagt Beckenbauer. Bei den jüngsten Gesprächen über die Vermarktung der Mannschaft während der Europameisterschaft 1988 saß Schumacher mit am Tisch.

Lothar Matthäus meint, der Teamchef habe ihn gewählt, weil „ich mit meinen 50 Länderspielen lange genug dabei bin, bei Bayern München Erfahrungen sammeln konnte und womöglich Ideen habe, die ein anderer nicht hat". Im übrigen sieht er im Kapitän jenen Mann, „der die Probleme anspricht und auf ihre Lösung drängt". Der Kapitän müsse sich, wie Schumacher das jetzt tue, um die jungen Spieler kümmern, müsse sie anspornen und nach Mißerfolgen aufrichten, sagt Matthäus.

„Ich weiß, wie nötig das ist", sagt er, „1982 bei der Weltmeisterschaft in Spanien hat sich keiner um mich gekümmert. Da wurden die jungen Spieler überhaupt nicht beachtet." Hauptsächlich aber wird sich auch Kapitän Matthäus als Geschäftsträger der finanziellen Interessen seiner Kollegen empfinden.

„Etwas holen, wo etwas zu holen ist", das ist sein Leitmotiv, dessen praktische Anwendung er bei Schumacher noch höchstens anderthalb Jahre lang lernen kann. Denn seinen Dienstantritt als Sprecher des Teams hat Matthäus für die Zeit „nach der EM 1988 im Hinblick auf die WM 1990" terminiert. Oder anders herum: „Ich werd's erst, wenn der Toni nicht mehr da ist."

Durch eine Indiskretion im Umfeld der Nationalmannschaft wurde gestern morgen bekannt, daß die Verhandlungen über das Länderspiel gegen die Mannschaft der UdSSR gescheitert sind, oder zumindest kurz vor dem Abbruch stehen. Das Spiel war für den 25. März in Tiflis geplant. Möglicher Grund für die Erfolglosigkeit der Gespräche: Die Sowjets wollen vermeiden, am 29. August zum geplanten Rückspiel in Berlin antreten zu müssen.

Der DFB behandelt die offensichtlich peinliche Entwicklung zwar noch als Geheimvorgang und liess seinen Pressesprecher Rainer Holzschuh erklären, darüber sei „das letzte Wort noch nicht gesprochen." Doch als Ausweichgegner wird schon Israel genannt.

Wenn die Sowjets nicht zum Länderspiel in Berlin anreisen, dann würde sich eine als „Trostbonbon" geplante Aktion in die bislang bitterste sport-politische Pille verwandeln, die der DFB je zu schlucken hatte.

Denn die doppelte Sowjet-Parade (neben dem Spiel im Olympia-Stadion ist am Vortag ein Spiel der Mannschaften U-21 geplant) sollte die Niederlage kompensieren, die der Fußball-Bund in der Vorbereitung der Europameisterschaft 1988 erlitten hatte. Mit der Ausrichtung war er nur betraut worden, weil er auf Berlin als EM-Austragungsort verzichtet hatte.

So wollen sie heute in Wien spielen

Deutschland: Immel (25 Jahre/4 Länderspiele) – Hörster (29/2) – Frontzeck (22/9), Funkel (28/1), Buchwald (25/9), Berthold (21/20) – Rolff (26/21), Matthäus (25/50), Thon (20/11) – Allofs (29/48), Waas (23/8). – Als Auswechselspieler stehen bereit: Schumacher (32/76), Rummenigge (22/1), Völler (26/38), Brehme (25/28).

Österreich: Lindenberger (31/8) – Piesinger (29/1), Weber (31/49), Spielmann (21/0), Messlender (31/8) – Zsak (22/1), Kienast (27/8), Baumeister (29/27), Werner (25/2) – Ogris (28/1), Polster (22/13). – Auswechselspieler: Feurer (32/7), Frind (23/0), Webora (23/0), Weinhofer (23/o), Roscher (27/0).

Schiedsrichter: Luigi Agnolin (Italien). – Das Spiel beginnt um 19.30 Uhr. Das ZDF berichtet von 20.15 bis 22.00 Uhr zeitversetzt aus Wien. Die Original-Übertragung scheiterte am Veto der österreicher. Reporter im neuen Prater-Stadion ist Eberhard Figgemeier.

Berti Vogts läßt Junioren in Bestbesetzung stürmen

sid, **Düsseldorf**

Drei A-Nationalspieler, Bestbesetzung und ein begeisterungsfähiges Publikum – für DFB-Trainer Berti Vogts stehen die Zeichen beim Europameisters-Auftakt der Junioren „U 21" am Mittwoch in Koblenz (17.15 Uhr) gegen Bulgarien voll auf Sieg.

„Nur der Mannheimer Gaudino fehlt", sagt Vogts, der endlich wieder einmal aus dem Vollen schöpfen kann. Nur allzu frisch sind ihm die Erinnerungen an die „U 19-EM" Anfang des Monats in Jugoslawien im Gedächtnis, wo ihm nach dem „Fall Möller" und der Absage von sechs Stammspielern „nur" der dritte Platz blieb.

„Da fragt man sich, ob man noch richtig am Platze ist", sagt der frühere Mönchengladbacher Nationalverteidiger Vogts immer noch verbittert. Sein Ärger richtet sich hauptsächlich gegen die Vereine: „Während der DFB langsam einen Bewußtseins-Wandel mitmacht, hinken die Vereine weiter hinterher. Dabei profitieren doch gerade sie davon, wenn junge Spieler internationale Erfahrungen sammeln."

Ähnliche Erfahrungen hatte schon vor sieben Jahren der damalige Junioren-Trainer Dietrich Weise gemacht, der mit seiner Mannschaft dann aber sogar Weltmeister wurde. Doch dieses leidige Thema der Spielerabstellungen ist vor Koblenz erst einmal zurückgestellt. Mit „neuem Wind" soll nun gegen Bulgarien, Holland und Luxemburg der Einzug in das Viertelfinale geschafft werden.

Neben den beiden Sturmspitzen Dieter Eckstein (Nürnberg) und Ludwig Kögl (München) steht dank Franz Beckenbauers Rücksicht auf Vogts mit Vorstopper Jürgen Kohler (Mannheim) ein weiterer A-Nationalspieler im Junioren-Team.

Mit seinen Berufungen zollt Berti Vogts jenen Vereinen Anerkennung, die sich verstärkt um den Einbau junger Spieler in ihre Mannschaften bemühen. Ob aus Überzeugung wie in Nürnberg oder aus finanziellen und grundsätzlichen Überlegungen wie in Mannheim. Weitere Stützen sind Torwart Illgner (Köln), Libero Reuter und Schwabl (beide Nürnberg) im Mittelfeld. „Wenn die Mannschaft das Training auf das Spiel umsetzen kann, gewinnen wir", ist Berti Vogts optimistisch, obwohl ihm mit Bulgarien gleich der vermeintlich stärkste Gegner vorgesetzt wird.

„Die haben eine viel bessere Vorbereitung hinter sich. Zwölf Spieler sind im Vorjahr WM-Sechste geworden. Und sie haben im Juni das große Turnier in Toulon gewonnen", sagt Vogts, seit Oktober 1979 für den DFB-Nachwuchs verantwortlich und bis 1990 beim DFB unter Vertrag, über den Gegner. Er selbst kann mit seinen Schützlingen nur auf zwei Testbegegnungen in Schottland (0:1) und in Dänemark (0:0) verweisen. „Die Bulgaren haben dagegen schon rund 15 Begegnungen hinter sich", erklärt Vogts.

Gab es auch Ärger um den Termin (Vogts: „Die Bulgaren wollten nicht am Dienstag spielen"), so hofft Vogts trotz des A-Länderspiels am gleichen Abend in Wien auf große Publikumsunterstützung. Sie scheint gewiß, denn schon bis Montag waren über 4000 Karten in Vorverkauf abgesetzt worden.

Die voraussichtliche Mannschaftsaufstellung: Bodo Ilger (Köln) – Stefan Reuter (Nürnberg) – Jürgen Kohler (Mannheim), Günter Kutowski (Dortmund) – Hans-Werner Moser (Kaiserslautern), Gerhard Kleppinger (Schalke), Manfred Schwabl (Nürnberg), Markus Schupp (Kaiserslautern), Jörg Neun (Mannheim) – Dieter Eckstein (Nürnberg), Ludwig Kögl (München).

STAND ● PUNKT / *Juristische Konfrontation statt Kooperation*

Konkurrenzdenken im Profisport ist eigentlich eine gesunde Sache. Normal ist es, wenn Fortuna Düsseldorf neidisch über die Rheinseite schielt, weil der Bökelberg mehr Zuschauer anzieht als das Rheinstadion. Normal, wenn sich der Kölner EC über den Publikumsboom an der Düsseldorfer Brehmstraße ärgert. Weniger normal ist es allerdings, wenn die westdeutschen Trabrennvereine – wie jetzt Gelsenkirchen und Dinslaken – verbal und mit juristischer Hilfe aufeinander losgehen. Der jüngste Zwist um eine an sich harmlose Tombola ist der vorläufige Höhepunkt im Streit westdeutscher Rennvereine, in dem kein Ende in Sicht ist.

Die Situation im bundesdeutschen Trabrennsport ist momentan keineswegs rosig: Die aktuellen Umsatzstatistiken verraten stagnierende, wenn nicht sogar abfallende Wettlust beim Publikum. Über manchen Bahnen schwebt gefährlich tief der Pleitegeier, und sogar ein Verein wie München-Daglfing, einst ein Vorbild unter den Veranstaltern im Lande, paßt sich dem tristen Ambiente an.

Der Wahlspruch „Jeder ist sich selbst der Nächste" gehört gewiß nicht zum Trabrennsport. Akteure wie Besitzer, Fahrer und Zuschauer unterscheiden sich in Gelsenkirchen oder Dinslaken nur unwesentlich, der Ansprechpartner, die Zielgruppe bleibt gleich. Deshalb ist hier mehr als anderswo Kooperation unter den Vereinen gefragt. Gerade weil die Aufsichtsorganisationen – der Trabrennsport wird föderalistisch geregelt – so schwach, so wenig weisungsbefugt sind.

Doch der Zwist wird auf dem Rücken der Aktiven ausgetragen. 10 000 Arbeitsplätze, die vom Pferderennsport abhängig sind, werden gefährdet. Die Galopprennvereine haben sich gerade zu der Einsicht durchgerungen, daß mehr Kooperation wohl ganz gescheit wäre. Bei den Trabern hört sich das ganz anders an. „Mit harten Bandagen" wolle er kämpfen, sagt Gelsenkirchens Manager Hans Schneider. Die Dummen dabei sind wie immer diejenigen, die mit der Angelegenheit eigentlich nichts zu schaffen haben.

DANIEL DELIUS

BOXEN / DM in Bochum: Bott gegen Spürgin?

Der harte Arbeiter will den Lobbyisten stoppen

sid, **Bochum**

In der Bilanz ihrer bisherigen Kämpfe steht es 4:3 für den Vize-Europameister. Zweimal standen sich Halbschwergewichtler Markus Bott (Pforzheim) und sein großer Rivale Thorsten Spürgin (Hamburg) auch schon in den Finalkämpfen bei Deutschen Meisterschaften der Amateurboxer gegenüber. 1984 siegte Spürgin, 1985 Bott. Auch am Samstag, dem Feiertag Allerheiligen, kann der Endkampf bei den 64. Titelkämpfen in der Bochumer Ruhrlandhalle wohl nur Bott gegen Spürgin heißen.

Das große Finale ist programmiert. Beide Boxer werden heute bei der Auslosung gesetzt werden. Markus Bott, oft als Großmaul bezeichnet, ist nach der WM-Pleite von Reno den Amateuren treu geblieben. Seine großsprecherisch angekündigten Profipläne wurden ihm ausgeredet, weil es offensichtlich auch an lukrativen Angeboten aus dem Profi-Lager gefehlt hat. Der Spatz in der Hand, sprich die monatlichen Sporthilfe-Schecks, waren ihm am Ende lieber als die Taube auf dem Dach.

Der 24 Jahre alte gelernte Maler wird im Hinblick auf die Europameisterschaften 1987 in Turin „nahezu optimal" – so DABV-Sportplaner Heinz Birkle – gefördert, könnte mit einer Medaille bei den Europameisterschaften in Italien endgültig in die Optimalförderung der Sporthilfe aufrücken. Sein Rivale Spürgin, ein 26 Jahre alter Schlachter, ist dagegen schon froh, einen Arbeitgeber gefunden zu haben, der ihm bei 25 Arbeitsstunden in der Woche hin und wieder zusätzlich Freizeit zum Training einräumt.

Der Lobbyist und der harte Arbeiter: Bott wird als erfolgreichster Boxer der Bundesrepublik in den letzten zwei Jahren sportlich und auch finanziell von DABV-Vizepräsident Heinz Birkle gemanagt, für dessen Karlsruher SC er auch in den Ring klettert. Spürgin ist dagegen der Aktivensprecher der Boxer. Er sagt: „Wir sagen uns ‚guten Tag' und gehen uns ansonsten aus dem Weg. Er hat eine starke Lobby. Ich nicht." Kein Wunder also, daß Bott sich mit seinen Problemen nicht an den Rivalen Spürgin wendet, sondern diese gleich mit Birkle bespricht und löst.

Als Spürgin 1984 Deutscher Meister wurde, Verlierer Bott aber zu den Europameisterschaften nach Budapest geschickt wurde und Silber gewann, wollte der Hamburger eigentlich nie wieder international für den DABV boxen. Er hat seine Meinung revidiert, nennt als großes sportliches Ziel die Olympia-Teilnahme 1988 in Seoul, ist sich aber sicher, daß Bott für die EM '87 in jedem Fall erste Wahl ist, „auch wenn ich wieder Meister werden sollte".

Der Meistertitel ist Thorsten Spürgin wichtig, „aber ein Sieg über Bott ist der größere Triumph". Deshalb existiert für den blonden Hamburger derzeit das Privatleben auch nur auf dem Papier, absolviert er seit Anfang September ein spezielles Vorbereitungsprogramm für den Hauptkampf in Bochum, begleiten ihn selbst beim Lauftraining „Szenen unserer Kämpfe" (Spürgin), quält er sich für Bott, kennt er nur ein Ziel, den Vize-Europameister zu schlagen, die interne Bilanz auszugleichen.

Markus Bott dagegen mußte sich kürzlich einen Schleimbeutel im Ellenbogen entfernen lassen, boxt seit Jahren mit dem Handikap einer Knieverletzung, bleibt sich und seinen großen Sprüchen, denen nicht immer große Taten folgen, treu. „Ich werde Meister, wer sonst?", sagt der gebürtige Pforzheimer, der gerade für die Bundesliga bei Bavaria Landshut unterschrieben hat und auch dort zweimal gegen Spürgin, der für den BSK Ahlen antritt, boxen muß.

TENNIS

Eric Jelen verärgert

dpa, **Paris**

Eric Jelen war stinksauer: Gerade hatte er sein Erstrunden-Spiel in Paris gegen Ronald Agenor aus Haiti in nur 49 Minuten 3:6, 0:6 verloren. Nun saß er in den Katakomben des riesigen Sportpalastes in Paris-Bercy und ärgerte sich über die Organisatoren: „Denen ist doch egal, ob ich hier in der ersten Runde verliere." Jelen mußte am späten Montagabend erfahren, was es heißt, noch nicht zu den arrivierten Spielern vom Schlage eines Boris Becker oder John McEnroe zu gehören – keine Lobby bei den Offiziellen zu haben.

„Ich bin erst am Sonntag aus Tokio hier angekommen, nach 25 Stunden Flug. Dann habe ich sofort darum gebeten, daß ich erst am Dienstag spielen muß. Und was machen die? Sie setzen mich doch am Montag an, und dann ausgerechnet im letzten Spiel. Das ist nicht fair." Boris Becker muß im Einzel erst heute spielen. McEnroe, der in Tokio gar nicht am Start war, ebenfalls.

22.45 Uhr war es, als Jelen gegen den 62. der Weltrangliste auf den Platz ging. Da zeigten die Uhren in Tokio und die „innere Uhr" des 21jährigen 6.45 Uhr morgens: „Ich bin von Anfang an gar nicht auf dem Platz gewesen. Das hat mich in die totale Resignation getrieben." Jelen hielt zu Beginn noch recht ordentlich mit seinem Gegner mit. Aber im achten Spiel des ersten Satzes kam der Bruch. Jelen verlor seinen Aufschlag und anschließend die restlichen sieben Spiele hintereinander. Zeitweise traf er kaum noch den Ball, seine Schläge landeten oft meterweit im Aus. „Geh vor und versuch's", habe er sich noch gesagt, aber „das hatte heute mit Tennis nichts zu tun".

MOTORSPORT

Balestre erhält Geld

SAD, **Paris**

Jean-Marie Balestre, dem Präsidenten des Internationalen Automobil-Sportverbandes (FISA), sind von einem Pariser Zivilgericht rund 30 000 Mark Schmerzensgeld zugesprochen worden. Zahlen muß der französische Sportreporter und Buchautor Jean-Pierre Dubreuil, der im Jahr 1984 das Buch „Des bolides en or: les dessous financiers de la Formule 1" veröffentlich hatte. In dem Buch über die finanziellen Hintergrund-Geschäfte der Formel-1-Rennen war Balestre kritisiert worden.

Buchautor Dubreuil hatte dem FISA-Präsidenten vorgeworfen, während des Krieges auf deutscher Seite gekämpft zu haben und somit ein Kollaborateur gewesen zu sein. Außerdem behauptete er, Balestre habe durch seinen Posten als FISA-Chef undurchsichtige Einnahmequellen und sei auf diese Weise zum reichen Mann geworden. Zur Behauptung seiner Vorwürfe veröffentlichte Dubreuil in seinem Buch ein Foto der Luxusvilla von Balestre.

In einem ersten Prozeß hatte das Gericht den von Balestre erhobenen Vorwurf der „Verleumdung" zurückgewiesen, den Buchautoren aber wegen „Verletzung der Privatsphäre" (Foto der Villa) zu 1500 Mark verurteilt. Dagegen legte Balestre Berufung ein. Die Berufsrichter widersprachen nun ihren Kollegen und entschieden, daß Dubreuil nicht nur das Privatleben von Balestre verletzt, sondern diesen auch beleidigt habe. Die im Buch veröffentlichten Dokumente über die Vergangenheit des FISA-Präsidenten erlaubten nicht, ihn als Kollaborateur der deutschen Besatzungsmacht zu bezeichnen.

SPD-Minister: Dies ist die Stunde der Fahndung

Scharfe Kritik an geplanter Kronzeugen-Regelung / „Komplizenschaft auch mit Mördern" / Gespräch bei Zimmermann

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Innen- und Justizminister der fünf sozialdemokratisch regierten Bundesländer haben sich gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion gegen die geplanten Gesetzesvorhaben der Regierungskoalition zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung ausgesprochen. Besondere Kritik übte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor bei der Vorstellung dieser Erklärung in Bonn an der beabsichtigten Kronzeugenregelung. Dies laufe auf eine „Komplizenschaft auch mit Mördern" hinaus.

Schnoor, der die Gesetzesinititativen der Koalition als „insgesamt untauglich" bezeichnete, wies die Überlegung der Union zurück, man könne durch die Kronzeugenregelung in Verbindung mit hohen finanziellen Auslobungen für Hinweise auf terroristische Gewalttäter Personen aus diesem Kreis „herausbrechen": Die „Ausstattung einer solchen Person mit einer reichen Belohnung aus Steuergeldern und einer neuen Identität ist legalisierte Begünstigung von Mord."

In dem SPD-Papier werden sämtliche Vorhaben der Koalition abgelehnt. Das sind im einzelnen:

- Die Einführung des Kronzeugen bei terroristischen Straftaten.
- Die Erweiterung der Kompetenzen des Generalbundesanwalts auf Strafverfolgung auch von Einzeltätern.
- Die Erweiterung der Strafbestimmungen für Anschläge auf den Bahnverkehr und Strommasten.
- Die Wiedereinführung der Strafvorschrift gegen die öffentliche Anleitung zu Straftaten, und
- das Gesetz über den Zugriff der Polizeien auf die Dateien des Kraftfahrtbundesamtes im Rahmen der Bekämpfung von Schwerstkriminalität und Terrorismus.

Schnoor setzte in dieser Erklärung das „Killertum" der Terroristen mit den Taten anderer Schwerstverbrechen gleich: „Terroristen verletzen die Rechtsordnung unseres Staates; den Staat selbst können sie weder verletzen noch gefährden". Durch das geltende Recht würden terroristische Gewalttaten „voll erfaßt". Jetzt sei „die Stunde der Fahndung. Staatsanwaltschaft und Polizei sind am Zuge, nicht aber der Gesetzgeber".

In seiner Unterredung mit Bundesinnenminister Zimmermann über die Notwendigkeit verstärkten Personen- und Objektschutzes in der Bundeshauptstadt am Montagabend hatte Schnoor seine Bedenken gegen die Gesetzesvorhaben dem Vernehmen nach nicht angesprochen. Allerdings war schon vor einigen Tagen bei der Sitzung der Innenministerkonferenz der Gegensatz zwischen der Haltung der SPD-Minister und den Ressortchefs aus den Unions-regierten Bundesländern deutlich geworden. In der anderthalbstündigen Aussprache im Bundesinnenministerium war man sich einig gewesen, daß es beim Personenschutz bei der bisherigen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Bundesländern bleiben müsse. Für den Personenschutz der Angehörigen von Verfassungsorganen bleibt der Bund zuständig – Bundespräsident, Kanzler und Minister sowie Angehörige des Bundestages werden weiter von der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes betreut. Spitzenbeamte vom (beamteten) Staatssekretär an abwärts werden von der nordrhein-westfälischen Landespolizei geschützt. Der Bund gewährt dem Land dabei „technische Hilfe", etwa durch die Stellung gepanzerter Fahrzeuge.

Sicherheitskreise wiesen gestern Schuldzuweisungen im Zusammenhang mit der Tatsache zurück, daß der in Bonn ermordete Diplomat Gerold von Braunmühl im Gegensatz zu seinem Vorgänger nicht besonders geschützt worden war. Erst im Sommer habe man auf einer Sicherheitstagung auch das Außenamt aufgefordert, alle personellen Umsetzungen von Spitzenbeamten an das Bundeskriminalamt zu melden. Im Falle von Braunmühls sei das nicht geschehen.

Spekulationen zu Rot-Grün

AP, Münster

Ein kurzfristig abgesagtes Treffen zwischen Politikern der Grünen und der SPD-Linken nährt nach den Worten des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, den Verdacht, „daß jetzt schon hinter dem Rücken von Kanzlerkandidat Johannes Rau eine rot-grüne Koalition in Bonn angebahnt" werden solle.

Die Verabredung zu dem Treffen lasse darüber hinaus den Schluß zu, daß hier versucht werde, „entgegen aller SPD-offiziellen Beteuerungen, links von der Mitte eine Kanzlerkandidatur von Willy Brandt vorzubereiten", sagte Bohl in einem Interview der in Münster erscheinenden „Westfälischen Nachrichten".

Bohl forderte die Führung der Bonner Sozialdemokraten auf, unverzüglich Auskunft über das geplante Treffen zu geben. Nach Darstellung des CDU/CSU-Geschäftsführers spricht nichts dagegen, daß dieses Gespräch in Kürze auch tatsächlich stattfinden wird.

Was Bonn und Paris in Frankfurt vereinbarten

Der Zugang zu den Universitäten soll erleichtert werden

BERNT CONRAD, Frankfurt

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich wollen ihre kulturelle Zusammenarbeit verstärken. Diese Absicht haben Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand gestern in einer gemeinsamen Erklärung unterstrichen. Dazu haben der Bevollmächtigte der Bundesrepublik für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit und der französische Erziehungsminister im einzelnen folgende Absichtserklärungen abgegeben:

Berufliche Bildung:

Franzosen und Deutsche wollen einen „allgemeinen Aktionsrahmen" für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung festlegen. Dabei sind Erleichterungen bei der Eingliederung von Jugendlichen und Erwachsenen in das Berufsleben des Partner- und Heimatlandes, sowie eine Anhebung des Qualifikationsniveaus der Jugendlichen und Erwachsenen in beiden Ländern vorgesehen. Die berufliche Bildung soll den Anforderungen des Beschäftigungssystems gerecht werden. Die Verbindungen zwischen der allgemeinen und beruflichen Bildung auf der einen Seite und der beruflichen Praxis in den Betrieben auf der anderen Seite sollen verstärkt werden.

Um diese Ziele zu fördern, sind ein Informationsaustausch über Ausbildungsgänge, Lehrmethoden und Qualifikationen, eine pädagogische Zusammenarbeit und ein verstärkter Austausch von Jugendlichen geplant. Der allgemeine Aktionsrahmen soll als Grundlage für ein Zweijahresaktionsprogramm dienen.

Vermittlung der Sprachen

Beide Seiten halten es für notwendig, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Erlernen der Partnersprache zu verstärken und zu verbessern. Dies soll schon auf einer frühen Altersstufe geschehen, um die Gesamtentwicklung des Kindes zu fördern und im Sekundarbereich die Motivation zum Erlernen der Partnersprache steigern. Jeder Partner soll dafür einen Rahmen festlegen, und zwar so, daß möglichst viele Kinder, denen die Frühvermittlung zuteil wurde, in der Sekundarstufe einen Unterricht erhalten, der ihren Kenntnissen in der Partnersprache Rechnung trägt. Zu diesem Programm gehören eine Verstärkung des Lehrer- und Schüleraustausches, Fortbildungsangebote und eine Einschaltung des deutsch-französischen Jugendwerkes. Zur Fortentwicklung des Programms wird eine Lenkungsgruppe gebildet.

Hochschulzugang:

Der Hochschulzugang für Bewerber mit besonderen Leistungsnachweisen in der Partnersprache soll verbessert werden. Zu diesem Zweck sollen die entsprechenden Bestimmungen fortgeschrieben werden. Zur Prüfung der damit verbundenen Fragen wird unverzüglich eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie besteht aus deutschen und französischen Experten für den Unterricht der Partnersprache und der Muttersprache als Fremdsprache. Über das Ergebnis ihrer Arbeit soll die Gruppe bis Ende 1987 Bericht erstatten.

Erwerb der Hochschulreife

In der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich soll ein integriertes Verfahren zum gleichzeitigen Erwerb der entsprechenden Abschlüsse beider nationalen Schulformen entwickelt werden. Bei seiner Realisierung wollen beide Seiten zusammenarbeiten. Ziel des Vorhabens ist die gleichzeitige Erlangung der allgemeinen Hochschulreife zusammen mit der internationalen Option (deutsche Abteilung) des französischen Baccalauréat.

Politik im Unterricht:

Damit immer mehr junge Menschen an der Verwirklichung der deutsch-französischen Beziehungen Anteil haben, wird es für unerläßlich gehalten, daß sie mehr von der Entwicklung dieser Beziehungen und von ihren Zielen verstehen. Dabei halten es beide Seiten für notwendig, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich als politische, wirtschaftliche und kulturelle Partner im Bildungsprogramm darzustellen.

In den Richtlinien dazu heißt es: Die Schule leistet in beiden Ländern zum Verständnis der deutsch-französischen Beziehungen und zur Förderung von Begegnungen und Zusammenarbeit einen besonderen Beitrag. Ihre Aufgabe ist es, unter anderem darauf hinzuwirken, daß die junge Generation in der Bundesrepublik und Frankreich für die Realitäten auf beiden Seiten aufgeschlossen ist.

Botschafter Wiens zurückgerufen

AP, Wien

Die österreichische Regierung hat gestern ihren Botschafter in Israel, Otto Pleinert, zur Berichterstattung nach Wien zurückgerufen. Der Schritt steht offenbar im Zusammenhang mit der Trübung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Nach der Wahl des wegen seiner Kriegsvergangenheit umstrittenen Bundespräsidenten Kurt Waldheim hat die Regierung Israels den freien Posten ihres Botschafters in Wien bisher nicht neu besetzt. Lediglich ein Gesandter, der kein Beglaubigungsschreiben beim Bundespräsidenten überreichen muß, wurde für Wien bestellt.

Bundeskanzler Franz Vranitzky sagte nach einer Kabinettssitzung, er schließe keineswegs aus, daß der österreichische Botschafter nach der ausführlichen Berichterstattung wieder nach Israel zurückkehren werde.

Hat Enrile Kontakt mit Marcos?

DW. Manila

Im Konflikt mit Verteidigungsminister Enrile ist die philippinische Präsidentin Aquino jetzt auf einen schärferen Kurs gegenüber den kommunistischen Rebellen eingeschwenkt. Der Aufstand kommunistischer Guerrillas sei eine „schleichende Krankheit". Sollte er sich als „so unheilbar wie Krebs erweisen, dann muß er mittels der drastischeren Operationen des Krieges beseitigt werden".

Washington hat sich hinter Frau Aquino gestellt. Ein Sprecher des Außenministeriums machte deutlich, daß sich die USA nicht in die philippinische Innenpolitik einmischen würden, erklärte jedoch, an der Unterstützung von Corazon Aquino gebe es keinen Zweifel. Nach philippinischen Zeitungsberichten steht der ehemalige Präsident Marcos in Kontakt mit Enrile.

„Wirtschaftssanktionen gegen Syrien wären wirkungslos"

Damaskus gehen die Devisen aus / Schwarzmarkt blüht

ULRICH REITZ, Bonn

Mit Wirtschaftssanktionen gegen Syrien läßt sich nach Angaben des Deutschen Industrie und Handelstages (DIHT) politisches Wohlverhalten des Assad-Regimes nicht erreichen. Aufgrund der finanziellen Situation des Staates müßte ein entsprechender Beschluß der EG-Außenminister am 10. November ohne Wirkung bleiben, hieß es. Allerdings gibt es nicht nur in Paris, sondern auch in Bonn aus politischen Gründen erhebliche Vorbehalte, Damaskus mit wirtschaftlichen Strafmaßnahmen wegen der von London behaupteten Verwicklung in den internationalen Terrorismus zu belegen.

War noch 1985 ein deutlicher Anstieg im Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Syrien zu verzeichnen, so folgte dem im ersten Haljahr dieses Jahr ein Rückgang im beiderseitigen Handel um mehr als ein Drittel. Bei den deutschen Einfuhren konnte noch im vergangenen Jahr ein Plus von 12,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr registriert werden. Die Ausfuhren nach Syrien stiegen sogar um 22,9 Prozent. Daß es im Handel mit Damaskus seit Beginn des Jahres rapide bergab geht, ist nach Einschätzung des DIHT in erster Linie auf die Devisenknappheit Syriens zurückzuführen.

Der Mangel an „harten Dollars" habe seine Ursache hauptsächlich im Verfall des Ölpreises, der Haupt-Devisenquelle Syriens. Hinzu komme ein Rückgang der arabischen Wirtschaftshilfe. Darüberhinaus seien die Ausgaben für die Streitkräfte – „Assads liebstes Kind" – sowohl materiell (bedingt durch das „Engagement in Jordanien, das Unsummen verschlingt") wie auch aus strukturellen Gründen gestiegen: Ersatzteile für militärische Ausrüstung würden in Dollar bezahlt.

Nicht zu unterschätzen sei die Tatsache, das ein wachsender Schwarzmarkt ein Teil der Devisen schluckte. Er decke zunehmend die Bedürfnisse ab, die auf dem „ersten Markt" nicht mehr befriedigt werden könnten. Das habe seine Ursache zum Teil darin, daß die Regierung die Landwirtschaft zwinge, Produkte zu Preisen feilzubieten, die die nicht einmal die Herstellungskosten deckten. Begehrte Waren böten die Bauern nur auf dem Schwarzmarkt an. Hinzu komme eine Inflationsrate von teilweise mehr als 60 Prozent.

Auch der Schmuggel nehme an Bedeutung zu – ein weiterer Grund der Devisenknappheit. Die Regierung dulde es, wenn Militärs oder Sicherheitsbeamte sich hieran beteiligten. Schließlich sei dieser Personenkreis eine Stütze des Staates.

Der DIHT rechnet damit, daß aufgrund der zu erwartenden Zahlungsschwierigkeiten Syriens der Handel mit der Bundesrepublik weiter zurückgeht. Schon seit Jahren müssen deutsche Lieferanten ihr Kreditrisiko selbst tragen, weil sie nicht durch Hermes-Bürgschaften abgesichert sind.

FÜR DEN ANLEGER

NRW-Anleihe: Nordrhein-Westfalen begibt eine 1 Mrd. DM-Anleihe. Die Konditionen: Nominalzins 6,625 Prozent, Laufzeit 10 Jahre, Ausgabekurs 99,75 Prozent. Effektive Verzinsung: 6,66 Prozent. Angebotszeitraum: 29.10. bis 3.11.1986, für den Privatanleger börsenumsatzsteuer- und spesenfrei. 100 Mill. DM werden zur Marktpflege eingesetzt.

Sparquote: Der Anstieg der verfügbaren Einkommen und das stabile Preisniveau sind die wesentlichen Gründe für die anhaltend hohe Sparneigung. (S. 13)

Dollar und Pfund: Der US-Dollar hat gestern leicht nachgegeben. In Frankfurt wurde der amtliche Kurs mit 2,0321 DM festgestellt. Das Pfund Sterling konnte sich gleichzeitig weiter auf 2,880 (2,867) DM erholen.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 266,82 (269,31); Chemie: 159,44 (160,08); Elektro: 330,47 (336,42); Auto: 701,04 (704,63); Maschinenbau: 149,93 (151,75); Versorgung: 160,29 (163,48); Banken: 380,78 (385,48); Warenhäuser: 180,67 (182,24); Bauwirtschaft: 541,30 (544,63); Konsumgüter: 175,81 (176,55); Versicherung: 1354,76 (1360,63); Stahl: 145,23 (147,72).

Kursgewinner:	DM	+ %
Veith Pirelli A	750,00	20,9
Kawasaki Kisen	2,10	7,69
Bremer Woll.-K.	265,00	6,00
Krones AG Vz.	637,00	5,29
Fuchs Petrol.	171,00	4,91

Kursverlierer:	DM	– %
Hartmann & Br.	4350,0	10,8
Hartmann & Br.	1520,0	10,6
Lahmeyer AG	715,00	5,92
All Nippon Airw.	11,20	5,08
Banco de Vizcay.	98,80	5,00

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwach

WELTWIRTSCHAFT

Primärenergie: Der Verbrauch von Primärenergie erreichte nach einer Statistik der Hamburger Esso AG 1985 weltweit einen neuen Höchststand. Er nahm um zwei Prozent auf 9,4 Mrd. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) zu und lag damit sechs Prozent höher als 1979.

Kaufrausch: Trotz einer unerfreulichen Wirtschaftslage ist bei den Briten ein Kaufrausch ausgebrochen. (S. 12)

Beschwerde: Kanada hat sich beim Rat des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) über die neue amerikanische Einfuhrabgabe beschwert, womit die Kosten für die Zollabfertigung bestritten werden soll.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Kunststoff: Die deutschen Verarbeiter haben das höchste Beschäftigungsniveau der letzten zehn Jahre erreicht. (S. 13)

Eigenkapital: „Mit Sicherheit ist jetzt kein Zeitpunkt, wo eine Kapitalerhöhung Sinn macht". So reagierte die Siemens AG gestern auf Börsengerüchte, nach denen der Elektrokonzern von seinem genehmigten Kapital von 500 Mill. DM mit Bezugsrecht Gebrauch machen werde.

Votum für Siemens: Helmut Kohl hat sich bei der französischen Regierung dafür eingesetzt, daß die Siemens AG , München/Berlin, vor AT+T den Zuschlag zur Übernahme einer Beteiligung an CGCT erhält.

Kali und Salz: In den ersten drei Quartalen 1986 wurde ein Absatzrückgang von elf Prozent verbucht. (S. 14)

DWS: Nach einem gute Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) hat das Unternehmen seinen Marktanteil von 27 Prozent gehalten. (S. 14)

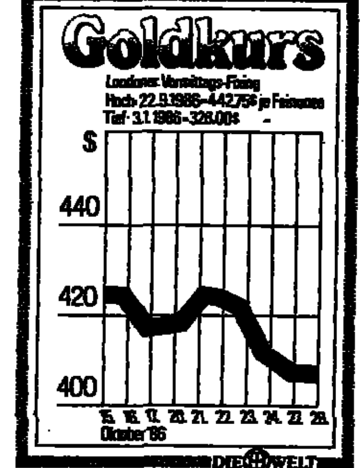
MÄRKTE & POLITIK

Öl: Der Preisverfall an den Märkten hat die deutsche Ölrechnung in den ersten neun Monaten 1986 mehr als halbiert. Die Importeure zahlten für Rohöleinfuhren 13,9 Milliarden DM nach 31,3 Milliarden DM im gleichen Vorjahreszeitraum. (S. 13)

Interstoff: In Frankfurt hat die 56. Interstoff begonnen. Drei Tage lang zeigen mehr als 1100 Aussteller aus 41 Ländern Stoffe für die Bekleidungsindustrie.

Gas: Die 80 deutschen Flüssiggas-Versorger haben 1985 mit 2,42 Mill. Tonnen Flüssiggas (plus 13,5 Prozent) 1,5 Mrd. DM umgesetzt.

Lebensmittel: Eier, Butter und Trinkmilch sind heute erheblich billiger als vor fünf Jahren und zwar um 6,9, 6,1 und 3,9 Prozent. Demgegenüber, so hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik gestern weiter mitgeteilt, wurde Margarine im gleichen Zeitraum überdurchschnittlich um 16,3 Prozent teurer.



Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	27. 10. 86	24. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	155,00	157,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	63,00	64,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	115,00	115,75	104,00	226,00	84,00

NAMEN

Commerzbank: Der Aufsichtsrat hat Klaus Müller-Gebel vom 1. November 1986 an zum ordentlichen Mitglied des Vorstandes bestellt. Er wird dort die Aufgaben von Dr. Friedrich Grundmann übernehmen, der aus gesundheitlichen Gründen ausscheidet.

Wiedergewählt: Fritz Eichbauer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, ist für vier weitere Jahre einstimmig in seinem Amt bestätigt worden.

Wechsel: Zum 1. Januar 1987 wechselt Dr. Pierre Gerckens, bisheriger Geschäftsführungsvorsitzender der Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, in die Geschäftsführung der Südkurier GmbH, Konstanz.

WER SAGT'S DENN?

Zum Erfolg gibt es keinen Lift. Man muß die Treppe benützen.
E. Oesch

Deutsche Aktienwerte sind für die Anleger weiter interessant

Gesellschaft für Wertpapiersparen: Jetziges Kursniveau fundamental abgesichert

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen (DWS) sieht den deutschen Aktienmarkt weiter auf Erfolgskurs. Angesichts der erwarteten Gewinnentwicklung der Unternehmen – plus fünf Prozent in diesem und plus acht Prozent im kommenden Jahr – sollten die deutschen Aktien weiter in der Gunst der Anleger stehen, betonte Ernst Bracker, Geschäftsführungssprecher dieser größten deutschen Investmentgesellschaft, einer Tochter der Deutschen Bank. Auch international seien die deutschen Aktien nicht überbewertet (Durchschnitt: 13fach, zum Vergleich: USA 15fach, Japan 27fach).

Fundamental ist nach der Einschätzung Brackers das derzeitige Kursniveau abgesichert, nach den Phasen der Konsolidierung dürften am Aktienmarkt die (positiven) wirtschaftlichen Daten wieder stärker honoriert werden. Bringt die Wahl eine Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition, rechnet Bracker damit, daß die bisherigen Höchstkurse nochmals überschritten werden. Allerdings werden die Unterschiede von Branche zu Branche und von Unternehmen zu Unternehmen stärker werden.

Für „interessant" hält die DWS auch einige kontinentaleuropäische und die nordamerikanischen Börsen, wo allerdings auch nur selektive Anlage Erfolge bringen wird. Zurückhaltender ist die Einschätzung hinsichtlich der Börsenentwicklung in Japan und Großbritannien.

Positiv schätzt Bracker auch die Rahmenbedingungen für den deutschen Rentenmarkt ein, die die Aussichten auf eine weitere Zinssenkung offenhalten. Derzeit sei die markttechnische Situation freilich weniger günstig, da der Markt durch falsch „gepreiste" Anleihen, große Aktien-Emissionen und Kapitalerhöhungen überfordert sei.

Am amerikanischen Rentenmarkt rechnet die DWS weiter mit kräftigen Schaukelbewegungen, die Devisenkurssicherungen und eine verstärkte Streuung der Anlagen empfehlen. Vom gesamten von der DWS verwalteten Fondsvermögen am Ende des Geschäftsjahres von 15,8 (im Vorjahr 12,5) Mrd. DM entfallen etwa 15 Prozent auf Aktienfonds, die im vergangenen Jahr wieder kräftige Mittelrückflüsse hinnehmen mußten: Die Anleger sind weitaus beweglicher geworden und steigen auch einmal aus, betont Bracker und verweist auf das Beispiel des noch jungen Fonds Provesta. Er beteiligt sich vor allem an kleineren und mittleren Unternehmen und partizipierte voll an erfolgreichen Neuemissionen. Alle Zertifikatinhaber sind mit Gewinn ausgestiegen, betont Bracker; sie kommen – wenn die Preise „passen" – wieder.

Nicht nur Zertifikatinhaber, auch Anbieter und Märkte haben sich geändert, unterstreicht Bracker. Auch die DWS hat daraus die Konsequenz einer stärkeren Zusammenarbeit mit Versicherungsgesellschaften gezogen. Zur Zeit verwaltet die DWS in Kooperation mit Versicherungsgesellschaften (Deutscher Ring, Nürnberger Lebensversicherung, Zürich Versicherungen und Albingia) 754 Mill. DM. Der Deutsche Ring, Zürich und Albingia haben sich jetzt an der DWS beteiligt; die Allianz scheidet aus dem Gesellschafterkreis aus.

Seite 14: Schwerpunkt nun im Ausland

Bundesbank wird den Dollar nicht stützen

dpa/VWD, **Malente**

Die deutschen Exporteure im Dollarraum können nicht mit der währungspolitischen Unterstützung der Bundesbank rechnen. Angesichts einer zufriedenstellenden Wirtschaftsentwicklung mit einem inflationsfreien Wachstum von drei bis 3,5 Prozent werde die Zentralbank in Frankfurt nichts unternehmen, um den Dollar nach oben zu drücken. Dies betonte Claus Köhler, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, am Rande des 6. Symposiums der Dräger-Stiftung in Malente.

Vorrangiges Ziel zwischen Europäern, Japanern und Amerikanern sei es vielmehr, die Leistungsbilanzungleichgewichte abzubauen. „Ein Weg dazu", so Köhler, „ist die Aufwertung der D-Mark, eine Abwertung des Dollars." Damit könnten die deutschen Exporte real etwas gebremst werden und die Importe deutlich anziehen, was den Exportüberschuß senke. Unterstützt werden müsse dies durch eine Stimulierung des Wachstums zur Stärkung der Importnachfrage.

Einen Zwang einzuschreiten, sieht die Bundesbank erst dann, wenn die D-Mark zu stark aufgewertet und damit möglicherweise das Wirtschaftswachstum zu niedrig ausfällt. „Wir müssen handeln, wenn wir sehen, das hier der eine Weg den anderen negativ beeinflußt."

AUF EIN WORT



„Die Tarifpartner sind aufgefordert, durch moderate Abschlüsse die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu fördern. Die Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche lassen eine schwierige Situation erwarten. Darüber darf auch die Einführung der 38,5-Stunden-Woche nicht hinwegtäuschen, denn hier steht die Bewährung noch bevor."

Bernhard Hausmann, Präsident der Industrie- und Handelskammer Lippe zu Detmold. FOTO: DIE WELT

Die Klausel zur Zinsberechnung kann entfallen

VWD, **Bonn**

Zu der durch ein Urteil des Landgerichts Stuttgart ausgelösten Diskussion über die im Realkredit übliche Zinsberechnungsklausel hat der Verband Deutscher Hypothekenbanken Stellung genommen. Er macht darauf aufmerksam, daß die seit Jahrzehnten übliche Vertragsvereinbarung über die jährlich erst nachträgliche Berücksichtigung eingegangener Tilgungsleistungen bei der Zinsberechnung in Übereinstimmung mit dem Paragraphen 20 Abs. 2 des Hypothekenbankgesetzes steht.

In der Diskussion werde häufig übersehen, daß der in der bisherigen Zinsberechnungsklausel liegende Preisbestandteil in dem nach der Preisangabenverordnung von der Bank anzugebenden Effektivzins enthalten und daher für jedermann erkennbar sei. Dennoch könne man künftig in der Muster-Darlehensurkunde des Verbandes auf die bisherige Zinsberechnungsklausel verzichten und insoweit Kundenwünschen Rechnung tragen. Gegen andere Arten der Zinsberechnung bestünden keine Bedenken. Im übrigen weist der Verband darauf hin, daß zur Rechtslage das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Gegen das Urteil des Landgerichtes Stuttgart sei Berufung eingelegt worden, so daß eine rechtskräftige Entscheidung nicht vorliege.

Gastronomie freut sich am überragenden Geschäft

Verband verurteilt Festefeiern ohne das Finanzamt

hg. **Bonn**

Deutschlands Gastronomen sind der Bundesregierung böse: Untätigkeit in Bonn lasse es zu, „daß wir nach wie vor mit zahlreichen Wettbewerbsverzerrungen leben müssen", sagte Leo Imhoff, Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, gestern in Bonn. Die weitere Ausbreitung der Schwarzgastronomie – „Festefeiern ohne Fiskus und Finanzamt" – müsse nun endlich durch die seit langem geforderte Novellierung des Gaststättengesetzes gebremst werden.

Mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ist die Branche gleichwohl zufrieden; im Sommer sei das Geschäft gut gewesen, „und in diesem Herbst ist es überragend", sagte Imhoff weiter. Das zu Beginn des Jahres registrierte Fernbleiben der Gäste aus den Vereinigten Staaten sei durch Besucher aus europäischen Ländern kompensiert worden. Die Wirte freuen sich auch darüber, „daß der einzelne Gast wieder mehr Geld im Lokal ausgibt".

Für das abgelaufene Touristikjahr 1985/86 meldet der Dehoga rund 213 Millionen Gästeübernachtungen; hinzu kommen noch 40 bis 50 Millionen Übernachtungen in Privatquartieren und etwa 17,6 Millionen Übernachtungen auf Campingplätzen. Insgesamt waren es 2,5 Prozent mehr Übernachtungen als im Jahr zuvor.

Der Umsatz der Branche erreichte eine Höhe von 60 Milliarden Mark gegenüber 57 Milliarden im Vorjahr. In den rund 200 000 deutschen Gastronomiebetrieben – rund 80 Prozent im Gaststättenbereich – sind 840 000 Mitarbeiter beschäftigt, 40 000 mehr als im Jahr zuvor. Ein Drittel aller Beschäftigten sind Teilzeitkräfte. Außerdem bildet die Branche nahezu 60 000 Milliarden Lehrlinge aus.

„Hier spüren wir inzwischen die Folgen des Pillenknicks", betont Imhoff; darum habe man jetzt eine Image-Kampagne für die Nachwuchswerbung gestartet. Mittels Informationsbroschüren und Schulungsmappen will der Dehoga Jugendliche über Berufschancen informieren.

DIHT warnt vor Beschränkung der Standortwahl

A.G. **Bonn**

Von einer vorgezogenen Novellierung der Baunutzungs-Verordnung, wie von Bundesbauminister Oscar Schneider angestrebt, hat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) dringend abgeraten. In einer gestern bekannt gewordenen Stellungnahme der Kammerorganisation wird dem Ministerium empfohlen, die gesamte Problematik der großflächigen Einzelhandelsprojekte, deren Geschoßfläche im Interesse der „Tante-Emma"-Läden von 1500 auf 1200 qm herabgesetzt werden soll, in die bevorstehende generelle Novellierung der Baunutzungs-VO einzubeziehen.

Der DIHT hält eine Beschränkung der Standortwahl im Einzelhandel und die Einflußnahme auf die Wahl der Betriebsgröße und des Betriebstyps für einen schwerwiegenden Eingriff in die Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Davon wären auch größere mittelständische Einzelhandelsfirmen betroffen. Andererseits werde die Zahl der selbstbedienungsfähigen Artikel zunehmen.

Japaner als IWF-Chef?

gb (Washington) – Den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft stand bisher unstreitig das Recht zu, die Spitzenposition beim Internationen Währungsfonds mit einem der ihren zu besetzen; ebenso wie die Amerikaner Anspruch auf den Präsidentenposten bei der Weltbank haben. Die Unfähigkeit der Europäer jedoch, sich auf einen geeigneten Nachfolger für Jacques de Larosière zu einigen, der zum Jahresende zurücktritt, kann dazu führen, daß sie ihr Recht auf diese Position ganz verlieren. Bekanntlich können die Eurpäer sich nicht darüber verständigen, ob mit dem Gouverneur der französischen Nationalbank wieder ein Franzose an die Spitze des IWF rückt oder mit dem niederländischen Finanzminister ein Mann aus einem anderen Land diesen Posten übernimmt.

Dieser ebenso törichte wie fruchtlose Streit hat in den USA den Gedanken aufkommen lassen, mit der Tradition zu brechen und einen Japaner zum Chef des Währungsfonds zu bestellen. Aus der Sicht der Amerikaner wäre das sehr sinnvoll. Die Japaner sind die zweitgrößte Industrienation. Ihre Produkte überschwemmen die Märkte und ihre Banken nehmen Spitzenplätze in der Weltrangliste ein.

Dennoch halten die Japaner sich auf dem Felde der internationalen Zusammenarbeit zurück. Sie wollen davon profitieren, aber keine Verantwortung übernehmen. Die Idee, sie durch den Posten des Generaldirektors beim IWF ein wenig in die Pflicht zu nehmen, ist so übel nicht. Bisher haben die Japaner freilich kein Interesse gezeigt. Sie wissen, daß eine solche Position mit ihrem unverhohlenen handels- und währungspolitischen Egoismus nur schwer zu vereinbaren wäre.

Manches spricht also für die Wahl-Überlegungen der Amerikaner, die über einen Verzicht der Europäer auf ihren Besitzstand sicher nicht traurig wären. Nur die Europäer wissen noch gar nichts davon. Denn es wäre gewiß übertrieben, hielte man ihre Unfähigkeit zur Einigung auf diesem Gebiet für höhere Einsicht in weltpolitische Notwendigkeit.

Besser als die Stimmung

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die konjunkturelle Entwicklung ist seit dem Frühsommer wieder in Schwung gekommen. In diesem Urteil stimmen die professionellen Konjunkturforscher mit dem überein, was von den volkswirtschaftlichen Abteilungen der Unternehmen und vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht wird. Auch die Zahlen über den Bestelleingang und die Produktion signalisieren, daß es seit dem Frühjahr bergan geht.

Trotzdem: Wer mit Rrepräsentanten aus der Wirtschaft spricht, muß feststellen: Die Lage und die Aussichten werden nicht mehr so günstig eingeschätzt wie noch im Frühjahr. Das heißt nicht, daß sich Pessismismus breit macht. Die Stimmen derjenigen, die ihre Situation düsterer als noch vor Monaten beurteilen, sind nicht lauter geworden. Vielmehr ist die Zahl jener geringer geworden, die sich uneingeschränkt optimistisch äußern. Und das, obwohl sich die Ertragslage der Firmen weiter verbessert hat.

Sinkender Dollarkurs und schwächere Nachfrage aus dem Ausland haben in Teilen der Wirtschaft zu Irritationen geführt. Die konjunkturelle Lage ist wieder einmal besser als die Stimmung.

Als Grund für den Klimawechsel werden vor allem außenwirtschaftliche Risiken genannt, in erster Linie die Wechselkursentwicklung. Und trotzdem wird unter dem Strich mit einer stärkeren Zunahme der Exporte im nächsten Jahr gerechnet, als 1986 realisiert werden kann. Wie paßt das zusammen?

Die Zugpferde des Aufschwungs haben von der Außen- zur Binnennachfrage schneller gewechselt als erwartet. Der Wechsel war zwar vorhergesagt worden. Aber die Auswirkungen waren stärker. Der Ordereingang aus dem Ausland ging zum Teil kräftiger zurück. Zwar konnte das durch die anziehende Binnennachfrage überkompensiert werden. Nur: Betroffene und Begünstigte sind häufig nicht die gleichen.

Von den sinkenden Auslandsaufträgen sind in erster Linie die Industrie und dabei gerade auch die Hersteller von Investitionsgütern betroffen, nicht jedoch die Bereiche, die wie der Einzelhandel von der Zunahme des privaten Verbrauchs profitieren. Diese Branchen wie auch die Bauwirtschaft, deren Lage sich – wenn auch auf tiefem Niveau – stabilisiert hat, schätzen ihre Lage jetzt unter dem Strich hoffnungsfroher ein als noch vor Monaten. Allerdings kommt der Industrie die ungebrochene Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen zugute.

Obwohl die Auslandsnachfrage nicht mehr der Konjunkturmotor ist, prägt sie doch die Erwartungen. Nicht nur der Export – er stieg in den ersten neun Monaten real nur um zwei Prozent –, sondern auch die Aufträge von jenseits der Grenzen haben die Hoffnungen nicht erfüllt. Das lag nicht in erster Linie an der Aufwertung der D-Mark. Ausschlaggebend war die Weltkonjunktur, deren Verlauf in diesem Jahr nicht das gehalten hat, was zum Beispiel internationale Organisationen erwartet haben.

Die Prognosen für 1986 wurden im Verlaufe dieses Jahres nach unten korrigiert. So sprang die Konjunktur in Europa nicht so an, wie aufgrund des Kaufkraftgewinns wegen der gesunkenen Ölpreise und der niedrigen Zinsen vorhergesagt wurde. Die Entwicklung in den USA kommt nicht in Schwung, in Japan lahmt sie sogar leicht. Die Probleme der Dritten Welt und des Ostblocks sind auch nicht geringer geworden, im Gegenteil.

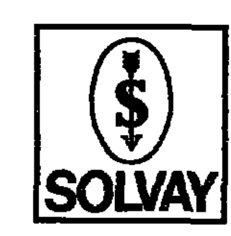
Der Internationale Währungsfonds und die fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Bundesrepublik sind für die nächsten Monate zuversichtlicher. Sie gehen davon aus, daß die positiven Effekte der gesunkenen Ölpreise sich jetzt zeigen werden. Sie sagen ein leicht beschleunigtes Tempo für die Weltkonjunktur und den Welthandel voraus.

Das dürfte auch die Nachfrage nach deutschen Produkten und damit den Export beflügeln. Daher sind die Erwartungen in der Exportwirtschaft für die nächsten Monate gar nicht so schlecht. Die Wettbewerbsfähigkeit wird nach wie vor günstig eingeschätzt. In den Ländern, deren Währungen abgewertet werden, werden die Marktanteile verteidigt.

Wenn diese Rechnung aufgeht, dann sieht es für die nächsten Monate günstig auf. Der Aufschwung wird sich fortsetzen. Wie die Institute stellen sich die befragten Firmen allerdings auf eine leichte Abschwächung im Verlaufe des nächsten Jahres ein. Und zwar dann, wenn der Kaufkraftschub aufgrund der niedrigeren Ölpreise und der ersten Stufe der Steuerreform auslaufen wird. Das bedeutet aber keineswegs das Ende des Aufschwungs. Ein Wachstum von drei Prozent bei annähernder Preisstabilität kann sich sehen lassen.







Großbritannien im Kaufrausch

Konsumenten greifen immer stärker auf Kredite zurück

JOBST KNIGGE, London

Trotz der unerfreulichen Wirtschaftslage ist bei den Briten ein Kaufrausch ausgebrochen, wie ihn das Land seit fast zehn Jahren nicht mehr erlebt hat. Der Konsumboom hat nichts mit dem bevorstehenden Weihnachtsfest zu tun, sondern dauert bereits seit mehreren Monaten mit steigender Tendenz an.

Als Hauptursache gelten die überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen, die die Unternehmer ihren Beschäftigten genehmigten, ohne daß diese über Gebühr mit Streiks gedroht hatten. Während die Inflationsrate gegenwärtig bei drei Prozent liegt, bescherten die Lohntüten den Arbeitnehmern durchschnittlich sieben Prozent mehr. Die gehobenen Angestellten verbuchten sogar um zehn Prozent höhere Einkünfte. Als bei der Automobilfabrik Jaguar die Arbeiter in diesen Tagen die Produktion des neuen Luxusmodells XJ 6 anhielten, wurden sie sofort mit 22 Prozent mehr Lohn – verteilt über zwei Jahre – an die Fließbänder zurückgelockt.

So sind die Verbraucherausgaben in den vergangenen drei Monaten real um mehr als fünf Prozent gestiegen. Die gesunkene heimische Produktion konnte die Kauflust der Briten allein nicht mehr befriedigen. Obwohl sich die Einfuhren wegen des 20prozentigen Rückganges des Pfundkurses seit Jahresbeginn verteuerten, stürzten sie sich auf hochwertige Importgüter. Die „Times“ spricht von einem „alarmierenden Anstieg der Importe“, nachdem bekannt wurde, daß die Handelsbilanz im September erneut mit 887 Millionen Pfund (2,4 Mrd. DM) ins Defizit rutschte.

Der Konsumboom wird aber nicht allein vom realen Lohnzuwachs, sondern mindestens ebenso stark von einer Kreditexplosion genährt. Millionen von Briten zahlen heute mit Kreditkarten und schrecken nicht davor zurück, ihre Schulden mit einem Jahreszins von rund 27 Prozent zu begleichen. Allein die Zahl der Inhaber von Visa-Karten hat sich in den vergangenen sieben Jahren von fünf auf 8,4 Millionen erhöht.

Die Banken haben in den vergangenen beiden Jahren potentiellen Hauskäufern Hypotheken förmlich aufgedrängt und Objekte bis zu 100 Prozent finanziert. Die leichtfertige Kreditvergabe heizte den Baumarkt so an, daß in London die Immobilienpreise in einem Jahr um mehr als 20 Prozent stiegen.

Für viele übereifrige Käufer gab es ein böses Erwachen. Die Zahl der Zwangsversteigerungen ist von 2500 im Jahr 1979 auf 16 800 im vergangenen Jahr gestiegen und wird dieses Jahr einen neuen Rekord erreichen. Wie stark die allgemeine Verschuldung ist, demonstriert auch die Tatsache, daß im vergangenen Jahr über 100 000 Briten wegen unbezahlter Rechnungen der Strom abgestellt wurde – 13 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor.

Eine weitere negative Folge des Booms ist auch ein Wiederaufleben der Inflation. Nach monatelangem Rückgang stieg die Teuerungsrate im September erstmals wieder von 2,4 auf drei Prozent. Und die Tendenz ist weiter steigend. (dpa/VWD)

Blüm wirbt für die Teilzeitarbeit

A. G. Bonn

Mit mehr Information will Bundesarbeitsminister Norbert Blüm der Bequemlichkeit, der mangelnden Phantasie und den „hartnäckigen Vorurteilen“ gegenüber der Teilzeitarbeit entgegentreten. Sein Ministerium hat daher eine neue Broschüre vorgestellt, die sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber bestimmt ist und auf die verblüffende Vielfalt von Formen und Möglichkeiten der Teilzeitarbeit hinweisen will. Wie Blüm hierzu erklärte, soll diese Broschüre zur längst anstehenden Aufwertung der Teilzeitbeschäftigung beitragen, deren richtige Handhabung Vorteile ebenso für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber bringe.

Nach Blüms Meinung ist eine Gesellschaft „borniert“, die den einen zur Null-Arbeit und den anderen zur Voll-Arbeit zwinge, obgleich es in beiden Lagern genügend Mitbürger gebe, die eine Teilzeitarbeit vorzögen. Diese Gesellschaft leide an einer Verkalkung der Arbeitszeit und einer Erstarrung der Tarifverträge.

Wenn auch Teilzeitbeschäftigung in der Bundesrepublik stetig zugenommen habe und inzwischen von 14 Prozent aller Beschäftigten ausgeübt werde, sei dies im Vergleich zu den skandinavischen Ländern, Kanada oder den USA nur ein bescheidener Anteil. Denn dort würden Teilzeitquoten von über 30 Prozent registriert. Eine EG-Umfrage aus dem Jahre 1985 zeige, daß in der Bundesrepublik fast jeder vierte Arbeitnehmer bei gleichem Stundenlohn weniger als 35 Wochenstunden arbeiten möchte, aber nicht einmal jeder achte diesen Wunsch verwirklichen könne.

Die Broschüre ist im Arbeitsministerium erhältlich.

Deutsche Firmen bleiben in Südafrika

-ni. Johannesburg

Die deutschen Firmen in Südafrika sind anders als viele amerikanische Unternehmen generell nicht an einem Rückzug aus dem Kap-Staat interessiert. Sie vertreten den Standpunkt, daß man sich nicht aus allen Ländern mit einem kritischen politischen Klima zurückziehen könne. Das Beispiel Iran wird zitiert, mit dem die Bundesrepublik heute gute Geschäftsverbindungen pflege, obwohl bei der Machtübernahme durch Khomeini noch Milliardenverluste befürchtet worden waren.

Die rund 300 deutschen Firmen in Südafrika beschäftigen 45 000 Menschen. Sie zahlen den farbigen Arbeitern und Angestellten wesentlich höhere Löhne und Gehälter als von der Regierung vorgeschrieben.

Südafrika stand im ersten Halbjahr 1986 mit rund zwei Milliarden Mark an 21. Stelle der deutschen Abnehmerländer. Im ersten Halbjahr 1985 waren es 2,76 Milliarden Mark; Südafrika stand damals an 17. Stelle der deutschen Abnehmerländer. Als Lieferland für die Bundesrepublik nahm es zwischen Januar und Juni dieses Jahres ebenso wie im vergleichbaren Zeitraum des vergangenen Jahres den 21. Rang ein – mit Käufen in Höhe von 1,57 Milliarden Mark.

Südafrika erhält derzeit keine langfristigen Kredite von deutschen Banken. Vor allem etablierte kurzfristige Kredite laufen jedoch weiter. Grundsätzlich erwarten die deutschen Firmen in Südafrika keine Geschäftseinbrüche. Bei reinen Importgeschäften ohne Fertigungsprozeß in Südafrika selbst blicken deutsche Firmen allerdings mit Sorgen auf die Entwicklung des Rand-Kurses. Importrestriktionen der Regierung in Pretoria werden derzeit nicht befürchtet.

Bessere Vorsorge für das Alter

Regierungsinitiative will Franzosen zum Sparen anhalten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung will durch umfassende Steuererleichterungen breiten Bevölkerungsschichten zu einer zusätzlichen Altersversorgung aus angespartem Kapital verhelfen. Dadurch soll die immer fragwürdiger werdende obligatorische Rentenversicherung ergänzt und der Wirtschaft zusätzliche Mittel für ihre Expansion zugeführt werden. Dank der Neutralisierung von Kaufkraft hofft Wirtschaftsminister Balladur außerdem darauf, die Importnachfrage zu dämpfen und damit Handelsbilanzüberschüsse zu erzielen.

In Pariser Wirtschaftskreisen sieht man in diesem Plan, der Anfang nächsten Jahres dem Parlament vorgelegt wird, das wichtigste Vorhaben der neuen liberalen Regierung. Er könnte die unter den Sozialisten stark zurückgegangene Spartätigkeit – von 15,7 Prozent der Durchschnittseinkommen 1982 auf 12,3 Prozent 1985 – wiederbeleben und die Franzosen zu längerfristigen Kapitalanlagen veranlassen. Balladur selbst spricht von einem „echten Volksaktionariat“.

Von den steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden dürfen dem Plan zufolge pro Jahr und Person 6000 Francs (Ehepaare 12 000 Francs), wenn die Ersparnisse mindestens zehn Jahre lang in Aktien oder Obligationen festgelegt werden. Ein Ehepaar mit zwei Kindern, das beispielsweise 20 000 Francs im Monat verdient, kann damit 3600 Francs im Jahr Steuern sparen. Außerdem werden die Dividenden und Zinsen von der Einkommenssteuer befreit, ebenso wie der bei der Liquidierung der Wertpapiere entstehende Mehrwert. Kursverluste können von der Einkommensteuer abgesetzt werden.

Gleichzeitig will die Regierung die Franzosen – entgegen den sozialistischen Bestrebungen – anhalten, über das 60. Lebensjahr hinaus zu arbeiten, um die gesetzliche Rentenversicherung zu entlasten. Wer sein Kapital früher in Anspruch nimmt, muß – zur teilweisen Rückerstattung der Steuervorteile – auf die Abhebungen zehn Prozent (bei mehr als zehn Jahren Spardauer fünf Prozent) an den Staat zahlen. Nach dem 63. Lebensjahr erhält er vom Staat eine Prämie von fünf Prozent und nach dem 65. Lebensjahr von zehn Prozent des angesparten Kapitals ausgezahlt. Ersatzweise ist der Abschluß von Lebensversicherungen vorgesehen.

Alle übrigen Steuervorteile für den normalen Wertpapierbesitz bleiben erhalten. Die Regierung will sogar (ab 1988) die Steuerfreigrenze für Zinserträge aus Obligationen von 5000 auf 8000 Francs pro Person und Jahr erhöhen. Weitere Steuererleichterungen sind für die Neuemission von Belegschaftsaktien vorgesehen, welche den Unternehmen zusätzliche Mittel zuführen. Die Kosten aller Erleichterungen für die französische Staatskasse werden auf sechs bis sieben Mrd. Francs im Jahr veranschlagt.

Wie weit die gesetzliche Altersversicherung durch die neuen Maßnahmen entlastet werden kann, ist noch nicht zu übersehen. Immerhin aber soll schon jetzt die mit ihr gekoppelte gesetzliche Krankenversicherung durch verschiedene Leistungskürzungen Ausgaben von zehn Mrd. Francs im Jahr erspart und damit ihr Defizit bereinigt werden.

Sparneigung auf hohem Niveau

NordLB: Kurz- und mittelfristige Anlage bevorzugt

dos, **Hannover**

Der Anstieg der verfügbaren Einkommen und das stabile Preisniveau sind nach Ansicht der Norddeutschen Landesbank, Hannover, die wesentlichen Gründe für die anhaltend hohe Sparneigung in der Bundesrepublik. Das Institut geht davon aus, daß die Sparquote auch in den letzten Monaten 1986 das bisherige Niveau zumindest beibehält, so daß der Vorjahreswert (12,6 Prozent) deutlich übertroffen wird.

Bei den Anlageformen allerdings zeigten die Sparer angesichts sinkender Nominalzinssätze ein verändertes Verhalten. Bevorzugt würden liquide Anlageformen kurz- und mittelfristiger Art. Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Sondersparformen verzeichneten überdurchschnittliche Zuwachsraten.

Dieser Trend spiegele sich auch in der Geschäftsentwicklung der NordLB wider. Ende September erreichten die Einlagen der inländischen Unternehmen und Privatpersonen einen Wert von 11,2 Mrd. DM gegenüber 9,4 Mrd. DM zur gleichen Vorjahreszeit. Der Bestand an Spareinlagen wuchs gleichzeitig um 8,9 Prozent auf 3,9 Mrd. DM.

Während bei Sondersparformen mit vereinbarter Kündigungsfrist ein Zuwachs von 37,6 Prozent erzielt wurde, nahmen die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist nur um 7,2 Prozent auf gut 2,4 Mrd. DM zu. Weil keine wesentliche Änderung der Rahmenbedingungen zu erwarten ist, dürfte sich die Spartätigkeit auch künftig auf dem jetzigen hohen Niveau bewegen.

Die Bank geht davon aus, daß der Anteil des Vermögenssparens künftig noch stärker zunehmen wird. Bereits 1985 hätten die privaten Haushalte Zins- und Dividendenerträge aus einem Geldvermögen von annähernd 2,1 Billionen DM bezogen. Dies wiederum lasse ein starkes Anwachsen des durchschnittlichen Vermögens der privaten Haushalte erwarten. Das Einpendeln des Vermögens auf einem weitaus höheren Niveau wird sich nach Ansicht der NordLB auch in einem veränderten Anlageverhalten niederschlagen. Darauf werde sich die Kreditwirtschaft einzustellen haben.

Wolken am internationalen Stahlhimmel

Vordringen neuer Werkstoffe schafft Probleme – Entwicklungsländer erhöhen Produktion

ALFRED ZÄNKER, **Genf**

Die große Strukturkrise, in der sich die Stahlindustrie des Westens nun seit zwölf Jahren befindet, ist noch lange nicht zu Ende. Nach leichter Aufhellung 1985 zeichnen sich am Horizont wieder düstere Perspektiven ab. Amerika, Westeuropa und auch Japan werden bei schwacher Nachfrage und wachsendem Konkurrenzdruck *aus der Dritten Welt* zu weiterem Kapazitätsabbau und Entlassungen gezwungen sein.

Das ist das Fazit einer Studie des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) in Genf für eine im Dezember stattfindende Tagung seines Eisen- und Stahlausschusses. Auch die jüngsten Berichte des Internationalen Eisen- und Stahlinstitutes in Brüssel klingen skeptisch. Danach wird die Nachfrage nächstes Jahr weltweit stagnieren, bei rückläufiger Tendenz in den Industrieländern (OECD), wo der Stahlverbrauch 1987 sogar um fünf Prozent unter das Niveau von 1985 fallen dürfte.

Kaum günstiger sind laut ILO die Aussichten für die nächsten zehn Jahre. Für den Weltverbrauch wird zwar mit mäßiger Zunahme von 718 Mill. Tonnen (1985) und rund 750 Mill. Tonnen (1995) gerechnet. Der Anstieg ist aber vor allem einer Verdoppelung des chinesischen Bedarfs im Zeichen der Industrialisierung und vermehrten Nachfrage in Lateinamerika und Asien zu verdanken. Für die OECD-Länder wird dagegen ein weiterer Rückgang des Verbrauchs um gut fünf Prozent bis 1995 vorausgesehen.

Ein wichtiger Grund: Die zunehmende Bedeutung neuer weniger stahlintensiver Industrien wie Elektronik, Luft- und Raumfahrt, während Maschinen- und Schiffbau, Metall- und Eisenwaren an Bedeutung verlieren. Dazu kommt das weitere *Vordringen neuerer* Werkstoffe wie Aluminium, Kunststoff, Karton.

Das „Spiegelbild" dieser Entwicklung ist eine „unaufhaltsame Nord-Süd-Verlagerung der Stahlerzeugung". 1986 wird die Rohstahlerzeugung in den OECD-Ländern wieder um drei Prozent schrumpfen, in den Entwicklungsländern und China dagegen um sieben Prozent zunehmen. Bis 1995 dürfte die Dritte Welt ihre Jahresproduktion von 100 auf 137 Mill. Tonnen steigern. Dabei fallen neue moderne Kapazitäten in Brasilien, Mexiko, Korea, Taiwan und China ins Gewicht. Die klassischen Industrieländer, deren Kapazitäten bei weitem nicht ausgelastet sind, müssen ihre Produktion nach den jüngsten Prognosen von 321 auf 308 Mill. Tonnen zurücknehmen.

„In allen OECD-Ländern – vielleicht mit Ausnahme der leistungsfähigen Stahlindustrie Kanadas – ist mit weiteren Stillegungen von vor allem *veralteten und kleineren* gemischten Hüttenwerken zu rechnen. Japan und die USA sind schon dabei, das Problem über den Markt anzugehen. Anderen Ländern, besonders Frankreich und Spanien, stehen noch schwierige Strukturbereinigungen bevor", meint die ILO-Studie.

Bei diesem Schrumpfungsprozeß, der in vielen Ländern mit steigender Arbeitsproduktivität verbunden ist, sind seit 1974 in den Industrieländern rund 800 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. In Großbritannien fiel die Beschäftigtenzahl um fast 70 Prozent, in den USA um die Hälfte, in Frankreich um 45 Prozent, in der Bundesrepublik um ein Drittel. Die höchste Produktivität erzielen heute japanische Stahlwerke mit 350 Tonnen Rohstahl pro Arbeiter und Jahr; dann folgen Kanada, Belgien, die Niederlande und die USA mit über 300 sowie die Bundesrepublik mit 250 Tonnen, verglichen mit mehrheitlich nur rund 100 Tonnen in Lateinamerika und im Ostblock.

Von der Einführung neuer produktititätsfördernder Technologien hängt auch die Zukunft der meisten Stahlunternehmen ab. Damit werden zwangsläufig weitere Arbeitsplätze verloren gehen. Niedrige Löhne sind jedenfalls keine Garantie für verbesserte Wettbewerbsbedingungen und höhere Gewinne. Die Stahlindustrie ist immer mehr auf eine Kerngruppe *hochbezahlter und gut ausgebildeter* Fachkräfte angewiesen, um im technischen Fortschritt mitzuhalten.

DAG wehrt sich gegen Arbeit am Sonntag

AP, **München**

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hat sich entschieden gegen die Pläne der Siemens AG gewandt, für mehrere hundert Beschäftigte in zwei Münchener Werken die Sonntagsarbeit wiedereinzuführen. Dies bestätigte gestern der bayerische DAG-Landesverbandsleiter Heinz-Georg Harbauer gestern. Die Firma hatte einen entsprechenden Antrag beim Gewerbeaufsichtsamt Ende Juli vorwiegend damit begründet, daß die Unterbrechnung des Produktionsprozesses der Megachips problematisch sei.

Die DAG hält dem entgegen, daß es technisch sehr wohl möglich sei, die Fertigung von Mikrochips in der herkömmlichen Zeit zu betreiben *und verweist auf die* bayerische Verfassung, in der der Sonntag als Ruhetag gesetzlich geschützt wird. Die einzelnen Prozeßschritte bei der Fertigung von Megachips müßten zwar ohne große Pausen nacheinander durchgeführt werden, der Gesamtprozeß ließe sich aber mühelos in ein Zeitraster ohne Sonntag einplanen.

Die Begründung der Firma Siemens, sich dem Konkurrenzdruck vor allem der Japaner nur durch Sonntagsarbeit stellen zu können, bezeichnete Harbauer als fraglich. Die Japaner hätten die Weltspitze auch ohne Sonntagsarbeit geschafft.

Ölrechnung in ersten neun Monaten halbiert

DW. **Eschborn/Hamburg**

Der Preisverfall an den Ölmärkten hat die deutsche Ölrechnung in den ersten neun Monaten 1986 mehr als halbiert. Die Importeure zahlten für Rohöleinfuhren 13,9 Mrd. DM nach 31,3 Mrd. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Das sind nach Berechnungen des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, 55,7 Prozent weniger.

Der Preisnachlaß ist sogar noch größer, weil mit 50,9 Mill. Tonnen in der Menge 4,4 Prozent mehr eingeführt wurden. Im Schnitt kam die Tonne Rohöl zu 273 DM über die deutsche Grenze und war damit um 57,6 Prozent billiger als im gleichen Vorjahreszeitraum (643 DM). Im September kostete die Tonne nur noch *206 DM*, minus 65 Prozent gegenüber September 1985. Gegenüber dem Jahrestiefstand vom August bedeutet dies einen Anstieg um 21 Prozent.

Die fünf größten der 19 Lieferländer waren in den ersten neun Monaten Großbritannien (14,1 Millionen Tonnen), Nigeria (7,9), Saudi-Arabien (5,3), Libyen (5,2) und Venezuela (4,4).

Der Verbrauch von Primärenergie erreichte nach einer gestern veröffentlichten Statistik der Esso AG 1985 weltweit einen neuen Höchststand. Er nahm um zwei Prozent auf 9,4 Mrd. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) zu.

Kapazitäten werden erweitert

Kunstoffverarbeiter stellen aber auch wieder mehr ein

wb. **Frankfurt**

Die deutschen Kunststoffverarbeiter haben in diesem Jahr das höchste Beschäftigungsniveau der letzten zehn Jahre erreicht. Nachdem die Amtsstatistik bereits für die ersten acht Monate eine Steigerung um knapp fünf Prozent auf 217 000 (207 400) Mitarbeiter auswies, beziffert der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) den aktuellen Stand mit 220 000 Beschäftigten. Auch die Zahl der Betriebe mit *mehr als 20 Beschäftigten* übersprang mit 2015 (Jahresbeginn: 1971) erstmals die Marke von 2000.

Nur knapp drei Prozent der Betriebe arbeiten derzeit kurz – 23 Prozent dagegen planen weitere Personalaufstockungen. Dahinter steht eine erfreuliche Branchenkonjunktur. In den ersten acht Monaten des Jahres steigerten die Kunststoffverarbeiter ihren Umsatz um gut sechs Prozent auf 24 Mrd. DM, von denen 18,4 Mrd. DM (plus sechs Prozent) auf das Inlandsgeschäft und 5,6 Mrd. DM (plus acht Prozent) auf den Export entfielen. In den ersten Monaten des Jahres waren die Ausfuhren sogar noch um zweistellige Raten gewachsen.

Für den Rest des Jahres erwarten noch 31 Prozent der Unternehmen weitere Umsatzsteigerungen; nur 13 Prozent äußern sich pessimistisch. Immerhin sind die Auftragseingänge bei 35 Prozent der Befragten auch im dritten (gegenüber dem zweiten) Quartal noch weiter gestiegen und bei 38 Prozent unverändert geblieben.

Die Kapazitätsauslastung wird von 81 Prozent der Betriebe gegenüber dem vergangenen Jahr als besser (46 Prozent) oder gleich gut (35 Prozent) eingestuft. Damit scheinen etliche Betriebe nicht nur personell, sondern auch maschinell an die Grenzen zu stoßen: Bei gut 28 Prozent von ihnen stehen Kapazitätserweiterungen auf den Investitionsplänen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

ITS klagt gegen NUR

Hamburg (dpa/VWD) – ITS-Reisen, Köln, und NUR-Touristic, Frankfurt, *die größten deutschen Reiseveranstalter* nach der Touristik Union International (TUI), sind in einen juristischen Streit über ihre Vertriebswege geraten. ITS hat beim Landgericht Köln eine einstweilige Verfügung erwirkt, in der der NUR-Touristic untersagt wird, Reisebüros aufzufordern, ihre vertraglichen Beziehungen zu ITS zu beenden und ITS-Reisen nicht mehr anzubieten.

Übernahme gebilligt

Düsseldorf (Py.) – Das Bundeskartellamt hat der im Juil angekündigten Übernahme der Aktien der Leonhard Monheim AG, Aachen, durch die Jacobs Suchard AG rückwirkend zugestimmt. Vorher aus der Monheim AG ausgegliedert wurde die Ludwig Schokolade GmbH mit dem deutschen und internationalen Markenartikelgeschäft (Trumpf, Regent, Novesia, Mauxion und der Lizenzvertrag van Houten). Alleingesellschafter ist Prof. Ludwig, bisher Vorsitzender des Aufsichtsrats der Monheim AG. Der Umsatz liegt 1986 bei über 500 Mill. DM.

Daimon gibt in Köln auf

Düsseldorf (Py.) – Die Daimon-Duracell Batterien GmbH, Köln, wird ihr Werk zum Jahresende schließen und die gesamte Produktion ins belgische Aarschot verlagern. Von dieser Maßnahme werden 335 Mitarbeiter betroffen, für die ein Sozialplan erarbeitet wird. Von der Schließung sind das deutsche Auslieferungslager und der Inlandsvertrieb nicht betroffen. Nach Angaben des Unternehmens, das mehrheitlich zum amerikanischen Dart & Kraft-Konzern gehört, haben Überkapazitäten, hervorgerufen durch eine neue Generation von Hochleistungs-Maschinen, diese Maßnahme erzwungen. Das nicht publizitätsfreudige *Unternehmen hatte* nie seinen Umsatz genannt. Die Branche schätzt ihn auf etwa 160 Mill. DM.

Schubsa zufrieden

Ingolstadt (dpa/VWD) – Ein „aus heutiger Sicht positives Ergebnis" erwartet die Maschinenfabrik Schubert und Salzer AG (Schubsa), Ingolstadt. Im Zwischenbericht für das Geschäftsjahr 1985/86 (30.9.) bezeichnet das Unternehmen, das seit einigen Jahren unter Dividendenverzicht modernisiert wird, den Geschäftsverlauf als „volumenmäßig gut". Die Produktionskapazitäten seien bis in das Jahr 1987 ausgelastet. 1985/86 rechne man mit 339 (306,9) Mill. DM Umsatz, bei 61 (63) Prozent Exportanteil. 1984/85 hatte Schubsa mit Hilfe eines Jahresüberschusses von 1,1 Mill. DM den Verlustvortrag aus 1980 bis 1982 auf 1,7 Mill. DM reduziert.

Hutschenreuther wächst

Selb (dpa/VWD) – Die Hutschenreuther AG, Selb, hat in den ersten neun Monaten 1986 ein Umsatzwachstum von fünf Prozent auf 296 Millionen DM verbucht. Das Unternehmen erwartet auch für das Gesamtjahr ein zufriedenstellendes Ergebnis. Das Inlandsgeschäft habe sich mit einem Zuwachs von sechs Prozent besser als der Exportumsatz mit plus 3,8 Prozent entwickelt.

Dagfu-Konsolidierung greift

Die deutsche Thomson-Gruppe liegt „voll im Plan"

dos, **Hannover**

Die Deutsche AG für Unterhaltungselektronik (Dagfu), Hannover, in der die französische Thomson-Gruppe ihre deutschen Branchen-Interessen (Telefunken, Nordmende, Saba und Dual) zusammengefaßt hat, geht davon aus, 1986 den Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 102 Mill. DM halbieren zu können. Ein Sprecher erklärte anläßlich der Vorlage des Jahresabschlusses 1985, der derzeitige Status mache deutlich, daß die Dagfu mit ihren Zielvorstellungen „voll im Plan" liege.

Ganz sicher werde die Gruppe das für 1987 envisierte Ziel, eine ausgeglichene Bilanz vorzulegen, erreichen. Dies um so mehr, als die eingeleiteten Umstrukturierungsmaßnahmen mit dem Abbau der Belegschaft um 1200 auf 6500 Mitarbeiter erst jetzt zu wirken beginnen.

„Ungemein erfolgreich", so der Dagfu-Sprecher, arbeite vor allem Telefunken. Durch das Urteil des Bundesgerichtshofs, das das „Partner"-Vertriebssystem voll bestätigte, habe das Unternehmen zusätzlichen Rükkenwind erhalten und schreibe deutlich schwarze Zahlen. Auch Nordmende habe mittlerweile die Gewinnzone erreicht, wenngleich in Bremen für das gesamte Jahr 1986 noch ein Verlust auszuweisen sein wird. Weniger günstig ist die Situation bei Saba und Dual. Bei beiden Unternehmen sei das betriebswirtschaftliche Ergebnis noch negativ.

Für 1985 weist die Teilkonzernrechnung einen um 118 Mill. DM auf 2,74 Mrd. DM verringerten Umsatz aus. Knapp die Hälfte davon entfielen auf die Sparte Fernsehgeräte, ein weiteres Drittel auf Videoprodukte. Im laufenden Jahr zeichnet sich erneut ein Umsatzrückgang in ähnlicher Größenordnung ab. In der Bilanz werden die Sachanlage-Investitionen mit 66,7 Mill. DM ausgewiesen – bei Abschreibungen von 50 Mill. DM.

Die Dagfu verfügt über ein Festkapital von 100 Mill. DM. Als stille Beteiligung stehen 200 Mill. DM zu Buche. Um die Eigenkapitalbasis zu stärken, hatten die Gesellschafter Anfang 1986 Zuschüsse von 70 Mill. DM geleistet. Wie es heißt, gibt es zurzeit keine Überlegungen für eine Reduzierung der Dagfu-Standorte.

Ölbranche auf der Verliererseite

US-Unternehmensgewinne liegen unter den Erwartungen

G. BRÜGGEMANN, Washington

Die Unternehmensgewinne in den Vereinigten Staaten sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Das geht aus den Zahlen hervor, die jetzt nach und nach für das dritte Quartal veröffentlicht werden. Als Ursache wird von den Experten die ruhige Wirtschaftsentwicklung, der jede Dynamik fehle, aber auch die ausländische Konkurrenz genannt. Die drastische Abwertung des Dollar und die damit verbundene verbesserte Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Unternehmen hat sich bisher nur in wenigen Bereichen bemerkbar gemacht. Die Kapazitätsauslastung der US-Industrie liegt weiter unter 80 Prozent.

Die Gewinnentwicklung ist, wie zu erwarten war, von Branche zu Branche und innerhalb einer Branche von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich. Generell läßt sich aber feststellen, daß die Kreditwirtschaft, die von den gesunkenen Zinsen profitiert hat, und die Hersteller langlebiger Konsumgüter überdurchschnittlich abgeschnitten haben. Dagegen mußten Ölgesellschaften, Computer- und Automobilhersteller eher Rückschläge hinnehmen. Im Durchschnitt ergab sich eine Steigerung der Unternehmensgewinne nach Steuern in der Größenordnung von etwa zwei bis drei Prozent.

Im einzelnen sieht man jedoch ein wenig schlüssiges Bild. In der Ölindustrie zum Beispiel sanken die Gewinne wegen der gedrückten Lage am internationalen Erdölmarkt überdurchschnittlich. Aber die größte Erdölgesellschaft, die Exxon-Corporation, konnte aus dem außerordentlichen Bereich noch einen Gewinnanstieg von 6,5 Prozent melden. Bei Texaco dagegen sanken die Gewinne um 46,2 Prozent, bei Shell um 63,3 Prozent und bei Standard Oil sogar um 85 Prozent.

In der Computerindustrie fielen die Gewinne trotz höherer Umsätze gleichfalls im Durchschnitt. IBM, der Branchengrößte, mußte einen Gewinnrückgang von 27 Prozent melden, Wang Laboratories einen Verlust von 30 Millionen Dollar, während Data Equipment die Gewinne mehr als verdoppelte. In der Stahlindustrie litten sowohl der größte Hersteller, die USX (vormals US Steel), wie auch die Armco Inc. unter Streiks.

Auch in der Automobilindustrie gab es Licht und Schatten. Während die Ford Motorcorporation ihre Gewinne auf 693 Millionen Dollar verdoppeln konnte, mußten Chrysler (minus 27 Prozent) und General Motors (minus 48,9 Prozent) erhebliche Ertragsrückgänge hinnehmen. In der Luft- und Raumfahrtindustrie, wie auch im Rüstungssektor, ergibt sich kein eindeutiges Bild. Während die United Technologies und TRW im Gegensatz zum gleichen Vorjahreszeitraum Gewinne verbuchen konnten, mußte die Northrop Corporation einen Verlust von 30,6 Millionen Dollar melden.

Anlage-Schwerpunkt nun im Ausland

DWS mit dem letzten Geschäftsjahr zufrieden – Marktanteil bleibt bei 27 Prozent

VWD, Frankfurt

Ein gutes Geschäftsjahr 1985/86 (30.9.) hat die DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH, Frankfurt, nach dem Urteil der Geschäftsleitung hinter sich. Sämtlichen Fonds flossen per Saldo rund 3,3 Mrd. DM zu. Rückflüssen von 540 Mill. DM bei den Aktienfonds standen Zuflüsse von 3,8 Mrd. DM bei den Rentenfonds gegenüber. Am Stichtag verwaltete die DWS ein Vermögen von 15,8 (12,5) Mrd. DM, eine Steigerung von über 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Inzwischen wurden, wie DWS-Sprecher Ernst Bracker berichtete, 16 Mrd. DM Fondsvermögen erreicht. Von den 15,8 Mrd. DM entfielen rund 15 Prozent auf Aktien- und 85 Prozent auf Rentenfonds. Aufgeteilt nach Investitionen im Inland und im Ausland waren 44 Prozent im Inland und 56 Prozent im Ausland angelegt. Fünf Jahre zuvor hatte der Inlandsanteil noch 87 Prozent betragen. Den Marktanteil bezifferte Bracker auf unverändert 27 Prozent am BVI-Wertpapiervermögen aller Publikumsfonds.

Auf die per 30. September abschließenden Fonds (Investa, Provesta, Intervest, Akkumula, Inrenta, Inter-Renta, Re-Inrenta, DWS-Rohstoffonds, DWS-Energiefonds und DWS-Technologiefonds) entfielen vom gesamten Fondsvermögen 14,9 (11,9) Mrd. DM. Zum gesamten Netto-Mittelzufluß von 3,3 (1,7) Mrd. DM steuerten die zehn berichtenden Fonds 3,1 Mrd. DM bei. Spitzenreiter war der am 11. Juli 1985 aufgelegte Provesta mit einem Zuwachs von 27,6 Prozent. Sein Fondsvermögen belief sich am 30. September auf 92,9 Mill. DM bei einem Rückfluß von 132,6 Mill. DM.

Der größte DWS-Aktienfonds Investa mit einem Vermögen von 1518,0 Mill. DM erzielte eine Wertsteigerung von 22,7 Prozent. Per Saldo kam es zu Mittelrückflüssen von 330,7 Mill. DM. Für Intervest (165,3 Mill. DM Fondsvermögen bei Zertifikatsrückgaben in Höhe von 13,7 Mill. DM) errechnet sich eine Wertsteigerung von 21,1 Prozent. Ebenfalls eine zweistellige Wertsteigerung von 25,6 Prozent erzielte Akkumula.

DWS-Fonds	Wertveränderung in Prozent [1] 1985/1986	Anteilwert in DM 30.9.86	Ausschüttung DM je Anteil 10.11.86 [2]	Mittelaufkommen in Mill.DM 1985/1986	Vermögen in Mill.DM 30.9.86
Investa	+ 22,7	67,91	2,47	– 331	1518
Provesta [2]	+ 27,6	80,50	2,04	– 133	93
Intervest	+ 21,1	95,12	3,82	– 14	165
Akkumula	+ 25,6	191,11	–[3]	– 0,1	17
Inrenta	+ 8,2	73,44	5,00	178	2780
Inter-Renta	+ 3,8	38,20	3,20	+ 3840	9880
Re-Inrenta	+ 7,8	163,79	–[3]	– 8	143
DWS-Rohstoff	+ 1,1	76,58	2,42	– 14	160
DWS-Energie	– 1,4	84,11	3,54	– 17	54
DWS-Technologie	+ 8,7	82,42	1,25	– 70	119

[1]) vom 30.9.85 bis 30.9.86 bei Wiederanlage der letzten Ausschüttung
[2]) incl. Steuerguthaben
[3]) Ertrag wird thesauriert

Fotokopiergeräte aus fremder Produktion

Py. Neuss

Die erst in diesem Jahr aus einem Joint-venture zwischen den beiden US-Unternehmen, Harris Corp., Melbourne/Florida, und 3M, St. Paul/Minnesota, hervorgegangene Harris/3M Document Products Inc., hat jetzt mit einer gleichnamigen Tochter den Vertrieb von Kopier- und Telekopiergeräten in der Bundesrepublik begonnen. Allerdings wird Harris/3M in der nächsten Zeit nur Geräte japanischer Hersteller (Toshiba und Oki) vertreiben. Auch die 1987 neu auf den Markt kommenden Geräte werden zwar den Namen Harris/3M tragen und deren Design besitzen, aber die Technik der Japaner haben.

Der Regionaldirektor und Geschäftsführer Rudolf Marx schließt die Übernahme anderer Produzenten ins Verkaufsprogramm nicht aus. Auf absehbare Zeit sei jedoch nicht an eine eigene Produktion gedacht. 3M selbst hatte vor drei Jahren die Fertigung von Telekopiergeräten in der Bundesrepublik aufgegeben.

Harris/3M strebt für Ende dieses Jahres bereits im Geschäft mit Großkunden, darunter exklusiv die Bundeswehr, und 42 (künftig maximal 60) Händlern einen Umsatz von 60 Mill. DM an, davon 40 Prozent aus dem Mietgeschäft. Die Mitarbeiterzahl wird dann 160 betragen. Bei einem Wachstum von jährlich über 10 Prozent erwartet Marx bis 1990 eine Verdopplung des Umsatzes. Weltweit liegt der Marktanteil von Harris/3M (3600 Mitarbeiter) bei 10 Prozent. Das ist etwa ein Umsatz von 1 Mrd. DM.

Dem Kopierermarkt (ohne Kleingeräte) wird bis 1990 bei leicht abflachender Wachstumskurve ein Installationsvolumen von 213 000 Geräten vorausgesagt. 1987 dürfte es zu einem echten Zuwachs von 47 000 Geräten kommen. Bei Telekopierern, für die in mittelständischen Unternehmen das größte Absatzpotential gesehen wird, erwartet Harris/3M 1987 für den Markt 20 000 Neuinstallationen. In diesem Jahr dürfte der heutige Bestand bei 36 000, 1990 bei 112 000 Einheiten liegen.

Ungünstiger Geschäftsverlauf bei Kali und Salz

dos, Kassel

Die anhaltend schwache Nachfrage nach Düngemitteln und sinkende Erlöse prägen die Geschäftsentwicklung der Kali und Salz AG (K+S), Kassel, im bisherigen Verlauf des Jahres 1986. Nach Angaben des Vorstands ergab sich in den ersten neun Monaten ein Absatzrückgang von elf Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Maßgeblich dafür waren geringere Lieferungen an die in- und ausländischen Mehrnährstoffdünger-Hersteller. Die Kali-Erzeugung wurde durch Kurzarbeit der ungünstigen Absatzlage angepaßt.

Kräftiger noch als der Absatz verringerte sich der Umsatz. Er erreichte im Berichtszeitraum nur noch 1,1 Mrd. DM (minus 16 Prozent). Der Exportanteil sank auf 48 (53) Prozent. Deutlich verschlechtert hat sich das Ergebnis. Dieser Trend, so heißt es, werde sich bis zum Jahresende noch verstärken. Für 1985 hatte K+S einen Jahresüberschuß von 44 Mill. DM ausgewiesen und eine auf 7 (8) DM reduzierte Dividende gezahlt.

Die BASF-Tochter will 1986 in Sachanlagen 140 (153) Mill. DM investieren. Die Belegschaft wurde seit Jahresbeginn um 95 auf 9156 Mitarbeiter abgebaut. Negativ verläuft auch das Geschäft bei der Chemische Fabrik Kalk GmbH.

PERSONALIEN

Dr. **Axel Gerhardt**, bisher in der Geschäftsführung der IBG Industrie-Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Köln, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum technischen Vorstandsmitglied der Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG berufen worden.

Lothar Fischer, bisher Direktor im Bereich Vertrieb der SWF Auto-Electric GmbH, Bietigheim-Bissingen, ist mit Beginn des Jahres 1987 zum Geschäftsführer für den Bereich Vertrieb des Unternehmens bestellt worden. Er wird Nachfolger von **Otmar Fessner**, der in den Ruhestand tritt.

Dr. **Bernd Otto**, Vorstandsvorsitzender der co op AG ist als Nachfolger von Klausjürgen Kaiser zum Präsidenten des ISB-Instituts für Selbstbedienung und Warenwirtschaft gewählt worden. **Hartwig Knetter**, Vorstand der Spar Handels AG wurde Vizepräsident.

Georg-Jesko von Puttkamer (40) ist zum Leiter der Niederlassung Norddeutschland der Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank in Hamburg ernannt worden.

R. Dieter Limbach wurde als Nachfolger des im Juni verstorbenen **Karl Heinz Wiegand** zum neuen Vorsitzenden des Rings Deutscher Makler (RDM) Landesverband NRW gewählt.

Bernhard Lewerich wurde neuer Geschäftsführer der Springer-Verwaltungs-GmbH des wissenschaftlichen Springer-Verlags, Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo.

Öffentliche Anleihen erholt

Nach dem deutlichen Rückschlag am Wochenbeginn konnten sich öffentliche Anleihen zum größten Teil erholen, teilweise bis zu einem halben Punkt. Kursabschläge gab es nur noch in Ausnahmefällen. Der Handel vollzog sich schleppend. Von einer sich belebenden Anlagebereitschaft konnte keine Rede sein. Vielmehr wird die gewachsene Stabilität der vorangegangenen leichten Erholung am US-Bondmarkt zugeschrieben. Bei den Pfandbriefen kamen nennenswerte Umsätze nicht zustande.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	100,6	100,6
F	6 dgl. 77	9/87	101,15	101,15G
F	6 dgl. 78 II	7/88	101,8	101,8
F	5½ dgl. 77	5/89	105,5	105,5
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,15	107,25
F	6 dgl. 78 I	2/90	101,85	101,75
F	8 dgl. 80 II	7/90	108	108

Warenpreise – Termine

Bruchteilige Gewinne verzeichneten am Montag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kupfer und Kaffee aus dem Markt. Knapp behauptet notierte Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	27.10.	24.10.
Dez.	294,50-294,00	288,25-287,75
März	278,00-279,00	274,00-274,50
Mai	260,50-260,75	257,50-257,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	198,63	199,33
Am. Durum	196,41	197,11

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	100,00	103,50
Dez.	98,30	99,00
März	100,10	101,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	82,50	82,00
Dez.	83,30	80,70
März	81,50	79,10

HAFER Chicago (c/bush)

Okt.	131,75	129,25
März	133,25-133,50	131,00
Mai	132,50	130,75

MAIS Chicago (c/bush)

Okt.	176,00-175,50	174,00-173,25
März	183,00-183,75	181,75-181,50
Mai	188,00	186,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	86,00	85,20
Dez.	83,00	82,00
März	82,60	82,40

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	27.10.	24.10.
Dez.	180,00-180,25	180,50-181,00
März	174,50-174,75	175,00-175,40

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

27.10.	24.10.
29,00	29,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

20,25	20,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	15,80-15,86	15,06-15,08
Jan.	15,96-16,05	15,18
März	16,25-16,50	15,40
Mai	16,35-16,40	15,52
Juli	16,45-16,50	15,70-15,65
Aug.	16,50	15,70-15,71
Sept.	16,30-16,35	15,55-15,60

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

15,50	15,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	16,50	17,00
Choise white hog 4 % fr. F.	10,75-11,00	10,75-11,00

TALG New York (c/lb)

top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	10,50
yellow max. 10% fr.F	8,75	8,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	53,45	52,00-51,90
Febr.	53,45	49,00-48,85
April	50,42	44,45-44,40

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	68,65	66,60-66,70
März	67,62	65,70-65,55
Mai	67,82	65,90-65,75

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Devisenterminmarkt

Am 28. 10. wiesen die D-Mark-Zinssätze am Euromarkt etwas nach oben.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,27-0,17	0,74-0,64	1,37-1,17
Pfund/Dollar	0,56-0,54	1,78-1,75	3,46-3,41
Pfund/DM	2,10-0,70	5,20-3,90	9,50-8,10
FF/DM	16-p	33-17	61-45

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28.10.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 28.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 28.10.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27.10. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	3⅝-3⅞
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	4-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	4-4⅛
12 Monate	6-6⅛	4⅝-4⅞	4-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 28.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,00; Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Frankfurt

Düsseldorf

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

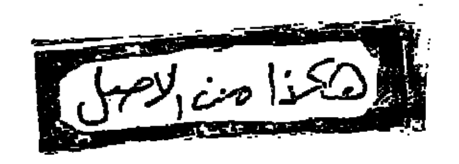
Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Kartoffeln

Baumwolle



STELLENANGEBOTE

Führungsnachwuchs

Jungen **Volljuristen** geben wir in unserem Haus die Chance, nach intensiver Vorbereitung eine Führungsposition im Außen- oder Innendienst zu übernehmen.

Während einer 2jährigen Ausbildungszeit erhalten Sie Einblick in den Betrieb einer großen Versicherungsgesellschaft. Dabei sollen Sie die Struktur, die Arbeitsabläufe und die Probleme des Außen- und Innendienstes kennenlernen.

Wir erwarten von Ihnen – neben überdurchschnittlichen Examensergebnissen – hohes berufliches Engagement und die Bereitschaft zur Wahrnehmung unternehmerischer Aufgaben. Bei entsprechender Qualifizierung bieten wir Ihnen vielfältige Aufstiegsmöglichkeiten im In- und Ausland.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an den Leiter der Personalabteilung, Herrn Detlef Jönsson.

Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft
Zweigniederlassung für Norddeutschland
Großer Burstah 3
2000 Hamburg 11



Wir sind einer der führenden Hersteller von Rädern, Rollen und Transportgeräten für Industrie, Handwerk und Handel und suchen zum nächstmöglichen Termin einen **stellvertretenden**

Betriebsleiter

für unseren modernen Produktionsbetrieb in Hamburg-Wilhelmsburg.

Ein ca. 35–40jähriger Ing. grad./Dipl.-Ing. der Fachrichtung Maschinenbau/Kunststofftechnik mit Praxis in allgem. Maschinenbau/Produktionstechnik, der eine mehrjährige erfolgreiche Berufserfahrung als zweiter Mann in der Betriebsleitung eines mittelständischen Unternehmens oder als Abteilungsleiter mit Personalverantwortung eines größeren Unternehmens einer möglichst artverwandten Branche nachweisen kann, entspricht unseren Erwartungen.

REFA-Ausbildung sowie gute Kenntnisse in Fertigungsplanung, -steuerung, Organisation, Kalkulation und EDV-Einsatz werden erwartet. Unternehmerisches Handeln, Kostenbewußtsein, Qualitätsdenken und die Bereitschaft zur notwendigen Detailarbeit sind genauso Voraussetzungen wie eine Persönlichkeit mit Integrationskraft, die in Teamarbeit mit dem Betriebsleiter eine Mannschaft von ca. 100 meist langjährigen Mitarbeitern führen und motivieren kann.

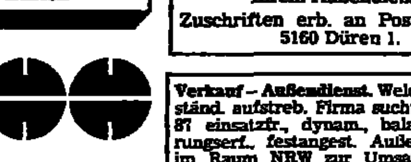
Bitte richten Sie Ihre Bewerbung, deren vertrauliche Behandlung zugesichert wird, mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild, Handschriftprobe, Zeugniskopien, Referenzen, Angaben über Einkommensvorstellung und frühestmöglichen Eintrittstermin an

RÄDER-VOGEL
Räder- und Rollenfabrik GmbH & Co
z. Hd. Geschäftsleitung D. Henning
Amsinckstraße 45 · 2000 Hamburg 1

---

1. Versicherungsmakler sucht
junge Sekretärin
wenn möglich vom Fach, für Anfang 1987.
Ausführliche Offerten an Versicherungsbüro, Postfach 227, CH-8059 Zürich

---

Generationswechsel – Ihre Chance

Im Zuge des Generationswechsels wird der zukünftige Geschäftsführer Pharmagroßhandel für eine selbständige Tochtergesellschaft in Nordrhein-Westfalen gesucht. Von einer besonders erfolgreichen deutschen Unternehmensgruppe mit etwa 400 Mio. Umsatz p.a. Der ideale Kandidat für diese Aufgabe ist eine erfahrene Unternehmerpersönlichkeit zwischen 35 und 50 Jahren.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, dem 1. November, in der BERUFS-WELT, dem großen Stellenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

FLUGHAFEN MÜNSTER/OSNABRÜCK GMBH



Die Flughafen Münster/Osnabrück GmbH – Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) – mit Sitz in Greven/Kreis Steinfurt, zwischen den Oberzentren Münster und Osnabrück, sucht zum baldigen Eintritt einen

GESCHÄFTS-FÜHRER

Nach einer kräftigen Expansionsphase seit 1983 liegen die Schwerpunkte der Aufgaben des neuen Geschäftsführers neben den allgemeinen Leitungsaufgaben in der Erstellung einer gezielten Marketingkonzeption, der Kundenbetreuung und Akquisition, mit der in den nächsten Jahren das solide Verkehrsaufkommen des Flughafens entsprechend den verbesserten Chancen des Linien- wie auch Touristikverkehrs gesteigert und konsolidiert werden kann. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Flugverkehrsgesellschaften, Reiseveranstaltern sowie Reisebüros, Unternehmen und öffentlichen Institutionen im Einzugsbereich.

Für diese unternehmerische Aufgabe mit großem Gestaltungsspielraum suchen wir eine dynamische Persönlichkeit mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Verkehrswirtschaft und Touristik. Betriebswirtschaftliche und Marketing-Kenntnisse sollten vorausgesetzt werden können.

Wenn Sie die genannten Voraussetzungen erfüllen und an der Übernahme der Aufgabe interessiert sind, senden Sie bitte Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien, Referenzen sowie Angabe über Ihre Einkommensvorstellungen an den

**Vorsitzenden des Aufsichtsrates
der Flughafen Münster/Osnabrück GmbH
Oberkreisdirektor Dr. Heinrich Hoffschulte**
Kreisverwaltung Steinfurt
4430 Steinfurt

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

20 mm / 1spaltig
DM 114,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

______ mm hoch; ____spaltig zum Preis von DM ________ zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Vorwahl/Telefon: ____________
Unterschrift: ____________
Der Anzeigentext:

01-356

STELLENGESUCHE



Vertrieb und Beratung

sind meine Stärken. Kooperativ, flexibel, äußerst belastbar und aktiv. Erfahrung als VK- u. NL-Leiter bis 18 Mitarb. Stehvermögen, Abschlußsicherheit und Firmentreue sind selbstverständlich. Sitz HH, ungekündigt, Alter 52, gute Erscheinung. Allgem. Maschinenbau, andere Branche nicht ausgeschlossen.
Zuschr. erb. u. V 6430 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft Vertrieb

48, erfolgreich als BD bei namhaftem Kompositversicherer, sucht Führungsaufgabe im Raum Schleswig-Holstein/HH, auch in anderen Wirtschaftszweigen.
Zuschr. u. B 6128 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Finanz- und Rechnungswesen

Bilanzbuchhalter, 39, pa., sucht neue Aufgabe.
Angebote unter C 6239 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Überführungsfahrten

oder ähnl. v. Herrn m. langj. Fahrpraxis gesucht. Tel. 04 71 / 3 21 48

Pharmareferent

40 J., verh., langjährige Außendiensterf., durchsetzungsstark, kreativ u. erfolgsgewohnt (beste RPM), sucht neue Herausforderung als Klinikreferent im Raum Hessen bei leistungsstarkem Pharmaunternehmen.
Zuschr. erb. unt. D 6416 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Informatiker

36, 11 Jahre Berufserf., sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe im Raum HH, Kenntnisse, auch neuester Entw., in einem weiten Bereich der DV.

Zuschriften erbeten unter B 6414 an WELT-Verl., Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Volljurist/Rechtsanwalt

43 Jahre, Erfahrung im industr. Personalwesen und als selbst. Rechtsanwalt, Handwerksmeister, Hptm. d. R., flexibel, kontaktfreudig und verhandlungssicher, sucht zum 1. 1. bzw. 1. 4. 87 verantwortungsvolle Tätigkeit im norddeutschen Raum.
Zuschr. u. L 6246 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Forstwirt

26 J., 4 Sem. Bauing., Kenntnisse d. Holz-, Metall-, Kunststoffprüf. u. -verarbeitung sowie techn. u. kaufm. Verw., sucht neuen Wirkungskreis Raum Wuppertal.
Zuschr. erb. unt. A 6413 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Terminerin

sorgt hart, aber herzlich im Raum K, DN, AC, für mehr Schwung in Ihrem Außendienst.
Zuschriften erb. an Postfach 587, 5160 Düren 1.

Verkauf – Außendienst. Welche mittelständ. aufstreb. Firma sucht zum 1. 1. 87 einsatzfr., dynam., balastb., führungserf., festangest. Außendienstler im Raum NRW zur Umsatzerweiterung? Gute Verkaufsnachweise, 40 J., verh. Aufbau u. Führung kl. Verkaufsteam angenehm. Keine Kapitalanlagen. Zuschriften unter C 6415 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

DIPLOM-INGENIEUR

(Architektur und Stadtplanung), 37 Jahre, sucht Tätigkeit in Planungs- oder Baugesellschaft mit Schwerpunkt im Wohnungsbau. Entwurf, Planung und Realisierung anspruchsvoller Projekte.
Zuschr. u. U 6429 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dolmetscherin

Seit 20 Jahren in Paris lebende Deutsche, kontaktfreudig, reisebereit, übersetzt bei Ihren Geschäftsgesprächen u. Ausstellungen in Paris. Deutsch-Französisch-Englisch fließend.
Telefon 0 03 31 / 39 76 43 82 in Paris

SAP-Spezialist Systemprogrammierer

(CICS/VSAM) mit langjähriger Erfahrung in Installation und Modifikation von SAP-R 2 (RS/RM) unter MVS/VSE/CICS/VSAM, sucht zum 1. 2. 1987 interessante Tätigkeit (auch Unternehmensberatung).
Zuschr. erb. unt. Z 6412 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Erzieherin

22 J., ledig, einsatzfreudig, staatl. anerkannt als Erzieherin, unabhängig u. n. ortsgebunden, 2jährige Berufserfahrung in Privatfamilie, Führerschein vorhanden, sucht ab sofort neuen Wirkungskreis.
Ang. u. K 6267 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Product-Manager

34 Jahre, Dipl.-Betriebsw., über 4 Jahre Mark.-Erfahrung, Pragmatiker mit Kreativität sucht Herausforderung. Fähigkeiten: Absatzplanung, Launch u. Relaunch, Promotion-, Mediaplanung, Agentursteuerung, Budgetierung, graf. u. drucktechn. Know-how.
Anford. neue Pos.: echtes Mark.-Mix, Mark.-Spend., Controlling, MaFo, EDV-Mark-Info-System.
Örtl. Präf.: Bremen, Radius 50 km.
Termin: Wechsel im 1. Quartal 1987.
Zuschr. u. M 6247 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

JURIST

31 J., 2. Staatsexamen 2/87, Stationsnoten befried. – gut, zuverlässig, korrekt, verantwortungsbewußt, Ausbildungsschwerpunkte im Zivilrecht, sucht Stelle bei Wirtschaftsverband, Industrie oder Versicherung.
Zuschr. u. Y 6411 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachensekretärin

Englisch, in Wort u. Schrift, Kenntn. in Spanisch u. Französisch, Schreibmaschine + Phono + CTM Computer, Erfahrung in Chefsekretariat, gerne auch als Reisesekretärin.
Zuschriften unter R 6360 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

– Kaufmann-Ing. –

sucht anspruchsvolle Ganz- oder Teilzeit-Beschäftigung für deutsche oder CH-Firma im Vertrieb von Werkzeugmaschinen, Werkzeugen, Spezial-Anlagen für Metallbearbeitung.
- Aufgabengebiet: Frankreich/Süd-D./Schweiz
- Langjährige Betriebs- und Verkaufserfahrungen in Führungspositionen
- wohnh. am Oberrhein in Frankreich
- tel. erreichb. F-89 52 43 89 n. 18 Uhr.

Zuschr. erb. u. K 6345 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Speditionskaufmann

Prokurist, Anfang 50, aktiv und belastbar, 35 Jahre internationale Spedition, Projekte, Spezialtransporte, EDV, sucht neue interessante Aufgabe in Spedition/Industrie, Raum Hamburg bevorzugt.
Zuschr. u. W 6409 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Bankkaufmann

in ungekündigter Stellung sucht Möglichkeit, sich zu verändern.
Zuschr. u. E 6109 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Body-Guard

(36), sportlich, sicheres Auftreten, jahrelange Berufserfahrung, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. K 6135 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Chauffeur, Body-Guard

im In- und Ausland, 30 J., Nichtraucher, 1,85 m, sucht neue Aufgabe. Zuschriften unter P 6359 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bremen/Niedersachsen: Immobilienkaufmann (43), absolut solide, fundiert und qualifiziert, bauträgererfahren, marktorientiert, seit 20 Jahren in der Branche, sucht wegen „beerdigten Marktes" in der Region ohne (noch nicht möglichen) Ortswechsel seriöse, anspruchsvolle und interessante neue Aufgabe. Gern freie Mitarbeit/Handelsvertretung. Kontaktaufnahme über G 6243 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

IM-/EXPORTKAUFMANN

46 J., verh., 20 Jahre Erfahr. Exp./Imp., Vertrieb u. Marketing Konsumgüter, 8 J. Asien, flexibel u. mobil, unternehm. Denken, sucht neue leit. Pos. in Außenhdl. oder Industrie mit Reisetätigkeit.
Ang. un. L 6422 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Betriebswirt

u. Kfz-Einzelhandelskaufmann, 28, Praxis, sucht Tätigkeit als Assistent der Vertriebsleitung (Marketing).
Zuschr. erb. unt. D 6240 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bankkaufmann

34 J., weibl., in ungekündigter Stellung, z. Zt. im Anwaltsbüro, sucht neuen Wirkungskreis als Sachbearbeiterin.
Ang. u. X 6432 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junges Spezialisten-Team

entwickelt Ihre Software auf IBM 343638.
Tel. 0 41 04 / 14 81



Diplom-Ingenieur Maschinenbau

44, Fachrichtung Fördertechnik, mit Erfahrung in Materialflußanalysen, Projektierung und Realisierung fördertechnischer und lagertechnischer Anlagen und Systeme für Stück- und Schüttgüter; gute englische Sprachkenntnisse, ortsungebunden;

sucht verantwortungsvolle Tätigkeit, evtl. im Projektmanagement für Industrieanlagen und Anlagen der industriellen Infrastruktur, von der Konzeptentwicklung bis zur Inbetriebnahme, auch befristeter Auslandseinsatz.

Auskünfte gibt: Frau Weber
Fachvermittlungsdienst Köln, Luxemburger Straße 121, 5000 Köln 41, ☎ 02 21/4 75-14 36, FS 8 881 127

Bundesanstalt für Arbeit

Sie suchen einen

qualifizierten Vertriebspraktiker

Ich biete: betriebswirtschaftl. Ausbildung, langjährige Erfahrung in kfm. Geschäftsführung u. Vertrieb, Ideen, nachweisbare Erfolge und Exporterfahrung (auch Ostblock). Umfangreiche Kenntnisse in vielen Branchen vorhanden, da seit 1980 von Unternehmensberatung als Vertriebs- und Schulungsleiter extern eingesetzt (Baustoffe, Bauwirtschaft, Maschinenbau, Dienstleistungsgewerbe etc.). Wenn Sie (frühestens ab 1. 1. 87) eine entsprechende Führungsposition zu besetzen haben, nehmen Sie bitte Kontakt mit mir auf unter N 6248 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

BAUINGENIEUR, DIPL.-ING.

30 Jahre, geb. Jugoslawe, deutschsprachiges Examen und Englischkenntnisse. Bisherige Tätigkeit an Universität, Statikbüro-Bauunternehmen, sucht in der Bundesrepublik Deutschland Anstellung.

Zuschriften unter N 6424 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Oberstleutnant

46 Jahre, Fernmeldetruppe, sehr gut beurteilt, integrierte Verwendungen, Bataillonskommandeur, Ausbildungsleiter für Führungsnachwuchs, sucht neue berufl. Tätigkeit im Raum München-GAP

zum 1. 4. 1986

Umfassende Kenntnisse und Erfahrungen in Menschenführung, Stabsarbeit, Planung und Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Konzeption und Leitung von Ausbildungsvorhaben, gute engl. Sprachkenntnisse.
Angeb. unt. K 6421 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wirtschaftsjurist

37 J., verh., mit langj. Erfahrung als Syndikusanwalt in einem Großunternehmen der Lebensmittelwirtschaft sowie als Rechtsanwalt, Dozent an der Akad. f. öffentl. Gesundheitswesen, umfassende Kenntnisse im Lebensmittelrecht, Wettbewerbs- u. Warenzeichenrecht, allg. Vertrags- u. Handelsrecht, Arbeitsrecht sowie Miet- u. Grundstücksrecht, sehr gute Englisch- u. gute Französischkenntnisse, sucht verantwortliche Tätigkeit in Industrie oder Verband (auch branchenfremd), bevorzugt im norddeutschen Raum, aber nicht Bedingung.

Ang. u. X 6410 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Einzelhandelskaufmann

46 Jahre, langjähriger Geschäftsführer eines Einzelhandelsunternehmens der Glas-, Porzellan- u. Geschenkartikelbranche, sucht neuen Wirkungskreis zum 1. 12. 86 oder 1. 1. 87
Bevorzugt Großraum KA. Zuschriften unter M 6357 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

20 Jahre Asien-Erfahrung

bietet Hamb. Exp.-Kaufm., 43 J., 5sprachig, erstkl. Referenzen aus insges. 23 J. Auslandseinsatz in leitender Pos., versiert in Techn. u. Anlagen-Geschäft, unternehmerisch handelnd, nachweisbare Pioniererfolge, sucht interessante Aufgabe in SO-Asien oder Bundesrepublik.
Zuschr. u. W 6431 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Finanzmanagement

Bankkaufmann u. Volljur., 42, 10j. Berufserfahrung bei intern. arbeit. Banken, 5 J. in gr. Industrieuntern., Schwerpunkt: Exportprojektfinanzierung, Kreditbeschaff., Finanz-Contr., Erf. im internationalen Vertragsrecht. Engl. fließend, Span. ausbaufähig, frz. Grdk., Zusatzk. in BWL, Finanz- u. Rechnungswesen. Pragmatisch, konzeptionell u. analyt. denkend, verhandlungsgeschickt, reisebereit, sucht herausfordernde Tätigkeit in Industrie, Bank oder Wirtschaftsverband.
Zuschr. u. F 6242 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ökonom, Wirtschaftsing. (grad) für Seeverkehr, 46 J. Langj. Tätigk. als nautischer Schiffsoffizier mit anschließ. wirtschaftswissenschaftl. Studium. Erf. in Transport, Umschlag u. Lagerung v. Stück- und Massengütern sowie Containern. Kenntn. in Menschenführung, Organisation. Bereitsch. zur Einarb. in and. Aufgaben. Mehrj. Entwicklungsländererf. als Consultant für Portoperations/Rohmateralwirtsch. einschl. Personaltraining, Berichtswesen in einem Hüttenwerk. EDV-Kenntn. auf IBM AT (Turbo-Pascal, BASIC). Engl. gut, Grundkenntn. Franz., Japanisch. **Tätigk. im kaufm.-techn. Zwischenber., auch auf zweiter Ebene, in Logistikabt. von Industriebetr. bzw. Schiffahrts-, Hafenbetriebs- und Consultinguntern.** Ang. u. M 6423 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Allroundkaufmann/Frankreich

deutscher Staatsbürger, Mitte 40, perfekt Franz., Engl., Italienisch, 15 J. Frankreich-Aufenthalt, tätig in verantw. Verkaufsposition, Branche Gießerei- u. Rohstoffchemie, voll vertraut mit franz. Verwaltungswesen u. kfm. Geschäftsführung, sucht beim

Aufbau einer Auslandsstelle

oder in exportorientierter Firma/BRD interess. neue Aufgabe.
Zuschr. u. V 6408 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Marketing/Vertrieb

Betriebswirt (grad.) Fachmann für beratungsintensive Investitionsgüter.
Langjährige Erfahrung in Aufbau und Führung moderner Vertriebsorganisationen, Planung, Controlling, Personalführung, Englisch, sucht neue unternehmerische Verantwortung.
Zuschriften unter N 6358 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGER KRANKENHAUSMARKT

Kfm., 48 J, 18 Jahre nachweislich erfolgreiche Tätigkeit für nationale und internationale Firmen mit den Schwerpunkten

General Management, Entwicklung von Marketing-Organisationen, Absatzstrategien u. Realisierung, Führung u. Steuerung von Innen- u. Außendiensten, Betreuung von Meinungsbildnern, Organisation u. Durchführung v. wiss. Veranstaltungen
sucht anspruchsvolle Management-Aufgabe.

Angebote unter H 6420 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Filialdirektor Versicherungswirtschaft

Ende 40, gelernter Schiffahrtskaufmann. Seit 25 Jahren in Organisation/Vertrieb (Verkäufer, Organisationsleiter, Bezirks-Filialdirektor).

Erfahrungsschwerpunkte: Vertrieb, Mitarbeitergewinnung (auch Makler und Mehrfachagenten), Motivation, Schulung.

Veränderungswunsch: Adäquate leitende Tätigkeit. Nicht grundsätzlich branchengebunden.

Zuschr. u. H 6244 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

INDUSTRIE-, BAU- UND PROJEKTKAUFMANN (kfm. Leiter)

42 J., seit Juli aus Libyen zurück. Erf. in allen kfm. Arbeiten manuell und EDV. Bau, Anlagenbau u. Ölfeldindustrie. Berufsschwerpunkte: Ekf., Mat.- u. Geräteverwaltung, Kalkulation, Buchhaltung, Abrgn. m. ARGE-Partnern, Subunternehmern, Bauherren, gutes Englisch, sucht per 1. 12. 86 neuen Wirkungsbereich Ausland. Auslandserfahrungen Afrika, Nah-, Fernost (5 versch. Länder).
Zuschr. unter P 6425 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Telefon-Spenden: Die allermeisten zahlen wirklich

Mehr als 6,1 Millionen Mark versprachen die Zuschauer am Sonntag am Telefon dem ZDF während der **Gala für den World Wildlife Fund** – und der Sender geht davon aus, daß diese Versprechen auch eingelöst werden. Dabei hatten die Anrufe rechtlich noch keine bindende Wirkung. Das erklärte uns ZDF-Computer-Spezialist Manfred Denninger, der das Telefon-Spenden-System entwickelt hat, wie auch die „Ted"-Umfragen in „Wetten, daß .. ?" und ähnlichen Sendungen. Weder der Name noch die Telefon-Nummer der Anrufer am Sonntag sind irgendwo gespeichert worden.

Man konnte verschiedene Telefon-Nummern anrufen und damit seine Bereitschaft signalisieren, Summen zwischen 10 und 100 Mark zu überweisen. Die Menge der Anrufe, die von Computern gezählt wurden, konnte Denninger mit einer Verzögerung von zwanzig Sekunden während der Live-Sendung in Köln melden. Hinzu kam am Sonntag eine bereits vorher zugesagte Einzelspende von fünf Millionen Mark einer Kreditkarten-Firma, die das Gesamtaufkommen für den WWF auf mehr als 11,1 Millionen Mark hob.

Dieses Telefon-Spenden-System wurde zum zweiten Mal eingesetzt, zuvor war es schon einmal beim Abend zugunsten der **Krebshilfe** am 16. Oktober zum Zuge gekommen. Von den damals telefonisch angekündigten 4.1 Millionen Mark sind inzwischen etwa 3 Millionen eingetroffen – einen genauen Überblick gibt es freilich noch nicht, weil die Krebshilfe erst ungefähr 40 000 der zur Zeit vorliegenden etwa 100 000 Überweisungen gesichtet hat.

Erfahrungen mit vergleichbaren Spendenaktionen zeigen, daß etwas über 80 Prozent der versprochenen Summe eintreffen. Denninger: „Außerdem zahlen immer viele Leute, die gar nicht zuvor angerufen haben. Sie gleichen dann die Fehlsumme derer aus, die anrufen, aber nicht zahlen."

Ein Hinweis, daß die allermeisten es ernst meinten mit ihrem Anruf, ist für Denninger die Tatsache, daß die Telefonnummer, die den kleinstmöglichen Betrag von 10 Mark registrierte, am häufigsten angewählt wurde, nämlich 45 000 Mal. Spaßvögel hätten sich wohl für eine andere Nummer entschieden. da

Start des ersten Abo-Film-Kanals in Hannover

Der erste Film, der am Samstag zum Start des deutschen Abonnement-Fernsehens „Teleclub" angeboten wird, trägt den Titel „A Star is born". Absicht oder Zufall – es wird jedenfalls interessant zu beobachten sein, wie der neue Stern am deutschen Medienhimmel sich etablieren kann. Vorerst allerdings sind seiner Strahlkraft noch enge technische Grenzen gesetzt, denn der Auftakt bleibt beschränkt auf das Kabelnetz Hannovers mit 20 000 erreichbaren Haushalten.

30 Spielfilme sollen stets auf dem Monatsprogramm stehen, jeweils 15 neue und 15 vom Vormonat. Somit bleibt jeder Film zwei Monate auf dem Spielplan und wird an verschiedenen Wochentagen und zu unterschiedlichen Zeiten (zwischen 16 Uhr und Mitternacht) angeboten, berichtete „Teleclub"-Geschäftsführer Hans-Hermann Münchmeyer auf einer Pressekonferenz. Er sprach von einer „echten Alternative zum bekannten Fernsehen".

Die monatlichen Abonnement-Kosten für das erste deutsche „Pay-TV" betragen 29 Mark. Für die einmalige Eintrittsgebühr von 75 Mark wird das Gerät angeschlossen und eingerichtet, der Kunde trägt kein Risiko für technische Defekte. Er muß sich für mindestens ein Jahr binden.

Die Spielfilm-Palette soll „die ganze Familie" ansprechen mit Western, Krimis, Komödien, Love Stories, Trick- und Action-Filmen. Es gibt auf diesem Kanal keine Werbung. Zusammengestellt wird das Programm in der Schweiz, wo bereits mehr als 35 000 Haushalte in rund 400 Gemeinden vom „Teleclub" beliefert werden. Von Zürich kommt er über den Fernmelde-Satelliten ECS nach Hannover, wo er ins Kabel eingespeist wird.

Die deutschen „Teleclub"-Gesellschafter sind zu gleichen Teilen die Taurus Film-Gesellschaft des Münchners Leo Kirch, die UFA Film- und Fernsehgesellschaft des Hauses Bertelsmann und die Axel Springer Verlag AG. Geschäftsführer Hans-Hermann Münchmeyer hofft, im ersten Jahr im Kabelnetz von Hannover zwischen fünf und zehn Prozent der anschlußfähigen Haushalte zu gewinnen. Sobald die technischen Voraussetzungen geschaffen sind, sollen weitere Kabelnetze bedient werden.

PETER SCHMALZ



Nitro in Mozartkugeln und andere zweifelhafte Leckerbissen: „Die Erste Allgemeine Verunsicherung" aus Österreich FOTO: IMMEN

Witzig mit viel Schmäh – ein wenig wie Qualtinger

Semmeln für den Überfall

Ihr Gruppenname ist eine Untertreibung: „Erste Allgemeine Verunsicherung" heißt das Septett aus Österreich. Aber was das mitunter austeilt, ist nicht bloße Verunsicherung, sondern Schock-Therapie: Von „ironischen Gift-Spielen aus Wien" wird da gesungen, gar von „Nitroglycerin in Mozartkugeln". Der alpenrepublikanische „Schmäh" ist ihr Grundrezept.

Sicher ist mittlerweile, daß diese *urige Skandaltruppe um ihre Gründer* Thomas Spitzer und Nino Holm, zwei Absolventen der Wiener Kunstakademie, der Schatz aufgeweckter Jugendlicher und berufsjugendlicher

Die Sonderschau – ARD, 21.15 Uhr

Intellektueller ist, dessen Konzept zwischen Pop, Rock, Happening und durchgestylter Bühnenshow mit Dirndl- und Punker-Travestie ungewohnt und darum faszinierend ist.

So wirklich doll böse ist die EAV im übrigen doch nicht, sondern eher vom Schalk geritten, mit jeder Menge Karacho und zwischendurch plaziertem Bullenbiß, der schon mal einen südlich gelegenen Rundfunksender zum Abdrehen veranlaßt. Und spätestens seit ihr Ohrgewürm um den „Ba-Ba-Banküberfall" Beamte zur Vermutung veranlaßte, sie sei Schuld an der gestiegenen Zahl von Überfällen in diesem Jahr, ist der Name dieser Sketch-, Slapstick-, Tanz- und Rockgruppe auch in der Bundesrepublik Allgemeingut.

14 Deutschlandtourneen, sechs Langspielplatten und die unvermeidliche Offensive ins nicht Deutsch sprechende Ausland, 1985 der Preis der Deutschen Schallplattenkritik für die Longplay „A La Carte" und schon vier Jahre zuvor der Deutsche Schallplattenpreis für die „Café-Passé"-LP – so läßt sich die Erfolgsbilanz dieser Almdudler umreißen, deren Auftrittsdebüt im Wiener Schauspielhaus 1978 stattfand.

„*Was wir erreichen wollten*", sagt Spitzer heute, „haben wir erreicht, nämlich daß wir von unserer Sache leben können"; vorüber sei die Zeit, als die EAV sich von den „Stapeln guter Kritiken doch keine Semmel kaufen konnte". „Go, Karli, Go", „Märchenprinz", „Heiße Nächte (in Palermo)", das sind ihre Hits, die sie zumeist in Spitzers Haus bei Gratz ausbaldowern – Lohn der Mühsal, der Jahre der Tingelei.

Dabei ist EAV von der Zusammensetzung so urösterreichisch eigentlich nicht, bedenkt man, daß es da den Göteborger Nino Holm gibt, dann den italienisch klingenden Engländer Mario Bottazzi und Holms schwedischen Landsmann Anders Stenmo – Ex-Graphiker, Ex-Lehrer, Ex-Psychologe, Ex-Kicker – eine Mischung, die auch zu vernehmen ist. Von „Jimi Hendrix in der Krachledernen" wurde da geschrieben und die Linie der Gruppe immerhin verglichen mit Karl Kraus und Helmut Qualtinger: viel Ehr' für das Septett.

ALEXANDER SCHMITZ



9.45 Ratgeber: Spielzeug
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Die Reportage
11.05 Was bin ich?

15.50 Tagesschau
16.00 Schauplatz der Geschichte
Odessa
16.45 Stadtrallye
Schnitzeljagd in Dinkelsbühl
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Brennpunkt
Thema: Wunderwaffe Kronzeuge
Wege in der Terror-Bekämpfung
21.15 Die Sonderschau
Live aus dem Metropol in Wien
Musik und Mode
Mit „Die Ärzte", Drafi Deutscher, Alexander Göbel, „Die Erste Allgemeine Verunsicherung", Wolfgang Ambros, Jim Rakete, „Depeche Mode", Herbert Grönemeyer, Penny McLean, Udo Lindenberg, Cindy Lauper
22.45 Tagesthemen
23.15 Show-Bühne
Mit Alfred Biolek
Gäste: die Blues-Pianistin Bessie Brühl, das Jongleur-Duo Dr. Hot und Neon, der Boogie-Pianist Peter Böckler
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Seneca: Wider die Verschwendungssucht



11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Valentin und die Mozartkugeln
Aus der Reihe „Anderland"
16.35 Der Waschbär Rascal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Die Wicherts von nebenan
Eberhards Gesundheit
18.55 Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.30 Der Denver-Clan
Das Geschenk
20.15 Österreich – Deutschland
Fußball-Länderspiel in Wien
Achtung: Fußball vielleicht schon um 19.30, „Denver" dann um 21.15!
22.00 heute-journal
22.20 „Aus Not schrei ich zu dir"
Indianer in Nicaragua
Von Roman Barner
22.55 Unverhoffte Gefühle
Italienischer Spielfilm (1979)
Regie: Francesco Longo
Deutsche Erstaufführung
Großvater Giuseppe blieb nach dem Tode seiner Frau aus Rücksicht auf die Kinder unverheiratet. Zur Urlaubszeit wird er ins Krankenhaus abgeschoben. Eines Tages trifft er auf die junge Kellnerin Daniela.
0.15 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bürgerforum
Der TÜV in NRW
21.45 eff-eff
22.30 Was kommen wird
Englischer Spielfilm (1936)
Original mit Untertiteln
0.00 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Der Verfassungsschutz
21.15 In bester Gesellschaft (1)
Uhren und Amouren
Regie: Jean-Pierre Desagnat
22.00 Unterwelt
Amerikanischer Spielfilm (1926)
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 News of the Week
18.50 Dingsda
19.20 Hessenschau
20.00 Als die Grenze kam
Gespräche mit Zeugen der Zeit
21.30 Drei aktuell, Sport
12.50 Lindenstraße
Der Schmuck der Lydia Nolte
22.20 Die fünfte Frau (1)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Schlaglicht
Zwei Gesichter Süd-Jemens
20.15 In bester Gesellschaft (1)
Uhren und Amouren
Regie: Jean-Pierre Desagnat
21.00 Aktuell/Neues
Nur Baden-Württemberg
21.15 Frau hinter den Schatten
Lotte Reiniger
22.00 Alemannisches Kabarett
21.15 Öko-Winzer an der Mosel
22.00 Output
22.15 Kanakerbraut
Deutscher Spielfilm (1983)
23.15 20. Internationale Hofer Filmtage

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Pink
Live-Musik und Talk
19.30 Dingsda
20.00 In bester Gesellschaft
Uhren und Amouren
Regie: Jean-Pierre Desagnat
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Erbe der Väter (6)
22.45 Lese-Zeichen
23.15 Erbteilung unter Geschwistern
Innerdeutsches Kulturabkommen

SAT 1

15.35 Indian River
Jägerlatein
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
Unser Vater ist der Beste
16.25 Die Waltons
17.10 Kung Fu
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Harry Langdon
18.30 blick
18.45 Sport
19.45 Vier Fäuste räumen auf
Italienischer Spielfilm (1975)
Toby und Butch sind mal wieder auf der Flucht vor der Polizei. Vor lauter Eile landen sie in der Kirche. Ohne zu überlegen, ziehen sie Priestergewänder an.
21.30 blick
22.15 M – Männermagazin
Themen: Mädchenfotograf Petro Kramreiter. Was machen Jugendliche, die mit Erwachsenen unterwegs sind, wenn Gefühle wach werden?
22.45 Nummer Sechs
Schachmatt
23.35 blick

1 PLUS

19.00 Der Streit um Adams Bart
Tilman Riemenschneider
19.45 Follow me (30)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Forellenhof
2. Bitte nicht stören!
21.15 Die gezähmte Idylle
Der Spreewald heute
22.00 Rheingold
Deutscher Spielfilm (1977)
Regie: Nikolaus Schilling
23.30 Nachrichten



18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Das Bad auf der Tenne
Deutscher Spielfilm (1955)
21.45 Einheirat geboten
Bauern suchen Frauen
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Fleischlos glücklich
Vegetarisches Leben
22.30 Begegnungen
Peter Ustinov mit Holde Heuer
23.15 Nachrichten



18.53 7 vor 7
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.30 Sein Name war Pat
Italienischer Western (1971)
22.00 RTL-Spiel
22.05 Nachrichten
22.15 Popeye
22.20 Wer bin ich?
Ein Quiz mit Prominenten
22.50 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Die edlere Grausamkeit

cgs. – Auf einer Wiener Tagung, die dem Thema „Vergangenheitsbewältigung" gewidmet war, kam es zu einem Disput zwischen Ernst Topitsch und der Historikerin Erika Weinzierl. Frau Weinzierl, die in Österreich eine linkskatholische Schule der Geschichtsschreibung repräsentiert, wehrte sich dagegen, daß Topitsch den linken und den rechten Totalitarismus auf die gleiche moralische Stufe stellte. Es gehe nicht an, „Faschismus" und Marxismus miteinander zu vergleichen, weil letzterer bei allen Verirrungen doch ursprünglich im Namen des Humanismus und hoher Menschheitsideale angetreten sei, während ersterer – so etwa könnte man Frau Weinzierl interpretieren – von Anfang an ein Ausbund der Finsternis war.

Die Frage stellt sich, ob die Historikerin sich bewußt ist, auf welch gefährlichen Boden sie sich da stellt. Konsequent zu Ende gedacht bedeutet dieser Standpunkt nichts anderes als die Verkündung des Lehrsatzes, daß der Zweck alle Mittel heilige. Folglich wären die Opfer von Stalins GuLag moralisch weniger „wert", ja ihre Ermordung sogar in irgendeiner Weise wenn schon nicht verzeihlich, dann doch wenigstens verständlich, weil sie im Namen hoher Prinzipien und einer, wenn auch entarteten, positiven Ideologie erfolgte.

Die Schmerzensschreie der Verschleppten und in den Kellern der stalinistischen Geheimpolizei Getöteten wären folglich zweitklassig gegenüber den Qualen, welche die Opfer Hitlers zu erleiden hatten. Genau diese Haltung führt auf jene schiefe Ebene, an deren unterem Ende man bei der doppelten Moral landet: Bei lautstarken Protesten gegen Chile und Südafrika, aber schamhaftem Schweigen über die Vorgänge in Afghanistan, Kambodscha oder Vietnam. Ein Teil unserer westeuropäischen Linken ist dieser doppelten Moral längst verfallen. Frau Weinzierl muß die Frage gestellt werden, ob sie einer solchen schiefen Haltung Vorschub leisten will.

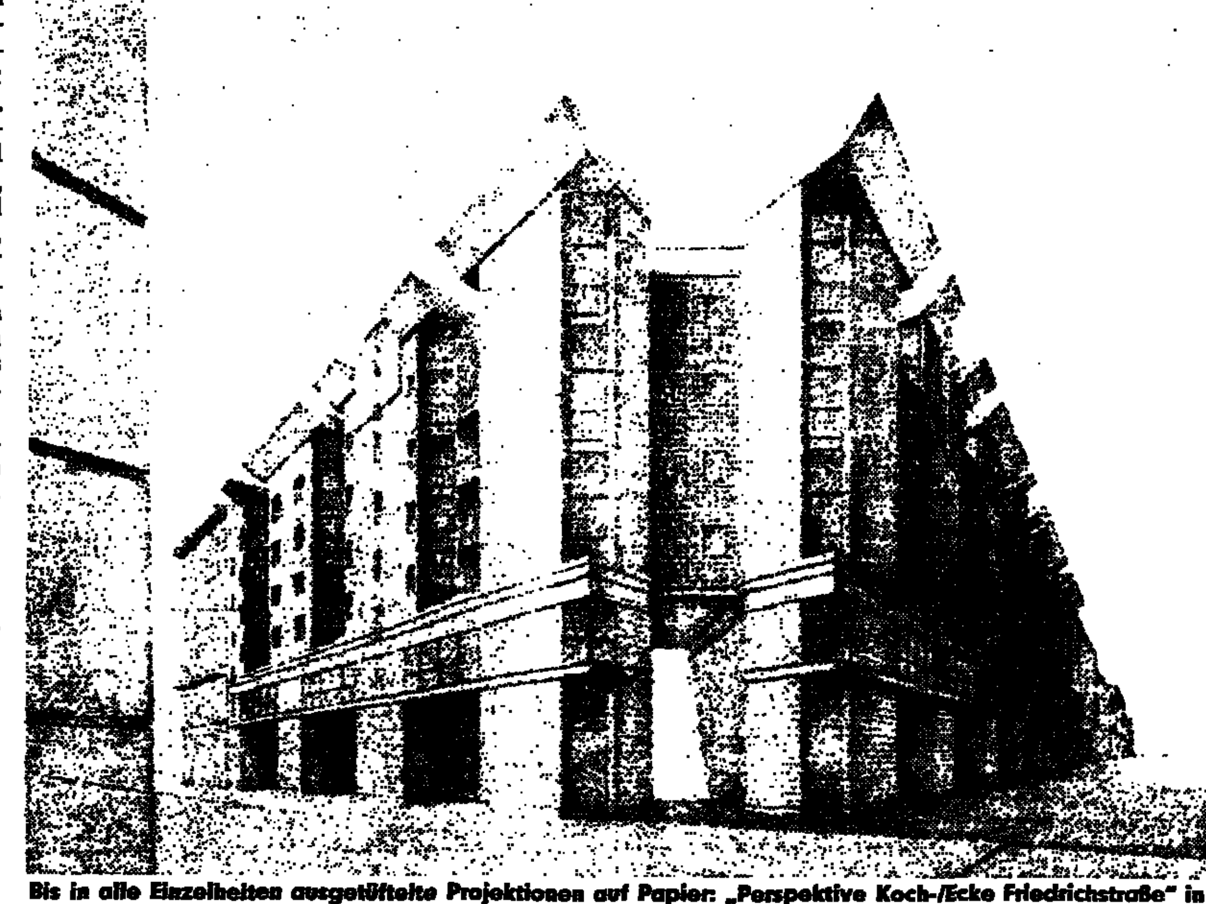
Von der großen Faszination nie verwirklichter Architekturen – Frankfurt zeigt die „Internationale Bauausstellung Berlin 1987"

Im Luftschloß spiegelt sich der Geist der Zeit

Zu den reizvollsten Gegenständen der Architekturgeschichte gehören jene Traumgespinste auf dem Papier, die niemals gebaut worden sind: Berechnet bis in alle Einzelheiten, vielfach auch schon finanziell, politisch und juristisch abgesichert – und dann doch nicht verwirklicht, sei es, weil das Geld ausging, sei es, weil Kriege die Ausführung verhinderten, sei es, weil plötzlich kein Bedarf mehr bestand. Solche Luftschlösser dokumentieren wohl am reinsten, am unverfälschtesten, am idealischsten die Signatur ihrer Zeit. Denn anders als die tatsächlich ausgeführten Bauten können sie niemals „umgebaut" oder ausgebaut werden – sie bewahren die Reinheit des ursprünglichen Entwurfs in abstrakter Klarheit und Unzerstörbarkeit.

So ist es gar kein Wunder, daß sich der Ruhm ganzer Generationen von Architekten mehr auf ihre Entwürfe denn auf ihre steinernen Hinterlassenschaften gründet. Man denke an die Revolutionsarchitekten, an den jungverstorbenen Friedrich Gilly, an Bruno Taut und die russischen Konstruktivisten. Aus dem Sinnesreiz der Architekturfiktion nährt sich auch die Faszination der Architekturtheorie, von Vitruv bis Palladio, von Schinkels Architektonischem Lehrbuch bis zum Bauhaus.

Alle diese Projektionen des dreidimensionalen Werkes auf die Ebene des Papiers haben eines gemeinsam: Sie heben das Einzelbauwerk, das Projekt, aus dem dazu gedachten, dafür vorausgesetzten Zusammenhang heraus, sie isolieren es aus der Wirklichkeit, in der sich Bauen einzig realisieren kann. Damit wird der Entwurf in ein Überall und Nirgends entrückt, in ein Nie und Allezeit. Er gewinnt objektive Qualität, die wie in einem Architektenwettbewerb über alle Zeiten und Ländergrenzen hinweg vergleichbar wird. Daß damit auch ein Verlust an „sozialer Verantwortung" verbunden ist, hat noch nie einen der Großen der Architekturgeschichte gehindert, für diesen abstrakten Wettbewerb fleißig zu produzieren. Es kann auch der lebenden Architektengeneration nicht verboten sein.



Bis in alle Einzelheiten ausgetüftelte Projektionen auf Papier: „Perspektive Koch-/Ecke Friedrichstraße" in Berlin von Bruno Reichlin, aus der Frankfurter Ausstellung FOTO: KATALOG

Diese Erinnerung erscheint nötig, weil sie das Verständnis für eine Ausstellung ebnen kann, die das Deutsche Architekturmuseum in Frankfurt jetzt unter dem sehr konkret klingenden Titel „Internationale Bauausstellung Berlin 1987" eröffnet hat. Diese Ausstellung hat mit Berlin nämlich sehr wenig zu tun – allenfalls soviel, daß die gezeigten „Beispiele einer neuen Architektur" (so der Untertitel) alle für die IBA, die große Bauausstellung dieses Dezenniums, konzipiert worden waren.

Doch der Besucher findet keinerlei Hinweise, ob (und mit welchen Einschränkungen, Veränderungen, Zusätzen) die Entwürfe auch verwirklicht würden, für welchen Kontext sie gedacht waren, welcher Funktionalität und welchem sozialen Auftrag sie untergeordnet sind bzw. gehorchen.

An den Reaktionen der Besucher kann man ablesen, wie ungewohnt eine solche Ausstellung, die Gegenwartsentwürfe in das Panoptikum der Architekturgeschichte projiziert, für den heutigen Betrachter ist. Man sucht überall den „Realitätsgehalt", die genaue Lokalisation des Einzelentwurfs im (imponierenden) großen Stadtmodell, man fragt nach Straßennamen, Grundrissen, Technik, Baumaterialien. Solche Fragen erinnern an die Verwirrung, die ein Schiller- oder auch ein Hochhuth-Drama unter Historikern stiftet: Was ist „wirklich" daran, und was ist „nur" Kunst?

Der Leiter der Altbau-IBA, Hardt-Waltherr Hämer, ließ sich bei der Eröffnung entschuldigen: Er, der Mentor der „behutsamen Stadterneuerung" in Kreuzberg, sah die Gefahr, daß hier die Wirklichkeit „von Bildern verstellt" würde. Tatsächlich aber bekommt man in Frankfurt etwas durchaus „Reales" zu sehen – ein sauber gestochenes Enzephalogramm der 80er-Jahre-Architektur, wie sie in den Köpfen einer internationalen Architekten-Avantgarde spukt. Darunter sehr viel Utopisches, vieles sichtlich Gequälte, Hingetrixte, vieles vordergründig Anbiederische und manches Stolz- (und auch Allzustolz-) Solitäre.

Architektur, so sagte Hämers Kollege, der Chef der „Neubau-IBA" Josef Paul Kleihues, in Frankfurt, „bleibt ebenso auf das Spiel mit Gegensätzen, auf das Spiel der Differenz verwiesen wie die Philosophie". Ja, Kleihues nannte die neue „dialektisch organisierte Grammatik der Architektur" geradezu die „Botschaft der Internationalen Bauausstellung" und verwies auf eines der tragenden IBA-Themen, die Rekonstruktion des städtischen Baublocks. Sie sei heute nur mit der „erklärten Freiheit" realisierbar, innerhalb der gesuchten Geometrie Schnitte, Brüche, Inkongruenzen, Überlagerungen, Verschiebungen zuzulassen, ganz im Sinne jener „Skepsis gegenüber dem Vollkommenen", die die unterschiedlichsten theoretischen und künstlerischen Strömungen des jüngsten Architekturschaffens – und letztlich auch ihn und den Kollegen Hämer – eine.

Das war nun eine nicht nur dezidiert „postmoderne" (Kleihues für seine Person distanzierte sich ganz entschieden von diesem Begriff aus der „Verfallssphäre des Feuilletons"), sondern auch sehr persönliche Einführung in die Schau der mehr als 400 Originalzeichnungen und Modelle; denn der IBA-Chef hat diese Ausstellung ganz wesentlich mitgestaltet.

Nie wieder wird diese papierene Stadt und mit ihr diese imaginäre Wettbewerbsgemeinschaft der Architekten so vollzählig mit ihren Bauten und Entwürfen in einem Haus präsent sein. Die Internationale Bauausstellung im nächsten Jahr mit ihrem unmittelbaren Bezug zu Berlin hat ja einen ganz anderen Auftrag. So hat das Frankfurter Museum mit seiner größeren räumlichen Distanz und seinem übergreifenden Konzept sehr geschickt die letzte Chance genutzt, die schon in Archive, Schreibtischschubladen und Ablagemappen weit versprengten Originalzeichnungen noch einmal zusammenzutragen.

Jedes dieser Blätter trägt seine persönliche Handschrift: Dokument der Anstrengung einer sich „nachmodern" fühlenden Zeit, die große Vergleiche nicht zu scheuen braucht, aber auch – aushalten muß! Nicht alle, die in dieser Konkurrenz aufgetreten sind, werden diesen Maßstab im Rückblick behaglich finden. (Bis 30. November, Katalog 284 S., 48 Mark.) DANKWART GURATZSCH

„Thema Totentanz" im Mannheimer Kunstverein

Vom Himmel gefischt

Der Totentanz ist kein Thema, das sich im „interesselosen Wohlgefallen" genügen kann. Der Inhalt ...ht hier allemal über der Form, die ...ral kommt vor der Ästethik, und ...novation ist nur auf dem soliden ...den der Tradition möglich. Das ...cht die Ausstellung „Thema Totentanz" im Mannheimer Kunstverein deutlich. Sie will „Kontinuität ...d Wandel einer Bildidee vom Mittelalter bis heute" darstellen, legt al...dings das Schwergewicht auf die ...hre nach der Reichsgründung.

Dabei stellt sich heraus, daß es ein ...r deutsches Thema ist, dem sich ...rwiegend Künstler in den deutsch...achigen Ländern zugewandt ha...n. Nur die Belgier pflegen es mit ...ps, Ensor und Masereel in der glei...en Intensität. Der Ausstellung geht nicht um die Herkunft oder Chro...ogie des Totentanzes, sie will viel...hr zeigen, wie sich der mittelalter...e Bildgedanke, in dem sich To...sgewißheit und das Bewußtsein ...n der Gleichheit aller im Tode mit ... Hoffnung auf Erlösung verband, ...n der Religion löste. Mit dieser Sä...arisierung ging zugleich eine neue ...ffnungslosigkeit einher. Der Tod ...rde zum Schrecken, der den Men...en ungerechtfertigt überfällt. ...ht sein Schicksal erfüllt sich im ...l, sondern der Tod zerstört ein ...icksal.

...ur wenige Künstler sind aller...gs fähig, diesen Gedanken in ein ...rzeugendes Bild umzusetzen. Der ...os Thanatos" von Arminius Hase...nn zum Beispiel bleibt weit hinter ... Szenen des Todes mit einer jun... Frau von Baldung Grien, Urs ...f oder Niklas Manuel Deutsch zu...k. Und einen Totentanz zu zeich..., der eine aktuelle politische Stoß...tung in die vertrauten Bilder klei... gelang in nachmittelalterlicher ...t nur Alfred Rethel mit „Ein Todtanz aus dem Jahre 1848". Allerdings wird ihm heute (auch im Mannheimer Katalog) verübelt, daß er damit gegen die Revolution Stellung nahm.

Die Ausstellung schreitet das Thema nach Sachgruppen ab. Da geht es nicht nur um Mann, Frau, Kind und den Tod, sondern auch um den Tod als Bergführer oder die Malaisen mit Eisenbahn, Auto, Luftschiffen und Flugzeugen, was allerhand Grotesken zutage fördert. Walter Draesner läßt beispielsweise im Scherenschnitt einen Zug über den Buckel eines grinsenden Todes in den Abgrund rasen, ober bei Melchior Grassek fischt der Tod (ebenfalls ein Scherenschnitt) ein Flugzeug mit dem Schmetterlingsnetz vom Himmel.

Die meisten Totentänze bleiben im Formelhaften stecken. Selbst das Massensterben der Weltkriege vermögen die Künstler nicht in das alte Bild zu kleiden, sieht man von Alfred Kubins Allegorie „Der Krieg" ab, die allerdings bereits 1901/02 entstand. Kubin ist überhaupt der einzige vor und zwischen den Kriegen, der diesem Thema gewachsen ist und der es durch neue Bilderfindungen bereichert, z. B. wenn der Tod im Keller das Mädchen, das sich erhängt hat, mit Armen und Beinen umklammert, es nach unten zieht und zugleich in Besitz nimmt.

HAP Grieshabers oft gerühmter „Totentanz von Basel" besitzt demgegenüber weder archaische Kraft – auf die die Holzschnittechnik zielt – noch unkonventionelle Bildgedanken. Lediglich Horst Janssen – und damit ist er neben Kubin die andere Ausnahme – vermag kraft seines zeichnerischen Könnens das traditionelle barocke Bild von der Gegenwart des Todes im Lebendigen zu einem alt-neuen Memento mori zu verdichten, das uns unmittelbar anspricht. (Bis 9. Nov.; Katalog 30 Mark, im Buchhandel 39 Mark.) PETER DITTMAR



In der Eisenbahn: „Ein Totentanz" (1922), Scherenschnitt von Walter ...sner FOTO: KATALOG

P. Mazurskys neuer Film: „Zoff in Beverly Hills"

Anarchismus tut gut

Mike, der urkomische Filmhund" spielt auch mit. Er legt ab und zu sein schwarzweißes Köpfchen in die Pfoten und kommentiert das Geschehen mit klugem Blick. Hundeliebhaber dürften mit seinen Auftritten für den Film gewonnen sein. Den anderen erschließt sich der Charme von Paul Mazurskys „Zoff in Beverly Hills" nur schwer. Es handelt sich um eine Komödie mit Tendenz zur Farce. Thema: Zerfranster Stadtstreicher bringt gebügelte Mittelstandsfamilie zunächst durcheinander und am Ende zu neuer Einigkeit.

Die Geschichte stammt von Jean Renoir. Der ließ 1932 Michel Simon als Clochard in die Szene hüpfen und von einem wohlhabenden Bourgeois retten; es folgte eine Sozialkomödie mit kleinen erotischen Zutaten. Paul Mazursky („Harry und Tonto", „Eine entheiratete Frau") verlegt die Handlung nach Beverly Hills, zieht das Tempo an, stellt Karikaturen vor und läßt sie mit jener Hysterie agieren, die amerikanischen Regisseuren seit je zur komischen Kennzeichnung des Mittelstandes dient.

Nick Nolte ist der Tramp, der sich zwecks Verkürzung des Daseins in einen Swimmingpool wirft. Richard Dreyfuss ist der reiche Zombie, der den Verzweifelten rettet und im Geiste des Liberalismus in sein Haus aufnimmt. Natürlich ist der lebensmüde Tramp erheblich lebendiger als die scheintote Wohlstandsfamilie. Und wie ein Therapeut, mehr noch: wie ein Guru befreit er seine Gönner nun von ihren mittelschweren Neurosen. Das Familienoberhaupt, bis dahin allein für Streß und Scheckbuch lebend, lernt die Wonnen der Spontaneität kennen. Die Ehefrau wird von der lästigen Frigidität geheilt. Die Tochter, von Bleich- und Magersucht gebeutelt, wird mit Zuwendung und noch mehr kuriert. Ja, selbst der Sohn, der eine vage Vorliebe für Frauenkleider hegt, findet dank des ungeputzten Gastes zu sich selbst.

Denn das ist natürlich die Botschaft, die der Stadtstreicher seiner schnell wachsenden Beverly-Hills-Klientel vermittelt: Sei du selbst, mag es auch ein wenig auf Kosten des Schicken und Schönen gehen. Strebe nicht nach Erfüllung gesellschaftlicher Normen, sondern leiste dir ein bißchen Anarchismus; das tut jedem gut. Doch das romantische Bild vom Vagabunden als verkapptem Weisen paßt nicht so ganz in den satirischen Rahmen. Der Mann ist ein paar Nummern zu wohltätig geraten. Nick Nolte macht das, so gut es geht; überzeugend kann er hier nicht sein.

Das ist am ehesten Richard Dreyfuss, der als Karrierist mit moderaten Macken noch eine realistische Figur abgibt. Was bei ihm Satire ist, führt bei Bette Midler schon zur dröhnenden Übertreibung; feist und kreischend schleudert sie über die Leinwand. Ähnlich gruslig geht es auch bei den anderen zu und führt zum Haupteinwand: In diesem Film wird schlicht zuviel gezappelt.

DIETMAR BITTRICH

Ungarn: Das Trauma des Aufstands wirkt nach

Bis auf weiteres verboten

Am Vorabend des 30. Jahrestages der ungarischen Revolution von 1956 – die vom amtlichen Budapest nach wie vor als „Konterrevolution" bezeichnet wird – hat die regierende KP einige drastische Maßnahmen gegen nonkonformistische Intellektuelle ergriffen. So wurde die Auflage der ersten Nummer einer neuen Zeitschrift mit dem Titel „Liget" (Der Park) kurz nach dem Druck eingestampft.

In der Zeitschrift, die von der „Patriotischen Volksfront" herausgegeben wird und sich mit Umweltproblemen befassen sollte, hatte der ungarische Psychiater Laszlo Levendel in einem Aufsatz die These aufgestellt, daß sich die ungarische Nation als Folge der amtlichen „Verdrängung" in großen seelischen Schwierigkeiten befinde. Levendel vertrat die ungewöhnliche Meinung, die Ungarn hätten gerade während der Phase der „Konsolidierung" – also in den drei Jahrzehnten nach 1956 – Schaden gelitten, weil sie um eines höheren Lebensstandards willen ihre Ideale aufgeben mußten.

Der Psychiater führte alle möglichen negativen Erscheinungen des ungarischen Lebens – angefangen von der hohen Selbstmordrate über den Alkoholismus bis zur ungewöhnlich hohen Sterbequote unter Männern im Alter von 40 bis 50 Jahren – auf das Trauma von 1956 zurück. Daraus folgert er, man müsse die Ereignisse von 1956 neu bewerten und die „Märtyrer der Revolution" rehabilitieren.

In die gleiche Kategorie gehört die Nachricht, wonach die ungarischen Behörden die Publizierung einer der bekanntesten Kulturzeitschriften aus der Provinz, der in Szeged erscheinenden Monatsblätter unter dem Titel „Tiszataj" (Theißland), unterbrochen haben. Die Juni-Ausgabe der Zeitschrift enthielt ein Gedicht von Gaspar Nagy mit Anspielungen auf das Jahr 1956. Nagy sprach hier allegorisch vom „Judasbaum". Der gleiche Autor hatte im Januar 1985 in einer anderen ungarischen Kulturzeitschrift ein Gedicht über den nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1956 hingerichteten Ministerpräsidenten und Altkommunisten Imre Nagy veröffentlicht, worauf er seinen Posten als Sekretär des ungarischen Schriftstellerverbandes verlor.

Auch gegen einen der populärsten ungarischen Schriftsteller und Bühnenautoren, Istvan Csurka, hat die ungarische Regierung scharfe Maßnahmen ergriffen. Nach Rückkehr von einer Reise in die USA wurde Csurka auf die schwarze Liste gesetzt und „bis auf weiteres" mit einem Publikations- und Aufführungsverbot in Ungarn belegt. Csurka habe, so hieß es von amtlicher Seite, den Interessen der Ungarischen Volksrepublik Schaden zugefügt, ein verfälschtes Bild der jüngsten ungarischen Geschichte gezeichnet und damit gegen ungarische Gesetze verstoßen.

CARL GUSTAF STRÖHM

Ein Überlebender mißtraut dem Frieden: Start des neugegründeten „Jüdischen Theaters in Deutschland"

Aus Angst die Menschen durch Puppen ersetzt

Das vor kurzem gegründete „Jüdische Theater in Deutschland", das noch keine eigene Spielstätte hat, zeigte seine erste Produktion als Pilot-Inszenierung im Bensheimer Parktheater und geht anschließend auf Tournee. „Der Puppenspieler von Lodz" stammt von Gilles Segal, der bei Marcel Marceau als Mime mitgewirkt hat, Regie bei Marceau und Barrault führte, in Paris als Schauspieler und erfolgreicher Stückeschreiber arbeitet.

Der 57jährige Gilles Segal, in Rumänien geboren, hat wie die Titelfigur des „Puppenspielers von Lodz" den Holocaust überlebt. Regisseur des Stückes ist der jüdische Regisseur William F. Lampert, der Gründer und Betreuer des Jüdischen Theaters. Die Spieler sind Michael Gabel (die Titelfigur Finkelbaum), Anna Kaiser (die Puppe), Ruth Schiefenbusch (die Wohnungsinhaberin), Mark Zack in vier Rollen (der russische Soldat Popow, der amerikanische Soldat Spencer, der jüdische Advokat Weißfeld, der Kriminalbeamte Dr. Weißmann) und schließlich Peter Deppe (Schwarzkopf, der Freund aus dem gemeinsam überstandenen Vernichtungslager).

In Berlin, in einer Kammer, haust im Jahre 1950 der Jude Finkelbaum, den die Wohnungsinhaberin 1945 kurz vor Kriegsende hier versteckt hat. Er nimmt Wasser und Lebensmittel an der verschlossenen Tür entgegen, er läßt niemand herein und geht nie hinaus, der Krieg ist nämlich noch nicht zu Ende. Weder der russische noch der amerikanische Soldat, weder Weißfeld noch der Beamte Weißmann, der versteckten Nazis nachspürt und Finkelbaum in Verdacht hat, keiner davon kann ihn davon überzeugen, daß seit fünf Jahren Ruhe ist. Finkelbaum entdeckt jedesmal irgend einen Trick der Nazis. So läßt er sich von dem Russen eine Zigarette unter der Tür durchschieben, prüft sie und sagt: „Eine echte russische Machorka-Zigarette. Aha, die Nazis haben an alles gedacht." In diesen Szenen gibt es allerlei komische Situationen.

Aber er bleibt mit seiner lebensgroßen Puppe in der Kammer, bedient sie, zeigt ihr kleine Puppen, entwirft Szenarien, pflegt die Puppe, weil sie schwanger ist, klagt über Gott, den Mörder seines eigenen Volkes, glaubt nicht mehr an ihn, öffnet einen Vorhang, hinter dem kleine Puppen in KZ-Kleidung hängen, und eine nach der anderen fällt, darunter auch eine weibliche Puppe.

Das Stück beginnt etwas zäh mit einer langen, räsonierenden Exposition, während der er auch schauspielernd seine Jugend, den cassidischen Rebbe und seine etwas komische Hochzeit in Erinnerung ruft. Man lacht, weil man noch nichts ahnt.

Plötzlich stockt einem der Atem. Schwarzkopf erscheint, der Freund, der ihn seinerzeit gezwungen hat, im letzten Moment mitzukommen auf die Flucht. Bis heute ist es ihm unbegreiflich, warum Finkelbaum, der auf das Wiedersehen mit seiner schwangeren Frau hoffte, plötzlich lebensmüde war. Schwangere Frau? Da werden wir plötzlich voller Schreck hellhörig.

Finkelbaum bleibt stumm. Ein Schweigen, das schwer lastet. Dann schreit er: „Warum hat du mich nicht verrecken lassen?" Und da ist es: Unter den Leichen, die er ins Krematorium zu schaffen hatte, fand er damals auch seine tote schwangere Frau. Und er hat sich nicht umgebracht, er hat sich auf den Fluchtweg schleppen lassen.

Aber auch jetzt läßt er sich schließlich abschleppen. „Jetzt ist also keine Gefahr mehr." Und Schwarzkopf, nachdenklich: „Weiß man's?" Finkelbaum verbrennt seine Puppen. „Der Krieg ist zu Ende", murmelt er. Und Schwarzkopf, wieder nachdenklich, das letzte Wort des Stückes: „So sagt man."

Das Stück treibt den Zuschauer in immer tiefere Erschütterung. Unterdrückung und Ermordung in diesem Jahrhundert, alles ist in dem einen zerstörten Menschen präsent, ohne Pathos, ohne Larmoyanz. Nur der Anfang müßte verschärft werden. Vielleicht genügt es, wenn er die Puppe mit Scheu und Angst und Demut behandelt. Dann ist die rätselhafte Gespanntheit sofort da. Und dann erkennt man: Es ist ein Meisterwerk.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Weitere Aufführungen: Frankenthal: 29., 30. 10.; Osnabrück: 9. 11.; Mannheim: 12. 11.; Heidelberg: 18. 12.

JOURNAL

Guggenheim Museum erhält einen Anbau

SAD, **New York**

New Yorks berühmtes Guggenheim Museum erhält einen Anbau. Neben dem von Frank Lloyd Wright in den Nachkriegsjahren errichteten, spiralenförmigen Gebäude an der 89. Straße am Central Park soll ein Erweiterungsbau entstehen, um wenigstens einen kleinen Teil der Museums-Kollektion aufnehmen zu können. Von den rund 5000 Kunstwerken im Besitz des Museums können gegenwärtig nur drei Prozent gezeigt werden. Ein Anbau würde die Ausstellungsfläche verdoppeln und auch die notwendigen Büro- und Verwaltungsräume schaffen. Umstritten ist zur Zeit noch die architektonische Form des Anbaus. Denkmalschützer fürchten, daß der Rundbau durch einen „sichtbaren" Anbau verschandelt werden könnte.

Faksimilierte Codices des Mittelalters

DW. **Bamberg**

Die mittelalterlichen Manuskripte gehören inzwischen zu den Schätzen der großen Bibliotheken, die nur noch Wissenschaftlern und längst nicht mehr dem interessierten Laien vorgelegt werden. Allerdings gibt es inzwischen eine Vielzahl vorzüglicher Faksimiles dieser Codices. Das machte eine Übersicht der Universitätsbibliothek Bamberg bewußt. Der Katalog „Text und Bild im Mittelalter" von Helga Unger (Akademische Druck- und Verlagsanstalt Graz, 200 S. 32 Abb., 20 Mark) stellt 61 Faksimileausgaben illuminierter Handschriften vom 10. bis 15. Jahrhundert ausführlich vor.

Bernhard Wicki verfilmt Roman von Joseph Roth

dpa, **Berlin**

Der Regisseur Bernhard Wicki beginnt im November in Berlin mit den Dreharbeiten zur Verfilmung des Romans „Das Spinnennetz" von Joseph Roth (1894–1939). Die Hauptdarsteller des von der Berliner Filmförderung unterstützten Films sind Klaus Maria Brandauer, Corinna Kirchhoff und Andrea Jonasson. Der 1923 in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" erschienene erste Roman Roths spielt in den Jahren vor Hitlers und Ludendorffs Putsch in München und schildert die politischen Machtkämpfe am Beispiel der opportunistischen Hauptfigur Theodor Lohse, der sich rechtsradikalen Gruppen anschließt.

Jugendpublikationen des Untergrundes

JGG. **Köln**

Im polnischen Untergrund erscheinen bereits fünf kulturpolitische Publikationen, die ausschließlich der Jugend gewidmet sind. So werden in Breslau das Quartalheft „Zerro", in Warschau die Zeitschrift „Wprost" („Schnurstracks") publiziert. Für mehr konservative Jugendliche gibt es „Swit" („Die Morgendämmerung"). In Lodz druckt die „Kämpfende Solidarnosc" die Zeitschrift „Oswiata" („Kultuswesen"). Und an die Pfadfinder wendet sich „Bratnie Slowo".

Die Hayward Gallery zeigt Auguste Rodin

J. St. **London**

150 Zeichnungen und 100 Skulpturen von Auguste Rodin aus öffentlichen wie privaten Sammlungen aus aller Welt werden vom 1. November bis zum 25. Januar in der Hayward Gallery gezeigt. Die Auswahl umfaßt eine Zeitspanne von mehr als 50 Jahren.

Roland Pietri †

dpa, **Paris**

Der französische Theaterregisseur Roland Pietri, der die Uraufführungen fast aller Bühnenwerke von Jean Anouilh einrichtete, ist im Alter von 76 Jahren in Savoyen gestorben. Pietri hatte 1959 in Paris zu gleichen Teilen mit Anouilh für die Inszenierung von „Beckett oder die Ehre Gottes" den „Grand Prix Dominique" für die beste französische Inszenierung des Jahres erhalten.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz hat neben seinen berühmten Graugänsen ein Leben lang auch Hunde gezüchtet: Chow-Chow-Schäferhund-Mischlinge. Dabei ging er von der heute so nicht mehr haltbaren Annahme aus, die Mehrzahl der Hunde stammten vom leicht domestizierbaren Goldschakal, einige wenige Rassen, so der Chow, vom kaum zähmbaren Wolf ab. Er wollte in der Vermischung beiden Stämmen auf die Spur kommen. Lorenz' Buch „So kam der Mensch auf den Hund" zieht ebenso amüsant wie informativ Bilanz. Lorenz entschlüsselt altvererbte Verhaltensmuster: Keiner der unzähligen „Ratgeber"-Bände, sondern ein nachdenkliches Vademecum.

P. F. R.

Konrad Lorenz: „So kam der Mensch auf den Hund". dtv, 211 S., 9,80 Mark.

Studiendirektor erschoß Schüler nicht in Notwehr

Staatsanwaltschaft hat Antrag auf Haftbefehl gestellt

HORST DALCHOW, **München**

Der Studiendirektor Wolfgang K., dessen Revolverschüsse in der Nacht zum Montag im Münchner Stadtteil Obermenzing einen 16jährigen Autoknacker töteten und seinen 17jährigen Komplizen verletzten, hat nicht in Notwehr gehandelt. Dies ist das eindeutige Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft München ist davon überzeugt, daß der 55jährige Vater von vier Kindern im Alter von 16 bis 27 Jahren mit bedingtem Tötungsvorsatz handelte. Sie hat gestern nachmittag Haftbefehl wegen vollendeten und versuchten Totschlags gestellt. Die Staatsanwaltschaft hofft, daß der Studiendirektor nach Überwindung seines Schocks zur Aufklärung des Tatbestands beitragen wird. Er war gleich nach der Tat in Polizeigewahrsam genommen worden.

Bislang hat der stellvertretende Leiter einer Münchner Fachoberschule noch keine präzisen Aussagen gemacht. Nach den Ermittlungen der Polizei war der 55jährige Mathematiker gegen drei Uhr morgens durstig geworden, aufgestanden und hatte bei einem Blick durch das Fenster die Autoknacker entdeckt.

Er zog sich eilig einen Bademantel über, griff nach seinem großkalibrigen Revolver Marke Smith & Wesson Magnum und eilte auf die Straße. Obwohl die beiden jungen Männer flüchteten, brachte Wolfgang K. die Waffe in Anschlag und feuerte mehrere Schüsse ab. Unmittelbar darauf verständigte er telefonisch den Notarzt und anschließend die Polizei.

Der Studiendirektor hat 15 Jagdwaffen in seiner Sammlung. Freunde erklärten nach der Tat, sie seien sicher, daß er keinesfalls einen tödlichen Schuß abgeben wollte. Dagegen spräche sein ganzer Lebenslauf, der von der Liebe zu seiner Frau, seinen Kindern und zur Natur geprägt sei. Der Schulleiter kennt seinen Vertreter als „netten und verläßlichen Kollegen". Seine Jagdfreunde bezeichnen den 1,90 Meter großen Mann als einen „gutmütigen Bären, der sich nie aus der Ruhe bringen ließ". Er sei zudem ein äußerst sicherer Schütze. Mit dieser Aussage gewinnen die Ergebnisse einer ballistischen Untersuchung der Polizei erheblich an Bedeutung: Danach hat der Studiendirektor auf die Beine der flüchtenden jungen Männer gezielt. Spuren an einem Metallzaun lassen kaum einen Zweifel daran, daß eines der Geschosse dort abgeprallt ist und den Schüler Michael T. aus Nürnberg in den Hinterkopf traf.

Dessen kurzes Leben war nicht sehr positiv verlaufen: Er hatte nach dem Besuch der Volksschule eine Lehre als Metzger begonnen, jedoch schnell wieder beendet. Seine Flucht aus dem Elternhaus endete in einem Heim, das er jedoch nach kurzer Zeit wieder verließ. Auch bei seiner 42jährigen Mutter, die eine Boutique besitzt und seit einem halben Jahr geschieden ist, hielt Michael es nicht lange aus. Sie erstattete am 27. August 1986 Vermißtenanzeige. Wo sich Michael T. seitdem aufgehalten hat, ist noch nicht geklärt.

Für die Umgebung des Studiendirektors steht schon heute fest, daß er die Schuld am Tod eines Menschen zeit seines Lebens nicht überwinden wird. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn eine Anklage wegen Körperverletzung mit Todesfolge nicht erhoben oder er davon freigesprochen werden sollte.

WETTER: Regnerisch und kühl

Lage: Die Ausläufer eines Tiefs bei Island überqueren Deutschland und führen kühlere Meeresluft heran.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden bedeckt und Regen. Tagestemperturen um 12, nachts 6 bis 2 Grad. Im Norden örtlich Bodenfrost. Mäßiger bis frischer, in Böen starker, von Süd auf West bis Nordwest drehen der Wind. In der Mitte zeitweise Sprühregen. Höchsttemperaturen um 12, nachts um 6 Grad. Mäßiger Wind aus West. Im Süden Sprühregen. Tagestemperaturen um 12, nachts um 9 Grad. Schwacher Wind aus West.

Weitere Aussichten: Wolkig mit Aufheiterungen bei wenig veränderten Tagestemperaturen.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.11 Uhr*, Untergang: 17.00 Uhr; **Mondaufgang:** 3.15 Uhr, Untergang: 16.01 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 29. Okt., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	10	bd
Bielefeld	9	Sp
Braunlage	5	R
Bremen	10	Sp
Dortmund	9	Sp
Dresden	12	he
Düsseldorf	10	Sp
Erfurt	10	bd
Essen	9	Sp
Feldberg/S.	7	bw
Flensburg	9	Sp
Frankfurt/M.	8	bd
Freiburg	9	bw
Garmisch	10	he
Greifswald	9	R
Hamburg	9	Sp
Hannover	9	Sp
Kahler Asten	3	Ne
Kassel	8	bd
Kempten	9	he
Kiel	9	Sp
Koblenz	11	bd
Köln-Bonn	11	Sp
Konstanz	8	bw
Leipzig	12	Sp
List/Sylt	11	Sp
Lübeck	8	R
Mannheim	10	bw
München	10	he
Münster	10	Sp
Norderney	11	bd
Nürnberg	10	he
Oberstdorf	9	bw
Passau	7	be
Saarbrücken	8	R
Stuttgart	10	he
Trier	8	Sp
Zugspitze	1	he

Ausland:		
Algier	21	he
Amsterdam	13	R
Athen	18	R
Barcelona	19	he
Belgrad	13	he
Bordeaux	16	bw
Bozen	12	he
Brüssel	12	R
Budapest	13	he
Bukarest	10	bw
Casablanca	21	he
Dublin	13	bw
Dubrovnik	21	he
Edinburgh	10	R
Faro	23	be
Florenz	15	bw
Genf	9	bw
Helsinki	8	bw
Hongkong	–	–
Innsbruck	9	wl
Istanbul	21	bw
Kairo	30	he
Klagenfurt	8	bw
Konstanza	9	bd
Kopenhagen	8	R
Korfu	20	bw
Las Palmas	25	he
Leningrad	6	bd
Lissabon	19	he
Locarno	11	he
London	16	bd
Los Angeles	22	bd
Luxemburg	7	Sp
Madrid	17	he
Mailand	16	wl
Malaga	22	he
Mallorca	20	bw
Moskau	3	he
Neapel	18	he
New York	12	bd
Nizza	19	he
Oslo	10	bd
Ostende	15	bd
Palermo	18	bw
Paris	13	Ne
Peking	8	be
Prag	10	he
Rhodos	23	he
Rom	18	he
Salzburg	9	he
Singapur	–	–
Split	21	he
Stockholm	8	Sp
Straßburg	10	bw
Tel Aviv	27	he
Tokio	–	–
Tunis	14	Gw
Valencia	21	he
Varna	12	bd
Venedig	18	he
Warschau	9	bw
Wien	10	wl
Zürich	6	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Bremerhaven: Der größte Umbau in der Geschichte der Handelsschiffahrt

Die QE 2 wird fit gemacht für das nächste Jahrtausend

D. F. HERTEL, **Bremerhaven**

Ein Wahrzeichen verschwindet vorübergehend: Heute beginnt die Lloyd-Werft in Bremerhaven mit der Demontage des weltberühmten, schwarz-roten Schornsteins. Das ist der erste Schritt für den auf 179 Tage veranschlagten Umbau des britischen Luxusliners „Queen Elizabeth 2". 312 Millionen Mark werden aufgewandt, um die 18 Jahre alte „QE 2" – so die in der Branche übliche Kurzbezeichnung – so herzurichten, daß sie auch noch im 21. Jahrhundert attraktiv und wirtschaftlich sein wird.

Die „QE 2" ist mit 67 140 BRT das zweitgrößte Passagierschiff der Welt. Nur die „Norway" (ehemalige „France", der Umbau erfolgte ebenfalls bei der Lloyd-Werft) ist mit 70 202 BRT größer. Der Umbauauftrag ist der größte in der Weltgeschichte der Handelsschiffahrt. Die Lloyd-Werft errang ihn in harter Konkurrenz gegen zahlreiche andere Werften. Ihr Vorteil: Sie garantiert nicht nur den Preis, sondern auch die pünktliche Rücklieferung. Sollte sie den Termin auch nur um einen Tag überschreiten, werden 1,5 Millionen Mark Konventionalstrafe fällig. Überzieht sie gar um vier Tage, muß sie 4,5 Millionen Mark bezahlen. Doch Werftchef Eckart Knoth ist sicher, daß er nicht in diese Verlegenheit kommen wird: „Wir haben in den vergangenen zwölf Jahren keine Mark Vertragsstrafe zahlen müssen."

Tausend Lloyd-Mitarbeiter und mehr werden auf der „QE 2" eingesetzt. Das Auftragsvolumen beträgt 1,7 Millionen Arbeitsstunden. Überstunden in großer Zahl lassen sich dabei nicht umgehen. Sie sind auch bereits mit dem Betriebsrat vereinbart. Um personelle Engpässe zu überwinden, stellen die anderen im Bremer Vulkan-Verbund zusammengefaßten Werften zeitweise Teile ihrer Belegschaften ab.

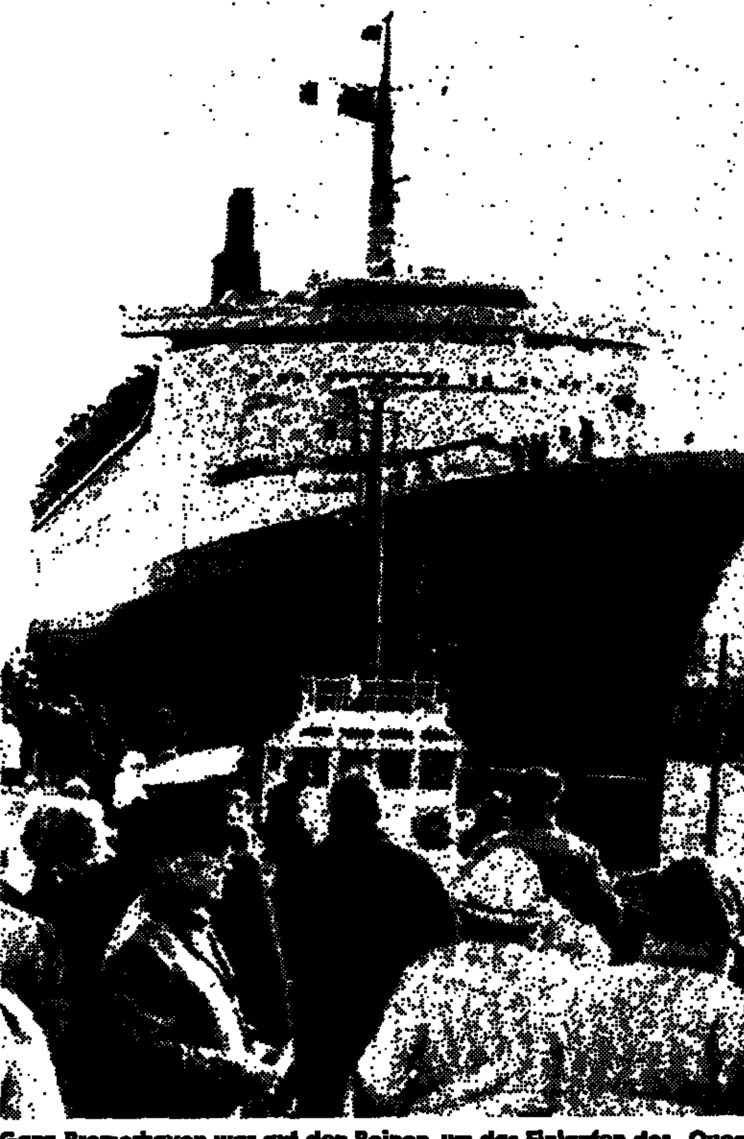
Fast zwei Drittel des Umbauauftrags entfallen auf den Einbau einer neuen Maschinenanlage. Die beiden alten Dampfturbinen von je 55 000 PS, angejahrt und Treibstoff-fressend, werden herausgerissen. An ihre Stelle treten neun Dieselmotoren von MAN (je 14 445 PS), die den Strom für die beiden neuen Elektro-Fahrmotoren von je 65 000 PS (44 000 Kilowatt) erzeugen. Mit einer Höchstgeschwindigkeit von 32,2 Knoten und einer Dienstgeschwindigkeit von 28,5 Knoten (knapp 53 Kilometer/Stunde) wird die „QE 2" auch weiterhin das schnellste Passagierschiff der Welt sein. (Die 1952 gebaute „United States" war erheblich schneller, doch wurde sie bereits 1969 außer Dienst gestellt.)

Einer der größten Schwimmkräne der Welt, „Hebe 2", ist vom Einsatz bei den Bohr- und Förderplattformen der Nordsee abgezogen worden. Er soll die 4500 Tonnen wiegende Turbinenanlage aus dem Schiff holen. Dafür sind 24 Tage veranschlagt.

Die neue dieselelektrische Anlage soll den Treibstoffverbrauch halbieren. Damit spart die Cunard-Reederei täglich 250 Tonnen Brennstoff. Das summiert sich im Jahr auf etwa 20 Millionen Mark – bei dem derzeit niedrigen Ölpreis. Auch im Passagier- und Service-Bereich wird kräftig investiert. Kabinen und Mannschaftsunterkünfte werden gründlich renoviert. Die Bordküchen werden umgebaut. Restaurants, Bars und Gesellschaftsräume erhalten ein völlig neues Gesicht.

Die „QE 2" hatte am vorigen Freitag ihre letzte Reise vor dem Umbau in Southampton beendet. Am Montag kam sie in Bremerhaven an. Schon während der Überführungsfahrt hatte die Demontage jener Einrichtungen begonnen, die erneuert werden sollen. Am 25. April 1987 soll das Schiff an Cunard zurückgeliefert werden. Es wird in Zukunft wie bisher im Sommer im fahrplanmäßigen Transatlantikdienst eingesetzt. Es ist das letzte Schiff im Liniendienst auf diesem Ozean. Außerhalb der Hauptsaison unternimmt es alljährlich eine Weltreise sowie Kreuzfahrten vor allem in der Karibik.

Trotz des personalsparenden Maschinenumbaus wird die „QE 2" auch in Zukunft mit rund tausend Besatzungsmitgliedern fahren. Die Höchstzahl der Passagiere wird sich hingegen von bisher 1800 auf 1816 erhöhen: Eingebaut werden zu den 18 vorhandenen neun neue Luxus-Suiten mit eigenen Balkons.



Ganz Bremerhaven war auf den Beinen, um das Einlaufen der „Queen Elizabeth 2" mitzuerleben. FOTO: WATTENBERG / DPA

Tragödie eines erfolgreichen Autoren-Paares

DW. **Chateauneuf-du-Pape**

Der Schriftsteller Michael Horbach (62) hat seine 51jährige Frau, die Autorin Alexandra Cordes, möglicherweise im Streit getötet, bevor er sich selbst eine Kugel in den Kopf schoß (die WELT berichtete in einem Teil ihrer Auflage). Horbach liegt in einem Marseiller Krankenhaus im Koma. Ein Sprecher der Gendarmerie von Chateauneuf-du-Pape bei Avignon, wo sich das Drama ereignete, sagte, Horbach habe in der letzten Zeit „gewaltig" getrunken und seine Frau oft geschlagen.



Alexandra Cordes † FOTO: DIE WELT

Die beiden tödlichen Schüsse, die Alexandra Cordes in den Kopf trafen, fielen in der Nacht zum Montag. Bei Tagesanbruch fand eine Bekannte, die jeden Morgen Croissants brachte, das Ehepaar auf der Terrasse seiner Villa, in der es seit 15 Jahren lebte. Horbach saß drei Meter von der Leiche entfernt in einem Sessel und hielt einen Revolver in der Hand. 1983 hatte das erfolgreiche Autoren-Paar seine silberne Hochzeit in Aachen, dem deutschen Domizil Horbachs, ganz in Weiß begangen. Horbachs Bücher über die Nazi-Zeit wurden 4,5 Millionen mal verkauft, Alexandra Cordes' 56 Romane 15 Millionen mal.

Der humane Dativ oder Die reine Rhetorik

JOACHIM NEANDER, **Koblenz**

„Soll ich sächsisch reden? Latein ginge auch." So juxte kurz vor Beginn des ersten deutschen Rhetorik-Wettbewerbs in Koblenz einer der Teilnehmer, der baumlange Kölner Student Thomas Noll. Und zum Beweise hob er in ciceronischem Pathos unter allgemeinem Gelächter tatsächlich mit einer Rede in fließendem Latein an. Später, als es darauf ankam, sprach der blonde Hüne, ein Altphilologe älteren Semesters, allerschönstes Adenauer-Kölsch. Vermutlich hätten er und sein Teamgenosse, der anderthalb Kopf kleinere, bärtige Doktorand der Jurisprudenz Hartmut Braunschneider, den Mannschaftswettbewerb für die Uni Köln in allen Sprachen oder Mundarten gewonnen.

Rhetorik, das ist die Kunst der freien Rede und Gegenrede, uralte Tradition und bis heute lebendig in angelsächsischen Ländern. In Deutschland gilt sie bislang nicht viel. Der Deutsche stürzt sich in der Debatte lieber kopfüber in Ideologie und Tiefsinn. Ausdrucksweise, Eleganz der Argumentation, Schlagfertigkeit, Körpersprache treten in den Hintergrund. Um hier für neue Akzente zu sorgen, hatte die jüngst etablierte private Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung in Koblenz zu diesem ersten Redeturnier eingeladen. Es kamen die Universitäten Köln, Bonn und Frankfurt. Beim nächstenmal sollen es mehr werden.

Gestritten wurde vor den Augen einer vierköpfigen Fach-Jury in zwei Disziplinen. Mannschaftswettbewerb: Zwei Zweierteams treten gegeneinander an. Der Gegenstand wird unter zwölf vorher bekannten Themen ausgelost, ebenso, wer die Pro- und wer die Contra-Position vertreten muß. Der Zweck ist klar: Jeder soll jede Position argumentativ verteidigen können, auch wenn er sie selber nicht teilt. Zunächst vier kurze Einzel-Statements, dann zehn Minuten Gegenrede. Einzelwettbewerb: Je ein Redner von jeder Uni vertritt fünf Minuten lang eine selbstgewählte These und muß sie dann fünf Minuten lang gegen Fragen und Einwände aus dem Publikum verteidigen. Für alle gilt: kein schützendes Rednerpult, kein Redemanuskript, nicht einmal ein Spickzettel. Mit jeder linkischen Handbewegung, jedem Stottern und Zögern den Zuschauern gnadenlos ausgeliefert.

Den Einzelwettbewerb gewann Karl Brauckmann von der Koblenzer Hochschule, ein Unternehmersohn aus Gladbeck, mit einer fulminanten Suada gegen die Todesstrafe. Ein fast ausgeleiertes Thema, dennoch keine Phrasen. Echtes Pathos, man fühlte sich an gute amerikanische oder französische Strafprozeßfilme aus den fünfziger Jahren erinnert.

Höhepunkt aber war der geradezu feurige Viererdisput der Kölner Noll/Braunschneider gegen die Koblenzer Mirko Siepmann und Burkhart Pieroth zum Thema Ladenschlußzeiten. Wie da in fünfzehn Minuten ein umstrittenes Problem (für das der Bundestag mehrstündigen Schwulst in Bewegung setzen würde) nahezu umfassend, jedermann verständlich, amüsant und stets fair durchgefochten wurde, wie da blitzschnelle taktische Winkelzüge und Falschbehauptungen (die ja in der Rhetorik nicht verboten sind) gekontert wurden, das war der reine Genuß. Solche Debatten im Parlament oder im Fernsehen – das ganze Volk würde an den Bildschirmen hängen.

Freilich: Alle behandelten Themen waren für die reine Rhetorik ein wenig zu wirklichkeitsnah. Nur ein Teilnehmer, der Frankfurter Philosophiestudent Stephan Wächtershäuser, hatte sich die Frage gewählt: Warum der Dativ ein viel humanerer Kasus sei als der Akkusativ.

Defekte Triebwerke entdeckt

FRIEDRICH NEWEL, **New York**

Per Fernschreiben hat der amerikanische Turbinen-Hersteller Pratt and Whitney (East Hartford/Connecticut) am Wochenende 20 internationale Fluggesellschaften aufgefordert, von sofort an alle Maschinen vom Typ Airbus 310 sowie Boeing 767 nicht mehr einzusetzen, die mit einem Aggregat des US-Produzenten ausgerüstet sind. Zu diesem unpopulären Schritt sah sich das Unternehmen gezwungen, nachdem in den vergangenen 16 Monaten verschiedene Jets mit diesem Triebwerk nur knapp einer Katastrophe entgangen waren.

Die beiden letzten Zwischenfälle ereigneten sich erst vor kurzem in der Bundesrepublik. Zwei Airbusse der US-Fluggesellschaft PanAm mußten in München und Hamburg mit nur einem Triebwerk notlanden. Ein weiterer Vorfall wurde aus London gemeldet, als ein Airbus der Swissair seinen Start abbrechen mußte, weil ein Aggregat ausfiel. Die gleichen Schwierigkeiten traten bei einer A 310 der nigerianischen Fluggesellschaft in Afrika auf.

Wie Pratt and Whitney dazu erklärte, resultiert der Düsenschaden aus einer zu schwachen Dichtung zwischen zwei Hochdruck-Kammern in der Turbine. Sie besteht aus einem sich drehenden Metallring, der überschüssiges Gas aus der Düse entweichen läßt. Bei höchster Belastung, vor allem bei Starts und im Steigflug, kann dieser Ring reißen.

Um auf Nummer Sicher zu gehen, ordnete Pratt and Whitney deshalb den sofortigen Austausch der fehlerhaften Turbinen an. Betroffen sind davon 99 Flugzeuge, 32 Airbus 310 und 67 Boeing 767. Ein neues Triebwerk mit stabileren Metallringen hat bereits die Fluggenehmigung der US-Luftfahrtbehörde, womit sicher zu sein scheint, daß der Fehler der Firma schon länger bekannt war.

In Bierlaune Handgranaten gestohlen

rtr, **Pfullendorf**

Offenbar in einer „Bierlaune" haben zwei Wehrpflichtige im Alter von 20 und 22 Jahren in der vergangenen Woche 180 hochgefährliche Splitter- und Sprenghandgranaten aus der Generaloberst-von-Fritsch-Kaserne in Pfullendorf gestohlen. Polizei und Staatsanwaltschaft teilten gestern mit, gegen die beiden mutmaßlichen Täter und einen 26jährigen Mann, der beim Abtransport geholfen habe, werde Haftbefehl beantragt. 177 der gestohlenen Sprengkörper wurden wiedergefunden, die restlichen drei hatten die Männer in einem Wald gezündet. Waffenhandel oder einen terroristischen Hintergrund schließt die Polizei als Tatmotiv aus.

Wieder Vierlinge geboren

hd. **München**

Am Montag kamen im Münchner Klinikum Großhadern wieder Vierlinge, vier Jungen, zur Welt. Die 27jährige, bisher kinderlose Mutter hatte sich mit Hormonen behandeln lassen. In den vergangenen Tagen waren in Großhadern bereits einmal Vierlinge und einmal Fünflinge geboren worden.

Der Daumen war ein Zeh

AP, **San Francisco**

Als „sicher und verläßlich" bezeichneten am Montag die Ärzte des David Medical Center in San Francisco die Transplantations-Methode, bei der der Zeh den Daumen ersetzt. Diese Operation wurde dort seit 1972 60mal durchgeführt.



FOTO: AP

Kinder-Händler verurteilt

rtr, **Mailand**

Ein Gericht in Mailand hat am Montag einen Jugoslawen wegen Kinder-Sklavenhandels zu sieben Jahren Haft verurteilt. Er gehört einer Organisation an, die in den vergangenen 15 Jahren Hunderte von Kindern in ein Lager bei Mailand verschleppt und zum Diebstahl angeleitet hat.

Neun Menschen verbrannt

SAD, **Cavalaire**

Neun Menschen, darunter sieben Kinder im Alter von acht Monaten bis zu 13 Jahren, verbrannten gestern morgen in einer Ferienvilla bei St. Tropez. Das Feuer entstand vermutlich durch einen aus dem Kamin gefallenen brennenden Holzscheit.

Iran kauft Fischkutter

AP, **Nikosia**

Iran wird in der Bundesrepublik Deutschland 16 Fischtrawler im Wert von umgerechnet 140 Millionen Mark kaufen. Dadurch erhöht sich die Tonnage der iranischen Fangflotte der iranischen Nachrichtenagentur Irna zufolge um 30 000 Tonnen.

ZU GUTER LETZT

„Donald Duck wird eine Peking-Ente." Überschrift in der BZ zu einem Bericht über die Einbürgerung der Disney-Figur in China.

